

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit Musikischer Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsmonatige Kolonelle über deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1943.

Sonnabend, den 21. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1941.

Das Koalitionsrecht der Verkehrsarbeiter.

Fast jeder große Streik und ebenso jede große Aussperrung ziehen außer den direkt an dem ihnen zu Grunde liegenden Streit Beteiligten auch größere Massen Unbeteiligter in Mitleidenschaft. Können die Unternehmer die Produktion nicht fortsetzen, so werden je nachdem eine ganze Reihe von Abnehmern ihres Produktes in ihrem Geschäft geschädigt, unter Umständen Massen von Arbeitern außer Arbeit gesetzt. Das industrielle Leben der Gegenwart beruht so sehr oft auf dem Ineinandergreifen seiner Einzelteile, daß nur noch ganz ausnahmsweise Geschäfte in nennenswerter Zahl gesund werden, deren Betriebschwankungen die übrige Geschäftswelt außer Mitleidenschaft lassen. Im allgemeinen heißt Betriebsstörung nicht nur Einstellung von Lieferungen, sondern auch von Bestellungen; sie wirkt also nach zwei Seiten.

Und wieviele Geschäfte werden nicht dadurch geschädigt, daß Arbeiter in großer Zahl in ihrem Einkommen verlustig werden, wenn sie nicht jeder Einnahme verlustig gehen! So mancher Geschäftsmann, der vielleicht ein Ladengeschäft, das eine regelmäßige Arbeiterkundschaft hatte, um einen für seine Verhältnisse hohen Preis erworben hat, wird durch eine Arbeitsperre direkt vor den Ruin gebracht. Seine Einnahmen schrumpfen zusammen, er kann seine Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen und verfällt je nachdem dem Bankrott.

So wirkt jede große Arbeits- oder Geschäftsperre wie jeder Krieg von Land zu Land für andere als die eigentlichen „Kombattanten“ im Verhältnis seines Umfangs gleich Elementarereignissen wie Ueberflutungen, Dürren usw. Im Geschäftsleben und in der Rechtssprache nennt man solche Wirkung „höhere Gewalt“.

Es ist dabei klar, daß je nach der Natur des in Frage kommenden Produkts Stillstand der Produktion größere oder geringere Rückwirkung auf andere Geschäfte hat. Handelt es sich um Artikel des sogenannten leichten Konsums, d. h. von Fertigfabrikaten für Einzelkonsumenten, so ist in der Regel die Rückwirkung wesentlich geringer als wenn Halbfabrikate in Frage kommen, weil Stillstand bei diesen nach zwei Seiten hin wirkt. Noch verhängnisvoller kann die Wirkung vom Stillstand in der Gewinnung von Artikeln der sogenannten Urproduktion sein, wenn sie, wie z. B. die Steinschle oder gewisse Erze, für ganze Reihen von Industrien unbedingt erforderliches Hilfs- oder Rohmaterial sind. Eine großen Umfang annehmende Stillsetzung der Produktion kann da zu einer allgemeinen Geschäftskalamität führen.

Kann aber diese Möglichkeit ein Grund sein, den Arbeitern solcher Industriezweige das Koalitionsrecht zu entziehen, welches den Arbeitern anderer Industrien zusteht? Wiederholt ist bei Arbeits-einstellungen von Kohlenarbeitern der Ruf ertönt, bei einem so allgemein gebrauchten, für so viele Industrien unentbehrlichen Artikel dürfe die Produktion nicht von der Laune der Arbeiter abhängig gemacht werden, und ist auf Zwangsgesetze irgend welcher Art hinbearbeitet worden. Wäher ohne Erfolg, zum Teil, weil es ein geradezu schreiender Widerspruch wäre, die Verfügung über die Produktion und den Vertrieb dieses so wichtigen Konsumartikels der Privatpekulation von Kapitalisten zu überlassen, die heute sich zu ganzen Monopolverbänden zusammengeschlossen haben, den beteiligten Arbeitern aber die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft zu nehmen bezw. zu beschränken.

Wenn wir einen Schritt weiter und fragen nach dem Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten in Verkehrsunternehmungen, so findet dieses beim großen bürgerlichen Publikum die stärkste Gegnerchaft. Sie zeigt sich nicht immer offen im Ruf nach Staatsantritt und dergleichen. Im Angesicht der großen Zunahme der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen scheuen sich die meisten Zeitungen, in den Verdacht der Scharfmacherei zu kommen. Aber ein sicheres Merkmal für die Gegnerchaft bildet die Beurteilung bezw. die stillschweigende Zustimmung zu Maßnahmen staatlicher oder kommunaler Behörden, die, ohne rundheraus das Koalitionsrecht in Frage zu stellen, doch faktisch, d. h. in ihrer Wirkung einen Einbruch in dasselbe bilden. Oder ist die Abkommandierung von staatlich angestellten, von der Staatsgewalt abhängigen Arbeitern zu Streikbrecherarbeit in Privatbetrieben, wie wir sie jetzt bei der Abordnung von Feuerwehrlenten für den Dienst bei den gesperrten Elektrizitätswerken gesehen haben, nicht ein aller Berechtigtigkeit Hohe sprechender Einbruch in das Koalitionsrecht der betreffenden Elektrizitätsarbeiter? Aber wozu erst diese Frage stellen? Wie kommen die Feuerwehrlente dazu, sich willenlos zu anderen als ihren berufsmäßigen Arbeiten kommandieren lassen zu müssen? Und wie steht es mit dem Koalitionsrecht unserer Eisenbahner? Ist diesen Angehörigen verstaatlichter Verkehrsunternehmen nicht die letzte Spur davon durch autoritative Ministerialverfügungen und Dienstordnungen unmöglich gemacht?

Wir wissen, was man darauf antworten wird. Man wird sagen, bei den Verkehrsanstalten liege ein so großes öffentliches Interesse vor, daß ein Recht der Arbeitseinstellung nicht gebildet bezw. nicht respektiert werden dürfe. Hier müßten im Interesse der Allgemeinheit die Behörden mit aller ihnen zu Gebote stehenden Macht eingreifen oder lieber gleich vorbeugen.

Wir bestreiten nicht, daß Kämpfe, welche die große Allgemeinheit treffen, in höherem Maße nach einem Eingreifen der Behörden rufen als abgegrenzte Konflikte. Aber wir bestreiten auf das allerentschiedenste, daß dieses Eingreifen in einer Beschränkung des Koalitionsrechts der beteiligten Arbeiter bestehen darf. Andererseits würden die von einem begrenzten Streik in Mitleidenschaft gezogenen mit Recht fragen können: „Also weil wir nicht gleich Hunderttausende sind, überläßt man uns läßt unserm Schicksal?“

Von der Unlogik, den Eisenbahnern ein Recht zu nehmen, das anderen Arbeiterkategorien zusteht, hat man sich wenigstens in anderen modernen Industriestaaten frei gehalten. Ein Beispiel dafür liefert England.

Vor einigen Jahren hat der Züricher Privatdozent Dr. J. Goldstein mit Unterstützung schweizerischer Behörden in England eine Enquete über die rechtliche z. Lage der dortigen Eisenbahner und die Wirkungen sowie die Beurteilung der Streiks von Eisenbahnern angestellt. Seine Fragen richteten sich an die Leiter der Eisenbahnverbände, an Eisenbahndirektoren, an Großindustrielle, führende Politiker und Regierungsmänner. Aus dieser Enquete teilt er im jüngst erschienenen Monatsheft der „Schweizerischen Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik“ einige sehr interessante weitere Verbreitung wertvolle Tatsachen mit.

Ueber die Zahl der Eisenbahnstreiks seit Mitte der achtziger Jahre machte Richard Bell, der Generalsekretär des Eisenbahnerverbandes, folgende Angaben: 1887 Streik von 700 Lokomotivführern und Heizern der Midland-Bahnen; 1890 alle Angestellten der Taffal, Barry und Rhymney Bahn; 1897 Streik der Nord-Ostbahn; 1891 Streik von Angestellten der Edinburgh und Caledonian-Bahn; 1898 Streik der Carl- und Wamboldbahn. (Ueber den letzten Streik der Taffalbahnan-gestellten konnte Bell noch keine Auskunft geben, da er zur Zeit der Fragestellung noch im Gange war.)

Hören wir nun den einflussreichen Generalsekretär des großen Verbandes der Eisenbahngesellschaften, Sir Henry Dalley, über Häufigkeit und Verlauf des Streiks.

„Wir hatten“, heißt es, „in England alles in allem nur wenige Eisenbahnstreiks; kamen solche vor, so waren die daraus entspringenden Unbequemlichkeiten so groß, daß das eine Intervention hervorragender Staatsmänner zur Folge hatte. Diese gaben beiden Parteien Ratsschläge und förderten auf diese Weise eine friedliche Beilegung des Konflikts. Würden jedoch ihre Vorschläge abgewiesen, so überließen sie die Entscheidung den interessierten Parteien selber.“

Interessant ist die Antwort Sir Henry Dalleys auf die Frage, ob als Ursache des Streiks die Tätigkeit der Verbandsagitatoren zu bezeichnen sei. Sie ist frei von jedem Jammer über Aufreger und Vergeßlichkeit der Arbeiter und lautet: „Rein. Die Ursache des Streiks ist der Wunsch nach Verbesserung der Lage, welcher die ganze Welt beherrscht. Die Agitatoren sind selbstverständlich bestrebt, ihren Einfluß zu vergrößern. Dieser Charakterzug ist allen Klassen und allen Nationen eigen.“

Auf die Frage, ob die Disziplin nach der Gründung der Arbeiterorganisationen besser oder schlechter geworden sei, antwortete Sir Henry Dalley: „In dieser Hinsicht läßt sich kein Unterschied feststellen. Die Angestellten sind weder besser noch schlechter geworden.“ Es ist hierbei zu bemerken, daß der Genannte einer Eisenbahngesellschaft vorsteht, welche die Eisenbahnerorganisation als solche nicht anerkennt, — wenn sie auch ihren Angestellten den Beitritt nicht verweigert, — sondern nur mit den Ausschüssen ihrer eigenen Angestellten verhandelt.

Aus diesem Grunde ließ Sir Henry Dalley auch die Frage unbeantwortet, ob die von den Eisenbahnern Englands in den letzten Jahren erzielten Verbesserungen ihrer Lage vermutlich auch ohne Organisationen erreicht worden wären. Dagegen beantwortete der Generaldirektor der Midlandbahn, einer der größten Bahngesellschaften Englands, diese Frage rund heraus mit Nein, d. h. daß ohne die Organisation der Eisenbahner eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lage wahrscheinlich nicht erzielt worden wäre!

Ganz im gleichen Sinne wie der letztere äußerten sich auch Dr. James Bryce, der im letzten Gladstoneschen Ministerium Staatssekretär für Handel und Gewerbe war, Herbert Gladstone, seinerzeit Unterstaatssekretär des Innern, sowie einer der führenden Großindustriellen Englands, der dem Dr. Goldstein wohl erlaubt hat, seinen Namen der Schweizerischen Eisenbahnverwaltung zu nennen, aber in der Presse nicht genannt werden wollte. Alle diese drei erklärten, daß die Disziplin unter der Wirkung starker Organisationen der Arbeiter nicht leide. Der Großindustrielle meinte vielmehr, daß starke Arbeiterorganisationen die Tendenz haben, die Disziplin zu heben. Der Mann ist als Parlamentarier ein Mitglied der konservativen Partei — Englands.

Und wie äußert sich der Führer der konservativen Partei, der damalige erste Schatzkanzler und jetzige Ministerpräsident Arthur Balfour, über das Koalitionsrecht der Eisenbahner? Er schreibt an Dr. Goldstein, er sehe keinen Grund, in bezug auf das Koalitionsrecht einen Unterschied zwischen den Eisenbahnan-gestellten und anderen in Großunternehmungen beschäftigten Arbeitern zu statuieren. So der konservative Parteiführer, der befanntlich auch in der letzten Parlamentssession den Besetzungswurf unterstützt und zur zweiten Lesung gebracht hat, welcher den englischen Gewerkschaften das durch das Urteil im Taffalprozeß geschädigte Koalitionsrecht wieder herstellten soll.

Und alles dies, nachdem England bei verschiedenen Gelegenheiten die großen Unbequemlichkeiten kennen gelernt hat, die ein Eisenbahnstreik für das breite Publikum zur Folge hat. Bedeutet dies, daß man diese Unbequemlichkeiten auf die leichte Achsel nimmt? Durchaus nicht. Es bedeutet nur, daß man die Lösung nicht in der Richtung der Rechtslosigkeit der Eisenbahner erblickt beziehungsweise sucht, sondern in der Schaffung von Einrichtungen, die die Eisenbahner der Veranlassung entheben, zur Waffe des Streiks zu greifen. Diese Einrichtungen sind ungewisslich auch in England noch sehr mangelhaft. Viel, sehr viel muß noch geschehen, bis man wird sagen können, daß der Streik für die Arbeiter eine so vorläufige Sache geworden ist,

wie in den Augen ihrer geistigen Elite es heute der Krieg ist. Aber den Arbeitern die vorgeschrittenen Mittel zur wirksamen Geltendmachung ihrer Beschwerden vorenthalten und ihnen zugleich das Koalitionsrecht teils ganz nehmen, teils durch staatliche Lieferung von Zwangs-Streikbrechern hinterherum unterbinden — dazu muß man „Staat der Sozialreform“ sein!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Oktober.

Badische Landtagswahlen.

Nach Meldung des „B. V.“ ist das Ergebnis der badischen Landtagswahlen folgendes: Gewählt sind Zentrum 28, Liberale 16, Konservative und Bund der Landwirte 1, Sozialdemokraten 5; es sind 33 Stimmwähler erforderlich, an denen die Parteien, soweit sich bisher übersehen läßt, wie folgt beteiligt sind: Nationalliberale 23, Zentrum 19, Sozialdemokraten 16, Konservative und Bund der Landwirte 7.

Eine Uebersicht über die Stimmzahlen fehlt noch vollständig. Von den 63 Mandaten im alten Landtag, statt der jetzigen 73, besaßen zulezt: Nationalliberale 25, Zentrum 23, Demokraten 6, Sozialdemokraten 6, Freisinnige 2, Antikemiten 1.

Die bisher gewählten Sozialdemokraten sind: In Mannheim Lehmann, Kramer, Sühling; in Forzheim Adolf Ged, in Forzheim-Land Eichhorn. In Karlsruhe-Stadt, das bisher vertreten durch 2 Nationalliberale und 1 Freisinnigen war und jetzt 4 Mandate hat, ist im ersten Wahlgange ein Nationalliberaler gewählt, in drei Bezirken finden Stichwahlen statt; es erhielten Stimmen im ersten Bezirk: Nationalliberale 1378, Zentrum 610, Sozialdemokraten 134; im dritten Bezirk: Freisinn 1669, Zentrum 514, Konservative 113, Schaler (Soz.) 1259; im vierten Bezirk: Demokraten 1134, Zentrum 926, Konservative 44, Kolb (Soz.) 1028.

Die Stichwahlen werden nach dem neuen badischen Wahlgesetz demnächst vollzogen, daß alle diejenigen Kandidaten teilnehmen können, die wenigstens 15 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt haben.

Der Lederbaron als Sieger.

Darmstadt, 19. Oktober. (Eig. Ber.)

Heute fährt Hr. v. Heyl in seine Wormser Residenz; er hat der heijigen Regierung den Fuß auf den Boden gesetzt und hat wirksam seine Kapitalien geschützt.

In der Ersten Kammer wurde beraten über das *Gemeinde-Kewer-Gesetz*. Ueber das Gutachten des Ausschusses hat der „Vorwärts“ bereits berichtet; es verlangt die glatte Verwerfung der Vorlage durch Zurückweisung an die Regierung, die aufgefodert werden soll zur völligen Umarbeitung gemäß den Direktiven, die Hr. v. Heyl in seinem Anschlußbericht gibt. Der Bericht suchte die Radikalität seiner kapitalistischen Argumente zu verbergen mit dem zerstückelten Mantelchen sozialer Gesichtspunkte und zitierte Streich und Plehli als Beschützer wider den Regierungsvorwurf. Die ganze Beweisführung des Ausschussesberichtes war aber total brüchig und die gesamte Presse Hessens ohne Unterschied der Parteistellung hat mit einziger Ausnahme des Wormser Hehl-Organes durchaus abfällig darüber geurteilt. Schließlich erschien auch als Steuerdrucksache eine Denkschrift der Regierung, die in vortrefflicher Weise den Bericht zerstückelte, daß keine Feder ganz blieb und überzeugend nachwies, daß die Zitate und die Exemplifikation auf die Steuererhebung Pheurns und Wabens, womit der Bericht gespickt ist, irreführend und falsch sind.

Den Hr. v. Heyl hat diese ausgezeichnete Antwort in hellen Joren versetzt, denn er heute in der Ersten Kammer Ausdruck gab. Seine Absicht sei gewesen, die ganze Sache der Öffentlichkeit vorzuenthalten bis zur Beratung im Plenum; hätte er gewußt, daß die Regierung eine solche Denkschrift herausgeben werde, so würde er ihr seinen Bericht nicht eingehändigt haben! Die Regierung habe die Denkschrift an die Presse gegeben; dadurch habe der Ausschlußbericht nicht zur Wirkung kommen können, dieser sei vielmehr an der Hand der Regierungsdienstschrist gerichtet worden; einen schweren Vertrauensbruch habe die Regierung begangen und er warne jeden Ausschuß, der Regierung künftig Vertrauen zu schenken.

Die Unförmigkeit dieser Behauptungen geht schon daraus hervor, daß die Presse, wenigstens die sozialdemokratische und demokratische, über die Hehl sich so ärgert, den Hehlischen Bericht schon besprochen hatte, als die Denkschrift herauskam; auch haben die sozialdemokratischen Zeitungen vorgezogen, mehr Herrn Heyl als die Regierung zu Worte kommen zu lassen; dessen Haltung wirkte nämlich viel agitatorischer als wir selbst es besorgen können.

In seinem mündlichen Bericht bezog sich Hr. v. Heyl, da, mit Ausnahme der Landwirtschaftskämmler, alle Parteien dem Entwurf, wenn auch teilweise mit Vorbehalt, zustimmen, auf außerhehlische Liberale, die seiner Meinung seien, und auf den bayerischen Zentrumabgeordneten Heim, den er als ausgezeichneten Volkswirtschaftler schätzte. Heim habe ihm gesagt, unbedingt werde das bayerische Zentrum die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert verwerfen, denn wenn ein Landwirt durch Melioration den Boden verbessert habe, so werde er ja zur Strafe mehr Steuern zahlen. Worauf mit glücklichem Humor Ministerialrat Weber antwortete: Da darf also keiner arbeiten und Geld verdienen, denn die Strafe für die Frucht der Arbeit und für die gesteigerte Rentabilität eines Gewerbebetriebes sei ja — gesteigerte Steuer, glücklich der, der gar kein Einkommen erzielt! Von dieser Qualität waren die Gemeine und Grunde Hehl durchweg. So versuchte er, dem „Vorwärts“, von dem Hehl gleichfalls annimmt, die hehlische Regierung habe ihn informiert (wörtlich, sehr föhlich Red. d. „Vorw.“), Widerspruch aufzumachen. Erst habe dieser der Vorlage nachgesehen, sie sei ein Klaffergesetz, jetzt fröhe er sie, daß sie doch eine Charakterlosigkeit! Daß der „Vorwärts“ und die gesamte sozialdemokratische Presse auch jetzt noch dieses an dem Entwurf anzusehen hat und nur ihn befrwortet, weil er, was von vornherein gesagt wurde, im ganzen einen Fortschritt bedeutet, verschweigt der Lederbaron! Der Regierungvertreter mußte ihm sagen, die Sozialdemokratische habe wenigstens Vorschläge gemacht, wie die Aufsätze zu ex-

sehen seien, die entstehen, wenn ihrer Kritik nachgegeben und die Freilassung der Schulden (bei Grundbesitz, Gewerbe, Vermögen) nachgelassen werde, Hehl aber macht sich wohl die ganz andere gemeinte Kritik zu eigen, ohne Erfolg anzudeuten.

Auch das Wahlgesetz spielte in die Debatte. Hehl beschwerte sich bitter darüber, daß die öffentliche Kritik Wahlgesetz und Steuergesetz zusammenfoppele und von einer unverantwortlichen Nebenregierung und politischen Kräfte spreche, die die Erste Kammer herbeigeführt habe. Die Zweite Kammer brauche ja nur den Bedingungen der Ersten Kammer zuzustimmen und ihr das volle Budgetrecht zu bewilligen. Dort genug komme ihm und der Ersten Kammer die Gewährung des direkten Wahlrechts an; überall fehlten sich die Liberalen jetzt davon ab, nicht Majoritätsherrschaft, sondern Schutz der Minoritäten sei notwendig. Nicht um mehr Macht zu erlangen, sondern um die eine Schnur am Geldbeutel in Händen zu haben, fordere die Erste Kammer volles Budgetrecht, und das sei durch die Tendenz der politischen Entwicklung geboten.

Die folgenden Redner drückten teilweise Zustimmung zu den Grundgedanken des Entwurfes aus, und es zeigte sich, daß auch der Ausschuß nicht einmütig hinter Hehl steht. Schließlich wurde die Bitte durch einen Kompromißtag des Oberlandesgerichts-Präsidenten Lippold verfrucht: Eine Abstimmung über den Entwurf unterließ und es wurde einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, sie möge unter Verhütung der Ausführungen des Ausschusses und der heutigen Debatte den Entwurf einer Bearbeitung (nicht Umarbeitung) unterziehen und ihn dann erneut einbringen. Freudig sagte Hehl dazu Ja und Amen, er hat ja erreicht, was er wollte: das Gesetz ist fortobstruiert und — kommt Zeit kommt Rat.

Die Regierung allerdings hatte vor der Abstimmung erklärt, eine Verhütung der Einwände sei unmöglich, denn sie haben sich gegenständig auf. Aber was wird sie nun tun? Artikel 75 der Verfassung gibt ihr das Recht, dem nächsten Landtag die Vorlage erneut vorzulegen und, wenn die Erste Kammer wieder ablehnt, eine Durchföhlung vorzunehmen: das heißt, die für und wider abgegebenen Stimmen in beiden Kammern zusammenzuzählen, wobei sie trotzdem eine Mehrheit erhält. Aber ob sie es tun wird? Und ob nicht doch vorher die Erste Kammer einschwenkt? Letzteres ist wahr-scheinlich, denn die Ständeherrn wissen zu gut, daß sie diese Gefährdung schwer aushalten können. Es ist aber möglich, daß die Erste Kammer dem Heffenvolk, und nicht nur ihm allein, das Verberblüde der Institution der Herrenkammer demonstriert. Diefes Wahlrecht und Steuerreform bereitet — es ist jubelnd auf einmal!

Am Mittwoch nächster Woche wird der Landtag geschlossen, dann mag ein frisch-schölicher Wahlkampf einsetzen. Er steht unter dem Zeichen des Protestes gegen Herrenübermut! —

Landfriedensbruch.

Neun Jahre Zuchtband und Gefängnis verhängte das Schwurgericht in Weimar über sechs arme Teufel, die durch Not zur Ver-zweiflung getrieben, zu Gewalttätigkeiten übergegangen waren. Die Angeklagten waren, wie man und berichtet, auf dem Raifwerte Steudnitz bei Dornburg beschäftigt. Das Werk gehört einem Dr. M. Frenzel und hat schon mehrfach Veranlassung zu scharfer Kritik gegeben, weil beständig Klagen über schlechte Behandlung und miserable Löhne bekannt wurden. Es werden fast nur ausländische Arbeiter, Russen, Galizier, Polen usw. beschäftigt, die durch-zug noch auf einer tiefen Stufe kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung stehen. Die Arbeitsverträge sind als Muster für aus-beutungslustige Unternehmer zu bezeichnen. Herr Dr. Frenzel tritt mit einem Vermittler in Verbindung. Dieser stellt die gewünschte Anzahl Arbeiter für eine gewisse Zeit. Von jedem Arbeiter hat er seinen bestimmten Profit. Damit ihm dieser auch ganz sicher gestellt ist, gibt er einen besonderen Aufseher bei, der die Rechte des Vermittlers zu wahren hat. Nun beklagen sich die Arbeiter bitter, daß sie den vereinbarten Lohn nicht voll ausgezahlt erhalten haben. Es sind deswegen schon oft Streitigkeiten entstanden, die zuletzt in Tötlichkeiten ausarteten. Die Lohnzahlung findet in längeren Zwischenräumen statt, so daß die Arbeiter auf das Vorzeig, wozu sich in der Werkkantine die beste Gelegenheit findet, angewiesen sind. Am 20. Mai, einem Sonntag, der zugleich auch Lohnstag war, hatten sich in der Kantine eine große Anzahl Arbeiter zusammengefunden, um ihren Lohn in Empfang zu nehmen. Einigen Arbeitern wollte der Kantine-wirt aber nichts verabfolgen, weil sie noch Schulden bei ihm hatten. Darauf entstand ein Wortwechsel, der schließlich zu Tötlichkeiten ausartete. Außer den Verberblüden erschien bald ein Gendarm und der Bürgermeister, die Ruhe stiften wollten. Doch nun ging der Madau erst recht los. Die aufgeregten Arbeiter zerhieben alles. Der Bürgermeister soll nach den Auslagen in der Verhandlung auch kräftig mit losgeschlagen haben, so daß einige Arbeiter behaupteten, sie seien nur, um ihren Kameraden beizuhelfen, in die Schlägerei verwickelt worden. Querst beschloß sich das Schöffengericht in Jena mit der Sache. Dort erklärte man sich aber zur Aburteilung für unzuständig, da Land-friedensbruch vorliege. Das Ende des traurigen Vorkommnisses war, daß die Angeklagten zu Zuchtstrafen von drei Jahren bis herab zu einem halben Jahre Gefängnis verurteilt wurden. Daß aber die eigentlichen Schuldigen an dergleichen Ausritten wo ganz anders zu suchen sind, das scheint man in maßgebenden Kreisen nicht zu verstehen, denn trotz aller Klagen, die sogar schon im Landtage ausgesprochen wurden, geht es auf dem Raifwerte Steudnitz immer noch so zu, daß fast keine Lohnzahlung ohne Auseinandersetzungen vorübergeht.

Das ist wieder einmal ein typischer Fall. Um die Rechte und Interessen der armen unwissenden Menschen, die dem Unternehmer wie Sklaven zugetrieben werden, kümmert sich das Recht der kapitalistischen Gesellschaft nicht; ob ihr Lohn angemessen ist, ob er zum Leben ausreicht, wer fragt danach? Wenn dann aber diese Kernsten zu dem einzigen Mittel greifen, das sie in ihrer Unwissenheit kennen, zur rohen Gewalt ihrer Arme, um gegen die unter dem Dedmantel des Rechtes an ihnen geübte Vergewaltigung auf-zugehen, dann erscheint die „Würde des Gesetzes“, das verletzte „Recht“ schwer zu sehen. Kein Jahre werden aus dem Leben der sechs Arbeiter angestrichen und neue Opfer füllen unterdessen ihren Platz aus, den Reichtum des Unternehmers zu mehren. . .

Es wäre noch eine Aufgabe für die Behörde, zu untersuchen, wie das Verhältnis der Kantine zum Unternehmer ist. Außerdem dürfen bekanntlich Lohnzahlungen in Schankwirtschaften nur mit Genehmigung der unteren Verwaltungsbehörde erfolgen. Ist die hier erfolgt? Und wenn, warum ist sie nicht zurückgezogen worden, wenn es bekannt ist, daß fortwährend Differenzen bei der Lohn-zahlung vorkommen und die Arbeiter bei dem Kantinewirt dauernd Schulden haben? Wird die Genehmigung jetzt zurückgezogen werden? —

Einhaltsurteile im Arbeitskampfe.

In neuerer Zeit sind bereits eine ganze Anzahl Urteile er-gangen, die den Arbeitern die Anwendung des Wahlrechts im Kampfe gegen die Unternehmer mit Hilfe des Bürgerlichen Gesetzbuches verweigern. Ein neues Urteil dieser Art hat das Reichsgericht jetzt gefällt.

Am 2. November 1903 hatten mehrere Angestellte der Zucker-warenfabrik Hanke u. Sohn in Altona wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. Es kam bald darauf aber eine Einigung zwischen Chef und Arbeitern zustande, bei welcher Herr Hanke das Versprechen gab, die Vorgänge niemals zum Anlaß einer Kündigung der betreffenden Arbeiter zu machen. Kurz vor Weihnachten entließ Herr H. aber zwei Arbeiterinnen und einen alten Arbeiter und kurz darauf einen anderen. Diese Handlungs-

weise des Chefs gab dem Vorsitzenden des Zentralverbandes der Nonndörren, Leß- und Pfefferkuchler Anlaß zu einem Schreiben an die Firma unter Berufung auf das Versprechen des Herrn H. Letzterer meinte darauf, sich das nicht gefallen lassen zu dürfen und entließ jetzt, wo die Beschäftigung nachgelassen hatte, alle die dem Verbanne angehörigen Arbeiter. Aus diesem Grunde ließ der Vorsitzende des Verbandes, Wolf, Flugblätter drucken und verteilen, die das Verhalten des Herrn Hanke kennzeichneten und die Inter-essen von einem geschäftlichen Verkehr mit der Firma Hanke u. Sohn abrieten. Hanke erhob darauf Klage auf Unter-laffung, indem er angab, daß die Arbeiter nicht wegen den Vorgehens im November entlassen worden seien, sondern aus anderen Gründen: der eine habe einen Thermometer zerbrochen, die anderen waren unpäßig usw.

Das Landgericht Altona erhob Beweis und kam zu dem Urteil, daß der Inhalt der Flugblätter objektiv unwahr sei. Es verurteilte also den Beklagten zur Unterlassung. Das Oberlandes-gericht Kiel hob zwar dieses Urteil auf und wies den Klageanspruch zurück, das Reichsgericht aber stellte das Urteil der ersten Instanz wieder her und legte damit dem Beklagten sämtliche Kosten auf. Der Beklagte, sagt das Reichsgericht, habe sich einer unerlaubten Schädigung des Klägers schuldig gemacht. —

„Deutschum ist Freiheit!“ Vor der Strafkammer in Tache n stand der Schlosser Martin Goll, 41 Jahre alt, vorbestraft wegen Verberhandlung, Hausfriedensbruch, Mißhandlung usw., kurz: ein Mann, den der Trunk öfter in Angelegenheiten bringt, unter der Anklage der Majestätsbeleidigung. In einer Anekdote an der Zückerstraße in Tache n hatte er beim Biere polioisiert, und dabei in bezug auf den russisch-japanischen Krieg sein Mißfallen dar-über geäußert, daß im deutschen Heere so viele japanische Offiziere ausgebildet würden. Das führte er auf eine Anordnung des deutschen Kaisers zurück, und er gebrauchte mehrere „beleidigende“ Ausdrücke gegen den Monarchen. Ein Goll glaubte die Worte einem Polizisten zuzugewandt zu müssen und so entstand die Anklage. Die Strafkammer erkannte unter Ausschluß der Öffentlichkeit auf drei Monate Gefängnis. —

Das Ende der Obstruktion. Aus München wird uns vom Donnerstag geschrieben: Die liberalen Gewaltmänner im Rat-hause haben eingeschwenkt, daß sie durch ihre brutale Machtpolitik auch noch die wenigen Freunde verlieren, die sie in München besitzen. Sie bequemen sich daher heute einen de- und wehmütigen Frieden zu schließen. Sie veranlassen nämlich auch den zweiten liberalen Kandidaten, Regierungsdirektor Forbörger, auf seine Wahl zu ver-zichten, was dieser auch tat. Der Vorstand des Kollegiums, Sebboth, erklärte in heutiger Sitzung, daß die Liberalen damit einverstanden sind, wenn die beiden Rechtsradikalen ausgeschieden werden, was auch sofort einstimmig beschlossen wurde. Außerdem wurden die ausgesprochenen Geldstrafen, soweit sie nicht überhaupt ungeschicklich waren, aufgehoben. Die Liberalen haben also alle Segel gestrichen. Die Richtung, die ihr uniständiges Vorgehen bei den Gemeindevorhaben haben wird, scheinen sogar die Intelligenzen unter ihnen voranzunehmen, denn sie sind jetzt gegen die Sozialdemokratie die Höflichkeit selbst und haben ihr einen Sitz im Finanzausschuß eingeräumt, den sie vor wenigen Wochen noch verweigerten. —

München, den 20. Oktober 1905. (Privat-Telegramm.) In der heutigen Kammer-sitzung kam es zu einem heftigen Zu-sammenstoß zwischen dem liberalen Führer Dr. Cassel-mann und dem Ministerpräsidenten Bodewils. Ein Pentumsblatt hatte seinerzeit über scharfe Differenzen im bayeri-schen Gesamtministerium anlässlich der Beratung der Wahlkreis-einteilung berichtet. Von liberaler Seite ist dem Ministerpräsi-denten bereits wiederholt vorgehalten worden, daß die Mittelung in das ultramontane Organ nur durch einen Vertrauens-bruch eines Ministers gekommen sein könne. Casselmann schritt in der Donnerstags-sitzung anlässlich der Generaldebatte diese Angelegenheit unter heftigen Ausfällen gegen den Ministerpräsi-denten an und deutete dabei an, daß Bodewils bei der Ablegung des Grafen Traillheim eine besondere Rolle gespielt habe. In heutiger Sitzung kam der Ministerpräsident auf diese Äußerung Casselmans zurück und erwiderte unter großer Erregung: „Ich habe ähnlichen beleidigenden Verdächtigungen gegenüber erklärt, daß diese mir zu gemein wären. Wenn sich nun solche Insinuationen neuerlich herabwürgen, so bemerke ich, daß diese Art von Polemiken für die Zukunft mit jeder Diskussion mit Dr. Casselmann unmöglich macht, da ich nicht gewillt bin, auf ein so tiefes Niveau herab-zugehen.“ Casselmann erwiderte in persönlicher Bemerkung, er würde dem Ministerpräsidenten bei anderer Gelegenheit die ge-bührende Antwort auf seine Ausführungen geben. Die Liberalen glauben offenbar, mit ihrem Vorgehen Bodewils zu fönnen.

Im weiteren Verlauf der Debatte gab Finanzminister von Pfaff Ausschluß über verschiedene Anregungen und erklärte da-bei, daß er über die Einzelheiten der Reichsfinanz-reform sich nicht äußern könne. Sped. (S.) erörterte das finanzielle Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten und verlangte eine solche Reichsfinanzreform, bei der das Verantwort-lichkeitsgefühl der Einzelstaaten für die Reichsfinanzen nicht beseitigt wird. Das System der Patrimonialbeiträge sichere den föderativen Charakter des Reichs. Von neuen Reichssteuerprojekten solle man verlangen, daß sie nur die Puffer-situierungen trafen, daß die direkte Steuer zunächst bei den Einzelstaaten bleibe und nur unbedingt Notwendiges bewilligt werde. Die Hauptursache für die schlechten finanziellen Verhältnisse seien die großen Ausgaben für die Welt-politik, wobei sowohl die mili-tärischen Kräfte wie die materiellen Mittel zerplittert würden.

Mißglückte Kundrede.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ beschäftigt sich mit unserer Bemerkung über das Gesetzmäßig am oberen End, bei dem nach amtlicher Meldung die Hottentotten einen Verlust von 60 Toten aufzuweisen hatten. Wir gaben unserem Erlaunen Aus-druck darüber, daß die Hottentotten zwar so viel Tote verloren, daß aber auch nicht von einem einzigen Verwundeten berichtet wurde. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meint nun, das Faktum erkläre sich sehr einfach daraus, daß die Hottentotten, dem all-gemeinen Kriegsgebrauch aller Völker folgend, bei ihrem Rückzug ihre sämtlichen Toten mitgenommen hätten. Der „Vorwärts“ folte sich also beruhigen oder einmal seinen Mitarbeiter für Kolonial-angelegenheiten nach Südwestafrika ins Gefecht schicken, um die Hottentottengebräuche kennen zu lernen. Die wohlfeile Kundrede der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ kam in diesem Falle leider nicht in Betracht kommen. Nach der amtlichen Mitteilung erfolgte der Ueberfall der Hottentottenbande durch eine nur 30 Gewehre starke Patrouille. Die Eingeborenen, heißt es in dem Bericht, seien in dem Gefecht völlig zerstreut worden und hätten das Gefechtsfeld in völliger Panik verlassen. Es ist also ganz ungläubhaft, daß die Hottentotten in der Lage gewesen wären, ihre Ver-wundeten mitzunehmen. Rechnet man auf je einen Toten nur zwei Verwundete, so hätten sie 100 Verwundete mitnehmen müssen. Sie selbst hätten danach mindestens 300—400 Mann stark sein müssen. So stark ist aber der überfallene Hottentottentrupp schwerlich ge-wesen. Hätten die Hottentotten die Zeit gehabt, ihre Verwundeten mitzuschleppen, so würden sie wohl auch die Zeit gehabt haben, einen Teil ihrer Leute das Feuer der kleinen Angreifer-schar erwidern zu lassen. Ein Gesetzmäßig hat aber allem Anschein nach überhaupt nicht stattgefunden, da die deutsche Patrouille nicht den geringsten Verlust aufwies, was schwerlich der Fall ge-wesen wäre, wenn die Hottentotten, die ja bekanntlich sehr gute Schützen sind, sich überhaupt auf einen Kampf eingelassen hätten. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ muß also schon ganz andere Erklärungen suchen, um den unbegreiflichen Sachverhalt begreiflich zu machen. —

Ausland.

Der große Volksbetrug in Norwegen
um die Entscheidung des Volkes über die Staatsform erscheint jetzt immer mehr als eine von den Herren der Situation beschlossene

Sache, an der nichts mehr zu ändern ist. Das war nach allem, was in den letzten Tagen an die Öffentlichkeit gedrungen ist, bereits klar. Zum Ueberflus bestätigt es gestern eine Depesche aus London, die besagt, daß in Kopenhagen amlich mit-geleitet wurde, König Oskar habe der Thron-kandidatur des dänischen Prinzen Karl zu-gestimmt, und daß der norwegische Thron dem Prinzen in nächsten Tagen offiziell angeboten werden soll. Der Kopenhagener Zeitung „Politiken“ wird am gleichen Tage aus Kristiania gemeldet, die Wahl Karls zum König von Norwegen sei eine vollzogene Tatsache. Auch sein norwegischer Name ist schon fertig, er soll Halon IX. heißen. Damit, daß man ihm einen alten berühmten norwegischen Königsnamen gibt, wird sich wohl das um sein Selbstenscheidungsrecht betrogene Volk nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß er ein fremder Auf-bringling ist, und daß es ein schreiender Widerspruch ist, wenn man doch sonst streng darauf hält, daß nur Norweger im Staatsdienst beschäftigt werden, ja es nicht einmal gern sieht, wenn ein Unter-nehmer, der Staatsarbeiten ausführt, sich ausländischer Arbeiter bedient, woraus übrigens bei andauernder Krise den Behörden kein Vorwurf gemacht werden kann.

Nach einer Meldung sollen im norwegischen Ministerium zwei oder drei Staatsräte dagegen sein, daß der Storting ohne die Volksmeinung zu hören, über die Königswahl entscheide, nach einer anderen Meldung nur einer, der Finanzminister Gunnar Knudsen, der vermutlich die Millionen die das neue Königs-haus verschlingen wird, zu besseren Zwecken ersparen möchte. Im Storting sollen nach einer Auffassung 70 bis 80 Abgeordnete für die unmittelbare Wahl eines Königs sein, nach einer anderen sogar 80 bis 100.

Mitte Juni dieses Jahres schrieb der dänische Historiker Dr. Tage Friis auf Grund von Informationen leitender nor-wegischer Politiker, daß wohl gegen 100 Stortingsmänner im Prinzip Republikaner seien, und daß die Hoffnung, die Krise werde zu einer norwegischen Republik führen, in schnellem Wachstum begriffen sei. Als am 7. Juni das ganze Storting, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, für das Thron-angebot an die Verbündeten stimmte, da wurde berichtet, daß Castberg, Konow und andere Republikaner dies nur schweren Herzens getan und nach einer ausdrücklichen Versicherung des Staatsministers Michelsen, daß man sich nicht an ein anderes Königshaus wenden werde, wenn Oskar das Angebot ablehne.

Umso mehr muß das norwegische Volk es jetzt empfinden, wie es von seinen leitenden Männern und Scheindemokraten hinter-gangen worden ist. Das einzige Gute, was bei diesem Volksbetrug herauskommen kann, ist, daß bei den nächsten Stortingswahlen einmal wieder eine reinliche Scheidung der Parteien zutage treten wird und daß das Volk erkennt, wer es mit den Volksrechten ehlich meint, wer nicht.

Das Komitee, das zur Ausarbeitung einer republikanischen Ver-fassung gewählt wurde, hat, wie aus unserer gestrigen Mitteilung zu ersehen war, alles vermieden, was unter den gegenwärtigen Umständen die Durchführung erschweren könnte. In der jetzt ver-öffentlichten Einleitung zu dem „Grundgesetzentwurf für einen norwegischen Freistaat“ sagt das Komitee: „Wir waren sofort über folgende Grundanschauung einig:

1. Nur die streng notwendigen Veränderungen sollten in den Vorschlag aufgenommen werden, nicht die vielen Reformen, die wir sonst für wünschenswert halten (besonders die Einführung des Reser-vendums und des Initiativrechtes des Volkes).

2. Der König sollte nicht durch einen außerhalb der eigentlichen Regierung stehenden Staatshof (Präsident) ersetzt werden, sondern die ganze Macht des Königs sollte einer vom Storting auf drei Jahre gewählten verantwortlichen Regierung übertragen werden, einem Reichsvorstand mit einem Vorsitzenden und einem Vize-vorsitzenden.“

Das Komitee, das aus einem Johann Scharffenberg, O. Solnördal und R. Gjelsvil, der als Sekretär bei den Karlsbader Verhandlungen tätig war, besteht, hat es also dem Stor-thing und dem Volke sehr leicht gemacht, die so außerordentlich günstige Gelegenheit zur Einführung einer vernünftigen Staatsform zu benutzen. —

Schweiz.

Der Baseler Straßenbahnerstreik vor dem Großen Räte.

Basel, 16. Oktober. (Eig. Ber.) Die bürgerlichen Parteien in Basel haben es aus taktischen Gründen als angezeigt erachtet, den Straßenbahnerstreik vom August durch eine Interpellation im Großen Räte zur Sprache und zur parteipolitischen Ausschlagung zu bringen. Wie die Redner der drei Eidgenössen Vally, Sulzer, Speiser auf dem Rüttel des Kapitalismus im Nationalrat scharf-machende Wahreden waren, um die bürgerlichen Kreise und die indifferenten Arbeitermassen zu sammeln zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Nationalratswahlen, so sollte die scharfmacherische Aktion in unserem Großen Räte dem-selben lichtvollen Zwecke dienen. Der Führer unserer „Frei-sinnigen“, Ständerat Dr. Scherrer, eröffnete den Kampf, um den Straßenbahnerstreik zu verurteilen und als eine „Rebellion“ (hul) zu bezeichnen. Auf den von den Sozialdemokraten gegen diese elende demagogische Phrasen erhobenen Widerspruch trat der Rede den Rückzug an, indem er nun erklärte, „Verbrecher“ seien die Straßenbahner nicht. Als seine Devise proklamierte er: Wahrung der öffentlichen Interessen, Wohlwollen, aber auch schärfste Strafe, etwa nach dem Rat der deutschen Schatzkammer: „Streng, aber gerecht!“ In diesem Sinne stellte er auch einen Antrag. Recht zutreffend meinte der katholische Vertreter Dr. Feigemann, die Scherersche Rede wäre des Freiherrn v. Stumm würdig, der im deutschen Reichstag für streikende Arbeiter das Zuchtshaus forderte. Der katholische „Soziologe“ wandte sich gleichzeitig aber auch gegen den Staatsbetrieb. Der konservative Hallweger verurteilte den Straßenbahnerstreik ebenfalls, erkannte aber gnädigst der Sozial-demokratie ihre Existenzberechtigung zu. Ein anderer bürgerlicher Redner konstatierte, daß bei der Verwaltung der Straßenbahn Verhältnisse beständen, der Direktor allmächtig sei und daher reformiert werden müsse. Der millionenreiche Finanzmann Dr. Speiser, der nebenbei als Professor an unserer Universität der Jugend kapitalistisches Recht dozieren und der kürzlich im Nationalrat für einen Juristen unheilbar kompromittierende Ungehuerlichkeit verbrach, daß der Streik Vertrags- und Treu-bruch, Erpressung und Wucher sei, bemühte sich hier, seine Kom-promittierung noch einmal aufzufrisken. Der Mann gehört zu den „Frommen“ im Lande, zu den reformierten Frommen, und so schloß er salbungsvoll seine Rede mit der wohlverstandenen Theorie: Das Recht, zu arbeiten, ist das Beste, was uns Gott gegeben hat, darum soll man eben arbeiten und nicht streiken. — Und dabei steht der fromme Mann ohne eigene Arbeit, arbeitslos und müde, die fettesten Dividenden als Aktionär in die Tasche, die die Früchte der Arbeit anderer Leute, der schlecht entlohnenden Arbeiter sind. Von unseren Vertretern sprachen die Genossen Dübli, Amelcin, Pürkin, Frei, Leoy, Guzmann, Rinerche, Krebs und Regierungsrat Wallstieger. Sie sprachen manches gute Wort, standen vollständig auf der Höhe der Situation und verteidigten den Straßenbahner-streik, der durch das herrschende Willkürregiment in der Ver-waltung verurteilt war, verteidigten das Streikrecht der Straßen-bahner und forderten eine bessere Regelung der Arbeits- und Lohn-verhältnisse der Straßenbahner. Wallstieger betonte be-sonders, wie weit wir mit der „ökonomischen Demokratie“ hinter

der politischen Demokratie zurückgeblieben seien und daß in den öffentlichen Betrieben bei den leitenden Personen noch immer das Vorurteil vorherrsche, daß der Untergebene keine eigene Meinung und keine Selbständigkeit haben, was beseitigt werden müsse. Es sollen Arbeitervereine geschaffen werden. Man darf nicht vor Reformen zurückweichen, welche im Interesse einer wirklichen, nach allen Richtungen guten Demokratie geboten sind.

Schließlich wurde der Antrag Scherer mit 67 gegen 45 Stimmen angenommen, die auf einen Antrag unseres Genossen Dubi fielen. Auch diese Debatten über den Klassenkampf sollten wie ein Blick die Köpfe der indifferenten Arbeitermassen erleuchten und diese der Sozialdemokratie in die Arme treiben.

Rationalrats-Wahlbewegung.

Zürich, 17. Oktober. (Sig. Ber.) Unsere Genossen im Züricher Wahlkreis haben am Sonntag die Aufstellung von vier sozialdemokratischen Kandidaten, und zwar der Genossen Gremlich, Denyer, Seidel und Albisser-Luzern beschlossen. Die Bürgerlichen werden neun Kandidaten aufstellen, also alle Mandate dieses Wahlkreises für sich beanspruchen, und die, welche bisher die sozialdemokratische Partei inne hatte. Vogelzanger wird von unserer Partei nicht aufgestellt, den Gegnern wäre er sehr genehm gewesen; unseren Genossen Gremlich bekämpfen die Gegner, weil er im Nationalrat sich als Kämpfer und Vertreter der Arbeiterinteressen, als ein scharfer Gegner der kapitalistischen Politik bewährt hat. Unsere Partei wird nun unter diesen Umständen ebenfalls neun Kandidaten aufstellen und den Kampf aufnehmen. Im Winterthurer Wahlkreis, der bisher durch den einen Sozialdemokraten Dr. Studer vertreten war, haben unsere Genossen beschlossen, neben ihm noch den Arbeitersekretär Kaufmann als zweiten sozialdemokratischen Kandidaten aufzustellen und zwar gegenüber dem scharfnadelnischen Schlotzunter Suter-Blogler. Im Kanton St. Gallen werden die Genossen Brandt und Scherrer wieder aufgestellt, in Basel neben dem bisherigen Vertreter Dr. Prüßlein noch Medaure Frei, in Solothurn, wo die Freisinnigen unseren Genossen Färholz an Stelle des bisherigen katholischen Vertreters aus ihre Liste genommen, haben die sozialdemokratischen Wähler derselben zugesagt. Eine unerwünschte Situation, in der immer eine Minderheit gegen die andere von der strengen freisinnigen Mehrheit ausgespielt wird. In Schaffhausen soll ebenfalls zum ersten Male ein sozialdemokratischer Kandidat aufgestellt werden; in Genf scheint die Wahlsituation noch nicht geklärt zu sein.

Im Kanton Zürich ist in der Person des Genossen Friedensrichter Werner in Winterthur auch eine Ständerats-Kandidatur aufgestellt.

Frankreich.

Sozialistischer Konvent.

Der sozialistische Konvent erzählt heute in der „Humanité“ auf Grund amtlicher Schriftstücke, daß Kommandant Thomasse, Kommandant des Forts Camille in Frankreich, Raigo, in den Wäldern fern von jedem Verkehr, sogenannte Geißel-Lager errichtet habe, in denen die Weiber und Kinder der zu Arbeits- und Steuerleistungen herangezogenen Arbeiter so lange gefangen gehalten wurden, bis die Männer die verlangten Leistungen erfüllt hatten.

Italien.

Der Parteivorstand über die Ausschließungen aus der römischen Parteisektion, Rom, 16. Oktober. (Sig. Ber.) Der Parteivorstand, an den die Reformisten appelliert hatten gegen den Beschluß der römischen Sektion, der sie wegen Disziplinlosigkeit aus der Partei ausschloß, hat sich heute mit der Frage beschäftigt. Gegen die Ansicht Verdas erklärte der Vorstand, die Gründe des Ausschlusses und keine moralische Berechtigung nicht prüfen zu können, sondern annullierte den Ausschluß seiner formellen Richtigkeit wegen, da die entscheidende Beschlussfassung nicht mit der Zweidrittelmehrheit und in Anwesenheit von über der Hälfte der Mitglieder gefaßt worden war, wie das Organisationsstatut vorschreibt. Der Parteivorstand weist demnach die Frage an die erste Plenum, die Sektion Rom, zurück. Wie erinnerlich, erfolgte der Ausschluß, weil die Reformisten, gegen den Beschluß der Sektion, bei den letzten kommunalen Wahlen außer für die Parteikandidaten für einige Namen der antiliberalen Liste stimmten.

Schweden.

Das Koalitionsministerium hat nun seine Aufgabe die Ausdehnung mit Norwegen, fast völlig vollendet. Die anferntlichen werden es zwar nicht ungenügen sehen, wenn es weiter gehen bleiben würde, mit der ohnmächtigen und ihren Parteinteressen unschädlichen freisinnigen Minderheit von Staatsräten als Deration. Aber die freisinnigen Staatsräte Sioaf und Wisert solle nicht gewillt sein, einem Ministerium Lundberg länger anzugehen. Es fragt sich nun, ob die Rekonstruktion des Ministeriums, die wohl in der nächsten Woche zu erwarten ist, nach rechts oder nach links vor sich gehen wird.

Eine ehrliche Reichstagspredigt.

Der schwedische Reichstag wird bekanntlich noch immer nach alt hergebrachter Weise mit einer kirchlichen Feier eröffnet und geschlossen. Die Predigten, die hierbei gehalten werden, sind selbstverständlich in der Regel den Meinungen der Reichstagsmehrheit angepaßt, so daß wenig oder gar nichts von dem hohen Geist der Lehren Jesu und der Aeltern der alten Propheten in zu spüren ist. Diesmal, beim Schluß des außerordentlichen Reichstages, war es jedoch anders. Der Pastoradjunkt S. Wadé hielt den Abgesandten eine Rede, die unser Bruderorgan „Socialdemokraten“, das sie als Leitartikel bringt, mit Recht „Eine ehrliche Reichstagspredigt“ nennt.

Dieser ehrliche Prediger sprach über Amos V, 15. Er verlegte die politischen Zustände im jüdischen Reich bei Zeit mit den Schwierigkeiten, die Schweden jetzt eben durchgemacht hat, räumte es, daß man der Verführung zum Kriege widerstanden hat, kam dann aber auch auf die inneren Verhältnisse zu sprechen und äußerte:

„Es gibt dieses in unserem gesellschaftlichen Leben, was stark an die Verhältnisse in Israel zu Amos' Zeit erinnert. Die Gerechtigkeit kommt nicht immer zu ihrem Recht, so wie es der Fall sein sollte. Die Kräfte, die mühen freimachen können, sollten wir so amendieren, wie es der Herr in unserem Testamente andeutet. — Wir, die wir in unerschütterlicher Treue am Amt beinahe ständig mit den unteren Volksschichten in Verbindung kommen, müssen ab und zu die Anklage hören: „Die Religion ist ja nur da, um die Mächtigen und Reichen zu schützen.“ Liegt in dieser furchtbaren Anklage auch nur ein Körnchen Wahrheit, dann — wehe uns Weislichen, wehe unserer schiefen Kirche! Sie hat damit ihren Reiz verloren, ihre Aufsicht verraten und damit auch ihr Todesurteil unterschrieben. — nun gleichsam ein neuer Abschnitt in unserem Volksleben beginn so gilt es vor allem, daß wir, der Propheten Warnung folgend, in gemeinsamem Gerechtigkeitsstreben sammeln und bereinigen — unsere Gottesfurcht soll nicht nur in göttlichen Wortlaut Geberden bestehen, sondern vor allem im Geist und in der Tat, eine Gottesfurcht, die ihr Gepräge gerade von den Taten der Gerechtigkeit erhält. In dieser Kraft mit wir alle vorwärts ringen, entgegen der Reubildungszeit, die uns in lichten Zukunftshoffnungen erscheint, der Zeit, da alle schiefen Männer und Frauen sich froh und glücklich fühlen, erken, daß sie zusammengehören und teil haben an den Gütern Landes.“

Der Prediger schloß mit den Worten: „Dünne ist eines Volkes Verderben, aber Gerechtigkeit erhöht es.“

Der friedensfreundliche und soziale Geist diesen Ausführungen steht übrigens in wohlthuendem Gegensatz zu dem, was der Hofprediger Heumann jüngst für Gemeinde verkündete. Dieser Gottesmann suchte förmlich zurück gegen Norwegen aufzutreten, schloß auf den friedenswidrigen und nannte die Sozialdemokraten „Vaterlandsverräter“, wec ebenfalls für die friedliche Auseinandersetzung mit Norwegern. Gegen

diesen Hofprediger schwebt jetzt eine Klage beim Justizschlichter des Reiches.

Amerika.

Die Politik der Vereinigten Staaten führt nach dem „Philadelphia Anzeiger“ gegenwärtig ein gewisses „Stilleben mit Rüstung“. William Jennings Bryan, das Haupt der demokratischen Partei, hat mit seiner Familie eine Reise um die Welt angetreten, die ein Jahr dauern soll, um die Ruhe im Lande auszunutzen. Die Kapitalisten preisen die Prosperität im Handel und Wandel; die Farmer bekommen leidliche Preise für ihre Produkte trotz der hohen Ernte, denn Europa wird mehr kaufen als je zuvor; die Arbeiter werden in Schach gehalten durch teilweise Zugeständnisse der Trusts an die Gewerkschaften und durch die andauernde Ueberflutung des Arbeitsmarktes mit Scharen von Einwanderern. Es herrscht Ruhe und ein Gefühl der Sicherheit, was auch ein paar Jahre dauern kann, bis wieder ein Crash eintritt. Roosevelt wollte eine Extrarückführung des Kongresses einberufen, weil er viel auf dem Herzen hat und immer für etwas Neues ist, aber die „Standpattens“ wollten nichts davon wissen. Das sind diejenigen Leute in der republikanischen Partei, welche alles so lassen wollen wie es ist. Roosevelt will den Kapitalismus in Amerika ansäugiger machen, um ihn besser kontrollieren zu können. Das hat er den Trustmagnaten offen gesagt und ihnen angetragen, sich lieber einer milden Kontrolle durch den Staat zu unterwerfen, als durch hartnäckigen Widerstand gegen die Kur größere Uebel heraufzubeschwören. Aus demselben Grunde hat er sich auch in den Partikularstreit gemischt, um nämlich der Bewegung zugunsten der Verschärfung der Vergewaltigung entgegenzutreten. Eine strengere Kontrolle über die Eisenbahnen und wahrscheinlich auch über die Versicherungsgesellschaften, nach den neuesten Enthüllungen in New York, wird Roosevelt als notwendig bezeichnen, und die Kapitalisten werden ihm voraussichtlich den Willen tun, ohne sich zu schaden.

Bei den verschiedenen Staats- und Lokalwahlen im nächsten Monat kommt die nationale Politik nicht in Frage. Ein wilder Kampf wird natürlich überall ausgeführt werden, wie sich das bei amerikanischen Wahlen von selbst versteht, aber es steckt nichts Ernstlicheres dahinter als ein wütender Streit um mehr oder weniger feste Ämter. Die sozialdemokratische Partei wird wieder Gelegenheit haben, ihre Stimmen zu zählen.

In Kuba steht die Präsidentenwahl bevor und erregt heftig die Gemüter. Die Vorwahlen, die kürzlich stattfanden, fielen zugunsten von Palma, dem jetzigen Präsidenten, aus. Die Liberalen, von General Gomez angeführt, klagen die Regierungspartei der schlimmsten Korruption an. Viele Betrügereien kamen bei den Vorwahlen zutage und die Liberalen beschloßen, sich gar nicht an der Hauptwahl zu beteiligen, weil keine Garantie für eine ehrliche Zählung der Stimmen vorhanden sei. In einem Bezirk von Habana, wo nur 3000 Wähler vorhanden sind, sollen 12 000 in den Listen stehen. Palma ist ein Werkzeug amerikanischer Kapitalisten und sehr verhaßt. Es wäre längst eine Rebellion gegen Palma ausgebrochen, wenn die Kubaner nicht fürchteten, dadurch den Amerikanern einen Vorwand zu geben, mit Waffengewalt einzubringen.

Die Revolution in Rußland.

Der neue gewaltige Ausbruch der Arbeiterbewegung hat den Zarismus so sehr erschreckt, daß die Duma-Liberalen jetzt aufgeboten werden, um Hoffnungen zu erwidern. Wir werden diese liberale Politik des Hoffnungs-Dumms, hinter dem das Ansehensbedürfnis Wäterschens steht — die hohe europäische Finanzkraft „Ruhe“ zur Vorbereitung ihres Pumps — in den nächsten Zeiten sehr gründlich beobachten können. In die Kategorie dieser liberalen Mandver gehört die folgende Meldung:

Petersburg, 19. Oktober. („Loffan-Meldung.“) Rußland steht am Vorabend großer Ereignisse. Wohlmeinenden Persönlichkeiten ist es gelungen, an den Zaren zu gelangen und ihm die volle Wahrheit über die Lage im Innern vorzutragen. Der Zar hat daraufhin beschloßen, dem Reiche binnen kurzem eine Verfassung zu geben.

Rußland steht am Vorabend großer — Anleiheversuche; das ist alles.

Eine „offene Frage“.

Petersburg, 20. Oktober. (Offizielles Telegramm.) Wie „Syn Detschew“ erzählt, steht die Bildung des Ministerkabinetts im Zusammenhang mit der Frage über die Revision des Reichsdumagesetzes und dessen Umarbeitung auf neuen Grundlagen. Wie „Nowoje Wremja“ meldet, ist die Bildung des Kabinetts noch eine offene Frage.

Eine „offene Frage“ wird diese neue „radikale“ Umwälzung von Gnaden des Zaren in der Tat bleiben. Auch diese Meldung gehört zu den liberalen Hausspekulationen.

Der Sturz Pobjedonoszew's?

Petersburg, 20. Oktober. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In den höheren Kreisen ist das Gerücht verbreitet, Pobjedonoszew sei wegen Krankheit vom Amte zurückgetreten; er hat jedoch ein Demissionsgesuch nicht eingereicht.

Auch diese Meldung ist ein Ausfluß der liberalen Täuschungs-Aera neuer Hoffnungen!

Zivilisierter als Preußen!

Petersburg, 20. Oktober. Durch kaiserlichen Erlass wird der Gebrauch des Polnischen und Litauischen als Unterrichtssprache in den Privatschulen des Zartums Polen für vorläufig zulässig erklärt, nur für den Unterricht in Geschichte und Geographie ist das Russische obligatorisch.

Mit diesem Konzessionsstück erweitert sich der Zarismus immerhin liberaler als Preußen.

Unter der Herrschaft Trepotovs.

Am 19. Oktober fand in Moskau ein altrussischer Jugendkongress statt. Der Moskauler Stadthauptmann, Baron v. Medem, ließ die Kongressleitung kurz vor der Eröffnung der ersten Sitzung wissen, daß er gegen den Kongress vorgehen wird, falls demonstrative Reden gehalten werden. Bald darauf erschienen auch starke Polizei- und Kosakenabteilungen, so daß der weitere Verlauf des Kongresses eine andere Physiognomie erhielt.

Universitätsbewegung.

Riga, 19. Oktober. (Offizielles Telegramm.) Das Polytechnikum ist wegen Anwesenheit von fremden Elementen bei einer Versammlung von Studierenden einstweilen geschlossen worden.

Die Kosaken.

Katzenbender, 19. Oktober. (Offizielles Tel.) Bei der Verurteilung der Opfer von Unruhen, die jüngst hier stattfanden, veranstaltete die Bevölkerung gestern eine Kundgebung, worauf eine lärmende Volksmenge Referenten nach dem Bahnhof geleitete; dort kam es zu einem Tumult, während dessen die Wäffels geplündert (?) wurden. Kosaken vernichteten mehrere Personen. In den Schulen wird kein Unterricht erteilt. Die Straßenbahnen werden durch die Manifestationen am Betriebe gehindert. Die Unruhen wiederholten sich heute. Die Niederlage eines Waffenabteilers wurde geplündert. In den Kundgebungen beteiligten sich Referenten, die von Agitatoren geführt waren und Schüler der Unterrichtsanstalten. Die Menge warf mit

Steinen. Die Truppen, welche zur Unterdrückung der Unruhen aufgeboten waren, hatten drei Bewunderte, zwei davon schwer. Ein Kommissar und ein Polizeigent wurden durchgeprägt.

Ueber die Opfer des Volkes schweigt des Zaren Telegraph!

Minsk, 19. Oktober. Gestern sammelten sich hier etwa 800 Arbeiter auf den Straßen an und wurden durch Kosaken auseinander getrieben, wobei mehrere Personen Verletzungen erlitten.

Einberufung eines demokratischen Kongresses.

Das ziemlich scharfe Vorgehen der russischen Behörden gegen die in den letzten Tagen in Moskau veranstalteten Kongresse, die sich vorwiegend mit der jetzigen Lage im Innern Rußlands und mit der Wahltagation beschäftigten, hat die Führer der konstitutionell-demokratischen Partei davon nicht abgehalten, im Laufe der nächsten Woche einen demokratischen Kongress zu veranstalten. Es werden fast alle politischen und „professionellen“ Verbände Rußlands zahlreich vertreten sein werden. („Russ. Kurier.“)

Aus der Partei.

Auf dem westpreussischen Parteitag hat Genosse Haase-Königsberg nach einem und zugegangenen Bericht in seinem Referat über die politische Lage auch eine Szene aus dem Leben eines russischen Genossen angeführt. Dieser russische Genosse habe ihm erzählt, wie er nach einem Ansturm mit der Polizei in der Weichsel einen Schußmann, der ihn niederstechen wollte, niedergeschossen habe und wie es ihm dann durch große Geistesgegenwart gelungen sei, den Häkern zu entkommen. Er sei dann nach Schweden gegangen. Hier habe es ihm aber nicht gefallen, denn die Arbeiter zögen in diesem „freien“ Lande vor den Polizisten den Hut und ständen vor den Arbeitgebern in demütig-strammer Haltung, deshalb habe er beschloßen, wieder nach Rußland zurückzukehren.

Dieser erhalten wir von einem Parteigenossen, der die schwedischen Verhältnisse kennt, folgende Zuschrift:

„Ja will darüber nicht rechten, ob diese Erzählung die politische Lage trifft, jedenfalls aber halte ich es für eine Pflicht, die ungeheure Verleumdung der schwedischen Arbeiter energisch zurückzuweisen, die nicht in der Erzählung des russischen Genossen, wohl aber darin, daß ein Vertreter der deutschen Sozialdemokratie diese öffentlich weiter gibt, erblickt werden kann. Zunächst sei festgestellt, daß Schweden noch kein Polizeistaat weder im russischen noch im deutschen Sinne ist. Zweitens aber meine ich, daß die deutschen Genossen, soweit sie über die schwedische Arbeiterbewegung unterrichtet sind, wissen müßten, daß die schwedischen Arbeiter wirklich nicht „demütig vor dem Unternehmertum strom“ stehen. Die gewaltigen Kämpfe, die das schwedische Proletariat in den letzten Jahren geführt, die ungeheuren Opfer, die jeder einzelne der schwedischen Genossen hat tragen müssen, um diese Kämpfe siegreich zu Ende führen zu können, legen jedenfalls Zeugnis ab für das Gegenteil dessen, was der Genosse Haase auf dem westpreussischen Parteitag seinen Zuhörern zu erzählen für angebracht hielt. Allein die seit dem 10. Juni andauernde Ausrüstung in der gesamten schwedischen Eisen- und Metallindustrie, wovon etwa 17 000 Arbeiter betroffen sind, wäre dazu geeignet, das Ungeheuerliche der Erzählung von der „interessanten Szene aus dem Leben eines russischen Genossen“ vor aller Welt bloßzulegen. Allerdings hat die schwedische Arbeiterbewegung schon seit dem Parteitag in Korridöring 1891 die deutsche Taktik abgelehnt, nicht mit Bomben, sondern innerhalb des gesetzlichen Rahmens ihre Kämpfe zu führen.“

Diese Zuschrift scheint uns von der irrthümlichen Voraussetzung auszugehen, in der Wiedergabe der Erzählung des russischen Genossen ein Urteil über die moderne Arbeiterbewegung zu erlassen. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Warum soll der Betreffende nicht solche von ihm charakterisierte Arbeiter angetroffen haben? Solche Leute finden wir auch noch anderswo als in Schweden. Deshalb aber in der Wiedergabe einer solchen Bemerkung gleich eine Verleumdung des schwedischen Proletariats zu erlassen, erscheint uns denn doch nicht angelegentlich. Genosse Haase hat ja auch nur die Erzählung des russischen Genossen wiedergegeben in der Charakterisierung russischer Zustände. Das Urteil des russischen Genossen mag auch in der Einschränkung vielleicht unzutreffend sein; als ein solches von besonderem Wert ist es jedenfalls nicht zu betrachten. In Rußland scheinen eine Reihe Leute zu glauben, in anderen Ländern volle Freiheit zu finden. Daß diese Ansicht eine sehr irrthümliche ist, wird uns auch der Genosse, der uns mit dieser Zuschrift beehrt, nicht bestreiten wollen. Also: wir können in der Wiedergabe der Erzählung kein allgemeines Urteil über die schwedischen Arbeiter finden, auch keine Verleumdung des schwedischen Proletariats. Soweit die moderne Arbeiterbewegung Schwedens in Frage kommt, wird sie unserer Ansicht nach nicht getroffen, sollte wenigstens nicht getroffen werden. Wäre dies aber aus der angezogenen Bemerkung herauszulesen, so würden wir mit dem Einsender ein solches Urteil für falsch halten.

Das Hauptorgan der dänischen Sozialdemokratie, „Socialdemokraten“ in Kopenhagen, war bisher schon das am meisten verbreitete Blatt Dänemarks und seiner Hauptstadt, und im Verhältnis zu den 500 000 Einwohnern war die bis vor kurzem erreichte Abonnentenzahl von 42 000 gewiß so hoch, daß sie wohl nicht leicht von den sozialdemokratischen Organen anderer Großstädte übertroffen wird. Aber die Sozialdemokraten Kopenhagens haben es sich vor einiger Zeit in den Kopf gesetzt, daß sie die schöne runde Zahl von 50 000 Abonnenten erreichen müßten und sie sind diesem Ziele auch schon ein gutes Stück näher gekommen. Mit dem Septembermonat setzte die Agitation ein und am 8. September hatte man schon 560 neue Abonnenten gewonnen, in der folgenden Woche kamen 650 hinzu, in der dritten 690, in der vierten 811, in der fünften Woche 689, und jetzt hat man die Gesamtzahl der Abonnenten bereits auf 46 000 gebracht. Damit gibt man sich natürlich nicht zufrieden. Das Ziel muß erreicht werden und wenn es überschritten wird, ist es um so besser. Die Agitation selbst wird in folgender Weise betrieben: Jeder der 13 Wahlkreise Kopenhagens ist in Bezirke eingeteilt und jeder Bezirk hat einen Vorsteher. Diese Bezirksvorsteher und andere Parteigenossen, die agieren wollen, versammeln sich jeden Sonntag vormittag in verschiedenen Lokalen der Stadt. Jeder erhält hier eine Anzahl Exemplare von „Socialdemokraten“ und dann geht man zu den Bewohnern des Bezirks in die Häuser und fordert zum Abonnement auf. In dieser Agitation nehmen auch die bekanntesten Männer der Partei, wie unter anderen der Chefredakteur Weinblad, der Parteivorsteher B. Knudsen teil, und es wird im allgemeinen mit wahrer Begeisterung gearbeitet. Uebrigens haben ältere Parteigenossen schon vor Jahrzehnten in derselben Weise agitiert, als „Socialdemokraten“ noch ein ganz kleines, unansehnliches Blatt war.

Wie groß das Erreichte ist, erkennt man, wenn man bedenkt, daß das Blatt im Jahre 1881 nur 2000 Abonnenten zählte, es im Jahre 1893 auf 25 000 gebracht hatte und nun nach abermals 12 Jahren schon die 46 000 erreicht sind und die Zahl von 50 000 jedenfalls bald erreicht werden wird.

Potenisse der Partei. Ein braver und rühriger Parteigenosse ist in dem Schriftsteller August Danneberg in Heidelberg verstorben. Seit langem an der Heidelberger Arbeiterbewegung tätigen Anteil nehmend, fand Danneberg, wenn's die Interessen der Partei galt, im ersten Treffen. Bis vor drei Tagen noch leitete er die Wahltagation des Heidelberger Stadt- und Landkreises, bis er sich an verstorbenen Sonntag auf einer Agitationstour eine Erkältung holte, die ihn aufs Krankenlager warf und das nicht allzu widerstandsfähige Proletariat schon nach zwei Tagen zum Stillstand brachte. Ein tragisches Geschick für den begeisterten Streiter im Klassenkampf unserer Zeit, daß er den Ausgang der Schlacht nicht mehr erleben sollte, zu der er von ihren ersten Anfängen an die haben gelegt und die Erfolge vorbereitet hatte! Alle, die ihn kennen, trennen

Genossen kammen, betrauern in seinem Tode den Verlust einer
mächtigen Werkkraft für unsere Sache; sein Andenken wird in der
Sozialdemokratie des badischen Landes allezeit in Ehren gehalten
werden. Leider ist auf das Arbeits- und dornenvolle Proletarier-
leben zu frühe die ewige Ruhe gefolgt!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafverfahren. Wir berichteten kürzlich, daß in Langen-
bielau ein „Arbeitswilliger“ Maurer vor der Frau eines streikenden
Maurers ausgespuckt und diese herabsehende Tat mit einem „Pfu!“
begleitet hatte. Die Staatsanwaltschaft hatte ein Einschreiten
abgelehnt. Jetzt hatte sich der Mann der beleidigten Frau vor dem
Schöffengericht in Reichenbach i. Schl. zu verantworten, weil er den
Beleidiger seiner Frau dadurch an seiner Ehre gekränkt haben sollte,
daß er angeblich zu ihm sagte: „Wenn Du weiter arbeitest, siehst
Du uns das Brot vom Tisch.“ Der Streikende wurde dafür zu einer
Wochen Gefängnis verurteilt. Dem Arbeitswilligen ist nichts passiert.
Wunderbar sind die Wege der Justiz.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueber den Kampf in der Elektrizitäts-Industrie
sprach am Mittwoch, den 18. Oktober, im National-
liberalen Verein Herr Generaldirektor Dr. Berliner
von den Siemens-Werken.

Ueber seine Auslassungen erhalten wir folgende kritische Zu-
sammenfassung:

Was Herr Dr. Berliner über das Verhältnis zwischen
Arbeitgebern und Arbeitern sagte, zeigt, daß der Herr diese Dinge,
trotz seines Amtes, nur aus der Vogelperspektive kennt. Noch deut-
licher zeigt sich dies bei den Bemerkungen über die Organisation
und ihre Tätigkeit.

Wie sieht es mit all diesen Dingen in Wirklichkeit?
Wer die Betriebe der Siemens-Gesellschaft genau kennt, weiß,
daß man dort durch Sprache zu etwas kommen kann, und
mancher, dessen Befähigung nicht sehr weit her war, hat es auch
zu etwas gebracht. Das sind Dinge, die auf die Dauer unhaltbar
sind, die, wenn sie nicht geändert werden, dazu führen, daß die
Firma bezüglich der Leistungsfähigkeit und Rentabilität immer
weiter gegenüber anderen Firmen (A. G. u. v.) zurückgedrängt
wird.

Würde Herr Dr. Berliner sich um diese Dinge kümmern,
dann käme er zweifellos auch dahin, festzustellen, daß die Meister,
Obermeister usw., die ihm das Material zu seinem Vortrag geliefert
haben, allerdings nicht sehr erfreut über Organisation der Arbeiter
und Arbeiterausschüsse sind.

Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter kommt in
der Hauptsache beim Verkehr zwischen Meister und Arbeiter zum
Ausdruck.

Während früher die Meister geradezu unumschränkt regierten,
ist das jetzt anders. Erlaubt sich ein Meister Uebergriffe, dann wird
Hand in Hand mit den übrigen Behörden das unzulässige Ver-
halten in den von der Organisation einberufenen Versammlungen
öffentlich kritisiert. Sind es sonstige Verhältnisse, dann wendet sich
der Ausschuss beschwerdeführend an die Direktion. So bilden Or-
ganisation und Arbeiterausschuss eine Kontrolle, die besonders dem
unfähigen Meister lästig ist. Diese Meister sind geschworene Feinde
der Organisation und der Ausschüsse. Von diesen Leuten hat Dr.
Berliner in der Hauptsache seine Informationen und daher die
wenig oder gar nicht zutreffenden Darstellungen.

Es ist geradezu unsinnig, wenn Herr Dr. Berliner sagt, daß die
Arbeiter weniger herrschen, wenn der Akkordpreis erhöht wird. Da
hat der Ingenieur Wert, wie aus dessen Broschüre hervorgeht,
doch genauer beobachtet. Auch die Bemerkungen, wonach die frei-
willig gemachten Zugeständnisse von den Arbeitern als wertlos be-
trachtet werden, ist durchaus unrichtig. Es soll damit
zweifellos einschuldigt werden, daß den Ar-
beitern selten oder nie freiwillige Zugestän-
nisse gemacht werden. Aber es ist vergeblich, damit
jemanden, der die Dinge kennt, auch nur einen Augenblick zu ver-
wirren. Die Herren sagen sich: „Solange der Arbeiter zufrieden
ist und nichts sagt, brauchen wir nichts zu verbessern. Und wenn
er kommt und fordert, ist es immer noch Zeit, Abhilfe zu schaffen.“
Gern gibt man dem Arbeiter nicht, man sucht ihn so blösig wie mög-
lich abzuspeisen. Und da die Vorgesetzten wissen, daß die Organi-
sation den Arbeiter ein Mahner ist, dieses Mahnen aber dem Arbeit-
geber Geld kostet, so ist die Animosität gegen die Organisation be-
greiflich.

Wenn aber Herr Dr. Berliner weiter sagt, es werde bei der
Stellung von Forderungen der Zusatz nie vergessen: „Wenn nicht
bewilligt wird, wird gestreikt!“ so erklären wir demgegenüber: Das
ist nicht wahr! Auch die weitere Behauptung, daß immer die Ab-
teilung, die den Betrieb lahm legen kann, die Forderungen stelle,
ist durchaus nicht zutreffend.

Eigentümlich berührt die Einstellung, die Herr Dr. Berliner
mit den Forderungen vornimmt.

Er sagt, die Forderungen seien stets dreierlei Natur: 1. For-
derungen zur Verbesserung der Lebenslage; 2. parteipolitische For-
derungen; 3. bisjubiläumliche Forderungen.

Was nennt nun Dr. Berliner parteipolitische For-
derungen? Etwas weiter unten wird die Antwort gegeben.

Die Forderung des Achtstundentages sowie die Forderung von
Lohnverträgen sind nach Meinung Dr. Berliner's parteipolitische
Forderungen.

Es klingt geradezu ungläublich, daß der Generaldirektor einer
Firma, die seit Jahrzehnten den Achtstundentag als sozialpolitische
Schauspiel eingeführt hat, sagt, die Forderung des Achtstundentages
sei eine parteipolitische. Wie kann sich die Firma dagegen freudig,
wenn die Arbeiter fordern, daß die Arbeitszeit, die für die Werke
festgesetzt ist, auch innegehalten und nicht immer über-
schritten wird? Aber daß die Forderung der Lohnverträge
eine parteipolitische sein soll, ist ganz etwas Neues. In
keinem Parteiprogramm ist jedenfalls nichts davon enthalten.

Herr Dr. Berliner beschwert sich darüber, daß sich die Arbeiter
gegen Maßnahmen wehren.

Nun, so lange die Meister usw. die Kollegen, die nicht alles
stillschweigend hinhinnehmen, hinauszuweisen suchen, so lange werden
die Arbeiter sich gegen derartige Dinge wehren und zwar mit Recht.

Daß die Arbeiter die Entlassung von ihnen nicht genehmen
Meistern ohne weiteres fordern, ist eine Behauptung, für welche
Herr Dr. Berliner den Beweis schuldig geblieben ist.
Und nun erst gar, daß die Arbeiter eine solche Forderung mit Streik-
androhung unterstützen! Ob unter den Zuhörern wohl jemand
war, der das geglaubt hat?

Dann kommt Herr Dr. Berliner auf die Organisationsvertreter
zu sprechen und sagt, diese seien hinzugezogen, weil die Arbeiter-
ausschüsse sonst stets Hunger und Durst vorschickten, um mit den
nicht hinzugezogenen Organisationsvertretern Rücksprache zu
nehmen.

Wer die Verhandlungen im Remisssaal kennt, und Herr Dr.
Berliner könnte sie kennen, der weiß, daß die Direktoren
diese Taktik befolgten. Als sie an dem betreffenden Sonntag ab-
brechen wollten, schickten sie Hunger und die Sonntagstraße vor und
begleiteten damit die Vertagung.

Was sonst noch vom Vortragenden gesagt ist, steht auf der
gleichen Höhe oder richtiger gesagt Tiefe, wie das bis jetzt erwähnt.

Die ersten Arbeiter, die nach Verdingung der Ausperrung
beim Betreten der Fabrik Herrn Dr. Berliner zugerufen haben
sollen: „Herr Doktor! In kürzester Zeit fordern wir den ach-
tstündigen Arbeitstag!“ sind freie Erfindung des Herrn Dr.
Berliner.

Die Ansichten des Vortragenden über Ueberstunden und Ver-
rechnung der Erziehung der Organisation ähneln wie dem Herrn.
Es ist gut, daß dieser Vortrag unter Ausschluß von Leuten gehalten

ist, die von den Dingen etwas kennen, sonst würde es dem Herrn
Dr. Berliner wohl übel ergangen sein.

Aber wie wäre es denn, Herr Doktor? Vielleicht sehen Sie
sich einmal mit einem Vertreter der Arbeiterorganisation in einer
Beratungs- oder sonstigen Versammlung auseinander? U. v. g.
Adolf Cohen.

Der Streik in der Wäsche-Industrie.

Wieder haben sich einige hundert Arbeiterinnen mehr dem
Streik angeschlossen. Die Gesamtzahl der Streikenden ist jetzt durch
die Kontrolle auf ungefähr 8000 festgestellt worden. Beweise der
Solidarität erhalten die Streikenden auch aus Arbeiterkreisen, die
nur indirekt mit der Wäscheindustrie zu tun haben. Monteure von
Nähmaschinenfabriken wurden in den letzten Tagen oft in Wäsche-
fabriken beordert, um Knopfmaschinen zu reparieren, deren Kom-
plexierter Mechanismus durch die Handhabung unfähiger Arbeits-
williger in Unordnung geraten war. Wenn der Monteur seine
Arbeit gemacht hatte, wurde er vom Fabrikanten ersucht, eine Ar-
beiterin in der Bedienung der Maschine zu unterweisen. Bald kam
man dahinter, daß es sich hier um die Anlernung von Streik-
brecherinnen handelte. Die Monteure haben deshalb erklärt,
daß sie während des Streiks Reparaturen an Maschinen nicht in
den Wäsche Fabriken, sondern nur noch in den Werkstätten ihrer
eigenen Arbeitgeber ausführen. — Eine andere Solidaritäts-
erklärung liegt aus den Reihen der Hausdiener vor. Sie weigern
sich, den Transport von Streikarbeiten auszuführen oder gar, sich,
wie es versucht wurde, für Zuschneiderarbeit anlernen zu lassen.

Die streikenden Schneider haben beschlossen, auf Streikunter-
stützung zu verzichten, und den auf sie entfallenden Teil den
streikenden Arbeiterinnen zuzuwenden. — Eine Kravattenfabrik ge-
währt ihrem Personal alljährlich acht Tage Urlaub. Diese Zeit
müßte jedoch in der Saison durch unentgeltliche Leistung von Ueber-
stunden nachgeholt werden. Jetzt, unter dem Eindruck des Streiks
in der Wäschebranche bezahlt aber die Kravattenfabrik diese Ueber-
stunden, die gegenwärtig gemacht werden. Die betreffenden Ar-
beiter haben jedoch beschlossen, das Ueberstundengeld dem Streik-
fonds zuzuwenden.

Die Fabrikanten wollten bekanntlich einen Appell an die
Streikenden richten, um sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zu be-
wegen. Ob und in welcher Form der Appell erfolgt ist, hat man
nicht gehört. Jedenfalls ist so viel sicher, daß er keinen Erfolg hat.
Es sind nunmehr erste Friedensverhandlungen eingeleitet
worden. Am Montagvormittag 1/10 Uhr wird das Einigungsamt
im Bürgersaal des Rathauses zusammentreten, um über den Streik
zu verhandeln. Die Streikenden werden vor dem Einigungsamt
durch ihre Lohnkommission, beziehungsweise die Leitung ihres Ver-
bandes, vertreten.

Der Ausstand bei der Firma F. Großmann, Chausseest. 67,
ist durch Schließung des Betriebes beendet. Es sei darauf hin-
gewiesen, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß der Fabrikant sich in
kürzester Zeit in einer anderen Stadtgegend von neuem etabliert.
Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher.

Deutsches Reich.

Achtung, Leistungsvergolter (Polierarbeiter)! Bei der Firma
Sandvoh in Fürtz ist ein Streik ausgebrochen. Zugang ist
streng fernzuhalten!
Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolter Deutschlands.

Der Ausstand in der Bielefelder Maschinenfabrik
vormals Dürrfopp u. Co. ist durch Vergleich beendet. Die Arbeit
wird heute wieder aufgenommen werden. Der Vergleich ist durch
den Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Landgerichtsdirektor Löber,
herbeigeführt worden.

**Aus der Bewegung der Leipziger Lithographen und Stein-
drucker.** Die seinerzeit gemeldet, waren die im Lichtdruckgewerbe
beschäftigten Lithodrucker, Retoucheure und Photographen Leipzig
in eine Bewegung getreten, die u. a. auf die Einführung der
14tägigen Kündigungsfrist an Stelle der üblichen längeren Fristen,
serner auf die Abschaffung des Prämien- und Progenzsystems und
die Regelung der Ueberzeit, und der Hausarbeit abzielte. Bei vier
Firmen kam es zum Ausstand, der bei dreien derselben nach kurzer
Dauer zur Anerkennung der Gehältsforderungen führte. Ab-
schließend verhielt sich nur noch die Firma Dr. Treuller u. Co. Hier
schlossen sich insolge dessen auch die Lithographen und Steindrucker
der Bewegung an und verlangten, nachdem die Firma eine nach den
bisherigen Kontrakten am 1. Januar fällige Lohnforderung nicht
gewährt zu wollen erklärt hatte, außer den oben erwähnten For-
derungen eine allgemeine Lohnerhöhung von 10 Proz., die später
auf 5 Proz. herabgesetzt wurde, ferner die achtstündige Arbeitszeit
für Lithographen vom 1. Januar an und die Kündigungsfrist der be-
stehenden Verträge mit den Privatlithographen. In einer von
etwa 1000 Berufsbekleideten besuchten Versammlung gelangte ein-
stimmig eine Resolution zur Annahme, die den Streikenden die
vollste Sympathie ausdrückt und dafür eintritt, daß die im Licht-
druckgewerbe bestehenden Mißstände mit allen der Organisation
zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden. Die Arbeit bei Dr.
Treuller u. Co. soll nicht eher wieder aufgenommen werden, als
bis die Entlassung der Arbeitswilligen erfolgt ist. Ueberall da,
wo noch Kontrakte, ferner längere als 14tägige Kündigungsfrist
für die Lithographen eine längere als die achtstündige Arbeitszeit
vorhanden ist, soll in eine Bewegung eingetreten werden, desgleichen
sollen entsprechend den Lernerungsverhältnissen zu geeigneter Zeit
da, wo angängig, Lohnforderungen gestellt werden; die beteiligten
Privatlithographen sind so lange zu meiden, bis bei diesen an-
gemessene Löhne gezahlt werden und die Akkordarbeit abgeschafft ist.

Am Ende des Leipziger Posamentiererkreises hat sich bis
jetzt nichts Wesentliches geändert. Da die Junng Verhandlungen
mit dem Geschäftsausschuss als zwecklos abgelehnt, haben die
Streikenden beschlossen, durch eine besondere Kommission an die ein-
zelnen Arbeitgeber, von denen verschiedene der Junng nicht an-
gehören, heranzutreten. — Der Streik hat auch bereits eine Klage
vor dem Gewerbegerichte zur Folge gehabt. Durch die Frankfurter
Firma Hein u. Co. war ein Tapezierergeselle aus München für die
Leipziger Posamentenfabrik H. W. Wiesel engagiert worden, ohne
daß ihm von der Tatsache des in Leipzig ausgebrochenen Streiks
Mitteilung gemacht worden war. Der Tapezierer war auf seine
eigenen Kosten nach Leipzig gekommen, weigerte aber sich hier, als
er vom Streik Kenntnis erhielt, die Arbeit anzutreten und verlagte
Wiesel auf Zahlung und Lohnentschädigung, da ihm die Tatsache
des Streiks unbekannt war. Vor dem Gewerbegericht
machte Wiesel geltend, der Geselle habe als Organistierter von dem
Streik aus der Gewerkschaftsliste Kenntnis haben müssen. Der
Kläger aber blieb dabei, daß die Mitteilung von dem ausgebrochenen
Streik Pflicht des Unternehmers sei. Er selbst wäre zu jener Zeit
auf der Wanderschaft gewesen, in den Herbergen hingen meist keine
Arbeiterzeitungen aus, auch habe er damals wegen Beitragsrück-
ständen dem Verbands nicht angehört. Das Gericht gab dem Kläger
den Recht, seine Klage zurückzugeben, denn käme das Gericht zu einer
Verurteilung des Wiesel, dann wäre die Konfiszierung dieses Urteils,
daß umgekehrt auch jeder Unternehmer einen Arbeiter entlassen
könne, der beim Engagement verschwiegen habe, daß er organisiert
sei. Ueber solche Dinge sich vorher zu orientieren, sei Pflicht beider
Parteien. Die Klage wurde zurückgezogen.

Schub den Arbeitswilligen. In Martranzstadt bei Leipzig ist
nunmehr wegen des Streiks in der Rauchwarenindustrie und
Färberei, A. G., vormals Louis Walters Nachfolger, deren Arbeits-
willige bekanntlich Zusammenstöße mit den Streikenden provoziert
hatten, ein sechs Mann starkes Gendarmierkommando stationiert
worden, das vorläufig bis zum 31. Dezember dort verbleiben soll.

Ausland.

Die Wasseraussperrung in der schwedischen Metallindustrie.
Die auf Veranlassung der Regierung eingeleiteten Verhandlungen
haben bis jetzt dahin geführt, daß die Vertreter der Parteien sich

über gewisse grundlegende Bestimmungen für die Einführung von
Minimallohnfähigen geeinigt haben, die den verschiedenen Orten und
Betrieben angemessen sein sollen. Ueber die Höhe dieser Lohnsätze
ist allerdings noch nichts vereinbart worden, doch werden die Arbeit-
geber der verschiedenen Betriebe ersucht, mit ihren Arbeitern dar-
über zu verhandeln und das Ergebnis dem Verhandlungsausschuss
mitzuteilen. Inzwischen werden die Verhandlungen des Komitees
über die übrigen Streitfragen fortgesetzt. Man darf wohl hoffen,
daß in nicht allzu langer Zeit ein auch für die Arbeiter annehmbares
Uebereinkommen vorliegt. So lange das nicht der Fall ist, dauert
der Kampf selbstverständlich unverändert fort, und die 17 000 Aus-
gesperrten harren nach wie vor einmütig aus.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen und Genossen! Dienstag, den 24. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr, findet bei Vipp's (Brauerei Friedrichshain) eine
Volksversammlung statt, wo der Stadtverordnete, Genosse
Paul Singer, referiert über: Die Proletarierin und die
Stadtverordnetenmehrheit. Es ist Pflicht aller Frauen, in
dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Vertrauenspersonen.

Charlottenburg. Dienstag, den 17. d. M., tagte in Charlotten-
burg bei Bernke, Bismarckstraße, die erste Mitgliederversammlung
des Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins für Charlottenburg.
Zunächst wurden die Frauen über den Zweck des Vereins unter-
richtet. Die Referentin führte aus, daß die Frauen von Geschlecht
wegen nur einen Bildungsbereich gründen dürfen. Trotzdem können
sie sich im Verbreitungskampfe nützlich machen, indem sie ihren Mann
nicht hindern, wenn er hinausgeht, das Wohl und Wehe seiner
Familie, seiner Mitmenschen zu verteidigen, indem sie sich aufklären
lassen, wie sie ihre Kinder zu erziehen, zielbewußten Menschen
erziehen können, ihre Familie und sich in Gesundheit erhalten.
Deshalb ist es die heiligste Pflicht einer Frau und Mutter, diesem
Verein beizutreten und für ihn zu agitieren, damit er groß werde
und gediehe zum Wohle der gesamten Menschheit. Zum 2. Punkt
verlas die Vorsitzende das Statut, das einstimmig angenommen
wurde. Als erste Vorsitzende wurde Frau Eike, als Kassiererin
Frau Vulf gewählt. Die Vereinsversammlungen wurden auf
jeden Mittwoch nach dem 15. des Monats festgelegt. Danach findet
die nächste Versammlung am 23. November, abends 8 1/2 Uhr, im
Volkshaus statt. Dem Verein traten 67 Mitglieder bei.

Weihenstephan. Der Frauen-Bildungsverein von Weihenstephan hielt
am 16. Oktober eine Wanderversammlung im Café Kettig ab, wo
Herr Dr. Maurenbrocher über „Frauenglück“ sprach. In lebendiger
Weise schilderte Redner, wie das Glück der Frau früherer Zeit
in einer wohlgeordneten Häuslichkeit bestand, während in heutiger
Zeit, namentlich in Arbeiterfamilien, die Häuslichkeit immer
deutlicher und enger wird und dadurch die Frau in den meisten
Fällen gezwungen ist, mitzuverdiene und somit eine doppelte
Arbeitslast auf ihr ruht. Aber gerade dadurch, daß die Frau durch
die kapitalistische Ordnung gezwungen wird, mitzuarbeiten, wird
die Frau selbständig, lernt nachdenken über die Lage der Arbeiter-
schaft und sucht nun im öffentlichen Leben für ihre Schwwestern und
Leidensgenossen mitzukämpfen und mitzuwirken an der Befreiung
ihrer eigenen Klasse. Und kann sie nicht selber beraten und helfen,
so kann sie sich doch einer Organisation anschließen, wie der Frauen-
Bildungsverein auch eine ist, und somit einen kleinen Teil beitragen
zu dem großen Werk der Arbeiterbefreiung und findet dabei auch
ihre Glückseligkeit. Das eigentliche „Frauenglück“ liegt noch in der Zukunft.
Durch große Aufmerksamkeit und starken Beifall dankte die Ver-
sammlung dem Referenten für den interessanten Vortrag. Leider
war die Versammlung nur mäßig besucht. Zwölf neue Mitglieder
wurden aufgenommen.

Eingegangene Druckschriften.

„Blut.“ Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen
(Herausgeber: Georg Bernhart), 42. Heft. Abonnement vierteljährlich per
Post und Bghandel 3,50 M., Kreuzband 4 M. Verlag: Charlottenburg,
Bethelstr. 6.

Letzt Nachrichten und Depeschen.

Die Lage im Ruhr-Revier.

Köln, 1. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Gegen-
über den optimistischen Meldungen der letzten Tage aus dem Ruhr-
Stohlengeldgebiet von einer Gärung unter den Vergleuten keine
Rede sein läßt, führen einzelne Provinzialblätter heute eine dring-
liche Sprache und ermahnen die Behörden, eine neue Be-
wegung nicht unterschätzen; hinzukommt, daß die Erregung über
die durch Kienwagenmangel verursachten Feiertagskrisen zunimmt.
Auf jede „Impression“ mühten insolge Wagenmangels diese Woche
drei Fehrschienen eingesetzt werden. Eine Duisburger Großfirma
gibt bekannt, daß ihr seit dem 1. Oktober 25 Proz. weniger Kohlen
von den Sybatsgehen zugeführt wurden, als diese kontraktlich zu
liefern habensodas das annähernd 1000 Arbeiter beschäftigende
Werk mit Einstellung sämtlicher Betriebe rechnen. Die Duis-
burger Handkammer wandte sich telegraphisch an den Minister
mit der dringenden Bitte um Abhilfe.

Berlin, 1. Oktober. (W. T. B.) Gouverneur Graf Cöben
meldet: Das Detachement Marine-Infanterie ist in Ruanda ein-
getroffen. Die aufständische Bewegung von Banhamweh wird
von Itunguischen Miliztruppen und Tabora gemeldet. Es ist be-
absichtigt, den 21. Oktober in Dar es Salam aus Masaua ein-
treffenden Sanesen baldigst nach dem neuen Aufstandsherd in
Masch zu schicken.

Die Revolution in Russland.

Odesa, 1. Oktober. (W. T. B.) Mit Rücksicht auf den be-
fürchteten Bruch von Unruhen gab der Stadthauptmann der
Polizei Befehl auf das erste Kommando, ohne Rücksicht auf die
Zahl der Opfer auf die Demonstranten zu schießen und nicht
erst Schreie abzugeben.

Moskau, 1. Oktober. (Meldung der Petersburger Tele-
graphen-Agent.) Die Maschinen, Betriebsbeamten und Ar-
beiter der Kaukasus-Bahn sind in Ausstand getreten. Der
Zugverkehr ist unterbrochen; die Ausständigen verhindern den Ab-
gang der Züge. Die Telegraphenbranten haben sich dem Ausstand
angeschlossen. Gute nachmittags begaben sich etwa 800 Ausständige
nach dem Verwaltungsgelände der Bahn Moskau-Jaroslavl-
Kadangel und dann nach dem Telegraphenamte; an beiden Stellen
lehnten sie die Einstellung der Arbeit durch. Schließlich wurde die
Ansammlung durch Soldaten und eine Polizei-Abteilung aus-
einandergetrennt. Verlorenen Nacht legten die Maschinenisten auf
dem hiesigen Hof der Nikolajebahn die Arbeit nieder; sie schossen
auf den Jäger eines Wäters, ohne ihn zu treffen.

Wien, 1. Oktober. (W. T. B.) Heute nachmittags begannen
im Kaiseramt die Handelsvertrags-Verhandlungen mit
Vulgarien.

Brüssel, 1. Oktober. (W. T. B.) Die zweite Internationale
Sekretärkonferenz einigte sich heute über die end-
gültigen Bestimmungen, die bei Zusammenstößen und für Hilfe-
leistungen auf Anwendung finden sollen. Obgleich die Konferenz
nicht den Zweck, ein einheitliches Abkommen zu treffen, hat man
doch in der Lage der Vereinheitlichung der sekretarischen Be-
stimmungen der gegenwärtigen Tagung einen großen Schritt
vordrückt. Morgen erfolgt die Unterzeichnung des Protokolls,
das den ausführenden Regierungen die einstimmig angenommenen
Beschlüsse unleset.

Waffenstillstand.

Unter obiger Überschrift bringt der „Vorwärts“ vom 16. d. M. einen Leitartikel, der geradezu von Unrichtigkeiten und Widersprüchen wimmelt.

Zwar liegt es nicht an, heute schon aus den einzelnen Vorkommnissen Lehren für die Zukunft zu ziehen, aber auf Grund des oben erwähnten Artikels muß etwas schon heute gesagt werden.

Mühsig zugewandten kann werden: Wir haben keinen Sieg errungen. Aber deshalb liegt noch lange kein Grund vor zu sagen: Wir sind die Geschlagenen.

In einer Reihe von Vorkommnissen ließe sich sehr leicht nachweisen, daß — zwar nicht auf materiellem Gebiet — einige Erfolge erzielt sind, die für denjenigen, der die Situation in der Metallindustrie kennt, von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

Wir haben auch keine Schlacht verloren. Wenn man schon in diesen militärischen Ausdrücken reden will, könnte man höchstens sagen: Wir sind einer in der Entwicklung begriffenen Schlacht ausgewichen.

Auch das sonst noch im Artikel vom Sonntag über die Kalkül Gesagte ist nicht zureichend und kann nach meinem Dafürhalten nur angeführt werden, wenn man, wie der Artikelschreiber, absolut keine Ahnung hat, was wohl die Absicht der Unternehmer gewesen ist.

Erfreut man über die Absichten sich klar ist, läßt sich das Ganze beurteilen und lassen sich richtige Schlüsse ziehen. Eigentlich hätte ja der Artikelschreiber selbst einmal versuchen können, etwas tiefer zu graben und nicht nur an der Oberfläche haften zu bleiben.

Die Schraubendreher im Bernerwerk hatten schon längere Zeit unter großer Unsicherheit im Affordberdienst zu leiden. Eine neue Berechnung der Affordpreise wollte die Firma einführen. Die Preise, die sich nach der neuen Berechnung als zu hoch erwiesen, wurden herabgesetzt; aber die Preise, die sich als zu niedrig erwiesen, nicht heraufgesetzt.

Dadurch trat nach und nach eine bedeutende Verschlechterung ein, und diese Verschlechterung wollten die Schraubendreher durch den geforderten Prozentausschlag wieder wett machen. Im Grunde genommen war also der Streik der Schraubendreher kein Angriff, sondern ein Abwehrkampf.

Die Lagerarbeiter allerdings sind aggressiv vorgegangen, aber wo auf der ganzen Welt gibt es einen Menschen, der dies Vergehen nicht als berechtigt anerkennt? Wohlte ich angedeutet der vollständig ungenügenden Löhne, die diese Arbeiter bezogen.

Kann die Frage: Wie kommt es, daß diese beiden Streiks, die rein zufällig zusammenfielen, zum Ausgangspunkt der Miesenaussperrung genommen wurden? Die Höhe der Forderungen kann es nicht gewesen sein. Denn einmal sind eine ganze Reihe von Verufen in diesen Werken beschäftigt, die mehr verdienen, als hier gefordert wurde.

Für die Schraubendreher kommt hinzu, daß die Verursollegen anderer Werke derselben Gesellschaft das verdienen, was die Schraubendreher fordern. Dann aber macht es für derartige Firmen, wie Siemens, gar nichts aus, wenn wirklich das, was die Arbeiter forderten, an Löhnen mehr gezahlt wird.

Für die A. G. W. trifft das in noch höherem Maße zu. Die Gründe der Aussperrung müssen also andere sein. Man wird der Sache auf den Grund kommen, wenn man folgendes in den Bereich der Betrachtung zieht:

Es steht fest, die Elektrizitätsgesellschaften hatten und haben noch gute, ja sogar sehr gute Konjunktur. Dies haben die Firmen ausgenutzt, um mit ihren Produkten um 10 Proz. in die Höhe zu gehen.

Aber auch die Arbeiter wollten diese günstige Gelegenheit ausnützen, und es ist ja auch bei mehreren Branchen ohne weiteres möglich gewesen, Aufbesserungen zu erzielen. Kein vernünftiger Mensch wird dies den Arbeitern verdenken. Von selbst bessern die Unternehmer die Preise nicht auf; an den guten Zeiten läßt man die Arbeiter nicht teilnehmen, wohl aber durch Abzüge und dergleichen an den weniger guten Zeiten. Da ist es einfach Pflicht der Selbsterhaltung, daß der Arbeiter das, was man ihm freiwillig nicht gibt, sich fordert.

Kann gingen die Firmen zweifellos von folgenden Erwägungen aus: Mehrere Abteilungen haben mit Zulagen gegeben. Die Schraubendreher und Lagerarbeiter kommen jetzt, und wenn wir auch diesen bewilligen, kommen noch mehr. Dadurch aber kann ein nennenswerter Teil des 10prozentigen Aufschlags verloren gehen, und dem gilt es entgegenzuwirken.

Den Arbeitern einen Dämpfer aufsetzen, die Gewerkschaften zur Überlassen und wegen seiner Monopolstellung doch keine Aufträge verlieren, das war es, was die Herren mit ihrer Aussperrung erreichen wollten.

Es steht durchaus heute fest: Die Firmen wollten unter allen Umständen aussperrn. Das geht daraus hervor, wie die erste Aussperrung inszeniert wurde.

Rittwoch mittig wird verlangt, daß bis Donnerstag mittig die Streiks, und zwar beide, aufgehoben sein müssen. Dabei werden die Schraubendreher bereits gemachten Zugeständnisse vollständig zurückgezogen und die den Lagerarbeitern gemachten Zugeständnisse zum großen Teil zurückgezogen. Jeder Versuch, Aufschlag der Aussperrung zu erlangen, um mit den beteiligten Kollegen reden zu können, war vergeblich.

Deutlicher konnten ja wohl die Firmen nicht zeigen, daß sie unter allen Umständen aussperrn wollten. Denn daß die vor der ersten Aussperrung gestellten Bedingungen von den Arbeitern nicht angenommen werden konnten, wußten die Firmen, mußten sie wissen, und eben weil sie es wußten, darum diese Bedingungen. Nun könnte man sagen: Ja, aber der Zeitverlust für die Firmen ist durch die Aussperrung ein ganz enormer. Darauf entgegnen wir: Die Firmen haben das auch bedacht, glauben aber durch Ueberstunden und dergleichen den Verlust wieder wett zu machen. Darauf deutet ja auch die Verzüge hin, jetzt schon die Arbeiter zur Leistung von Ueberstunden zu veranlassen. Das ist auch bei den letzten Verhandlungen zum Ausdruck gekommen, wonach man hofft, bis zum Schluß des Geschäftsjahres diesen Ausfall wieder eingeholt zu haben. Den Arbeitern aber wird erzählt, man wolle ihnen Gelegenheit geben, den Ausfall an Verdienst wieder wett zu machen durch Ueberstundenarbeit.

Auf diese Weise wollten die Firmen sich vor Verlusten schützen. Die Arbeiter durch die Dunkelheit müde und gefügig machen und die Gewerkschaften durch die auszu zahlenden großen Summen an Unterstützungen auf längere Zeit lahmlegen.

Gelang das, dann konnte man in den nächsten Monaten in aller Ruhe die gute Konjunktur für sich allein ausnützen und die Arbeiter hatten das Nachsehen.

Je weiter die Aussperrung ging, desto deutlicher traten die Merkmale dieser Absicht zutage. Dem galt es, untereinander entgegenzuwirken, und darum sind wir auf die Bedingungen vom Rittwoch, den 11. Oktober, eingegangen.

Was ist nun der Erfolg dieser unserer Kalkül? Die Arbeiter sind durch die Aussperrung, weil nur von kurzer Dauer, wenig oder gar nicht wirtschaftlich geschwächt.

Die Gewerkschaften sind durch die Ausgaben von insgesamt 500 000 M. wenig geschwächt und können außerdem diese Ausgabe sehr schnell wieder einholen. Damit haben wir die Möglichkeit, mit unserer Forderung der Anteilnahme an der guten Konjunktur genau wieder, da es ihnen zu können, wo wir vor der Aussperrung aufgehört hatten.

Auf der anderen Seite wäre der Erfolg der Arbeiter selbst bei günstigstem Abschluß der ebenfalls weitergehenden Aussperrung, in

materieller Hinsicht, ein kaum nennenswerter gewesen, auf alle Fälle aber eine bedeutende Schwächung der Arbeiter und ihrer Organisationen, so daß an einer weiteren Ausnutzung der guten Konjunktur für diesen Winter nicht zu denken gewesen wäre.

Nun wird man einwenden: Ja, wer schüßt Euch daher, daß nicht die Unternehmer in kürzester Zeit wieder aussperrten? Darauf antworten wir: Das wollen wir ruhig abwarten.

Angeht es all dieser Umstände nun fragen wir, ob nicht der Weg, den wir eingeschlagen haben, der richtige war? Einer oder gar der Entscheidungsschlacht mit den Kühnemännern sind wir ausgewichen, weil verschiedene Voraussetzungen, die wenigstens eingetretten einen Erfolg garantierten, nicht erfüllt waren.

Daß auch die Arbeiter immer in Bewegung gehalten werden, und deren Erregung sich nicht legt, nun, dafür sorgen in ihrer ungläublichen Kurzsichtigkeit die leitenden Personen in den Werken. Auch mehrfachen Mittelungen steht nämlich jetzt eine Politik der Radeltische ein. Besonders zu bedachten ist dieses im Dynamowerk und Glühlampenwerk Siemens-Schuckert, sowie im Bernerwerk Siemens u. Falcke. Gefahren lassen werden wir uns die Radeltischpolitik nicht, und so entsteht aus diesem Anlaß heraus, schon vom ersten Tage an, der sogenannte Kleinkrieg, der die Aufmerksamkeit der Arbeiter ständig wach hält.

Also: Die Schlacht ist abgebrochen, aber der Krieg geht dank der Kurzsichtigkeit der Unternehmer weiter!

Adolf Cohen.

Genosse Cohen hat in obigem Artikel zur Klärung der Sachlage so gut wie nichts beigetragen. Nach einer Einleitung, welche die totale Unfähigkeit des Artikelschreibers im „Vorwärts“ feststellt, die Absichten des Unternehmertums zu erkennen, dürfte man wohl erwarten, daß Cohen über die Absichten derselben mehr berichtet würde, als dem Artikelschreiber und den Lesern des „Vorwärts“ bereits bekannt war. Daß das geschehen ist, müssen wir verneinen.

Sonderbar ist übrigens, daß Genosse Cohen einen solchen Vorwurf gegen jemand zu erheben fertig bringt, der den Führern der Metallarbeiter alle Operationen ihrer kapitalistischen Gegner schon im Anfangsstadium der Bewegung voraussagt.

Im übrigen würden wir sehr bedauern, wenn die Metallarbeiter nach den Lehren dieses großen Kampfes nichts anderes wüßten, als den „Kleinkrieg“ von neuem zu beginnen, der den Unternehmern den Vorwand zu einer Aussperrung gab.

Die meisten Gewerkschaftsblätter haben sich damit begnügt, die Beendigung der Aussperrung ihren Lesern lediglich durch Bericht der Tatsachen mitzuteilen. Das geschieht selbst in der „Metallarbeiterzeitung“. Das erste Blatt, das sich kritisch zu der Beendigung der Aussperrung äußerte, war der „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“.

Er schreibt:

„Der Berliner „Vorwärts“ sagt zu dem Ausgange des Kampfes: „Es sei ruhig geschlossen, die Arbeiter kehren in die Fabriken zurück als die Geschlagenen! In dem immerwährend tobenden heiligen Kampfe zwischen Kapital und Arbeit haben sie eine Schlacht verloren.“ So ist es auch. Und es ist nur gut, daß die Niederlage nicht eine größere geworden ist, dadurch, daß man den Metallindustriellen Gelegenheit zur Erweiterung der Aussperrung gab. Wie die Dinge lagen, war an einen für die Arbeiterchaft günstigen Ausgang nicht mehr zu denken, nachdem es sich in den letzten vierzehn Tagen gezeigt hatte, wie wenig die Versorgung mit elektrischem Strom unterbunden war. Es wird zwar auch die Meinung laut, daß bei einem sofortigen allgemeinen Angriffe der Arbeiterchaft die Gesellschaften hätten niedergegangen und die Aussperrungstaktik durchkreuzt werden können. Die Vertreter dieser Ansicht übersehen aber, daß nicht die Gesellschaften, sondern die Arbeiter die Unvorbereiteten waren. Das allgemein zur anarchistischen Phrase gestempelte Herweghische Wort von dem Stillstande aller Räder hätte hier wähllich keine Wanderringe andrücken können. Man kann also die Verwendung von Feuerwerkselementen, das Einbringen der technischen Beamten usw. in den Dienst bei den Kraftzentralen, die Händhabung der Gesellschaften durch die Erklärung der Militärbehörde, eventuell Mannschaften der Eisenbahnbrigade zur Verfügung zu stellen, noch so sehr bedauern und verurteilen, an der Sachlage wird dadurch nicht geändert: Die Position der Arbeiter war die schwächere. . . . Haben also die „Kunstenpropen“ gleich den Koskenmagnaten vollständig das Feld behaupten können, so ist diese große Berliner Aussperrung wieder eine Maßnahme mit Donnerstimme an alle deutschen Arbeiter geworden, den vermaledeiten Organisationsstreit zu begraben und alles in die einheitlichen Gewerkschaften zu treiben, um dann in mächtiger Einheitslinie gegen solches proghastres Unternehmertum aufzumarschieren. Das möge die Lehre dieses verlorenen Kampfes sein, an dem freie Gewerkschaftler, Sozialisten, Hirsch-Dunckerianer, Christliche und Unorganisierte die Menge beteiligt waren.“

Der „Granstein“ der Maurer druckt einen wesentlichen Teil des „Vorwärts“-Artikels ab, ebenso die „Schlosser-Zeitung“. Die „Radzeitung der Schneider“ schreibt:

„Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie, an dem über 33 000 Arbeiter beteiligt waren, hat mit einem für die Arbeiter negativen Resultat sein Ende gefunden. Die Arbeit ist zu den schon vor der Aussperrung seitens der Direktionen gemachten Zugeständnissen, die allerdings eine etwas lokalere Auslegung gefunden hatten, wieder aufgenommen worden. Wahregelungen sollten nicht stattfinden; wie aber diese Bedingung von Seiten der Werke gehalten wurde, zeigt, daß noch große Waffen von Arbeitern auf der Strede geblieben sind. Es ist das wiederum ein Beweis, daß auf die Lokalität des Unternehmertums kein Verlaß ist. Wenn es auch den Arbeitern in diesem Kampfe noch nicht möglich war, die Leitungen der Elektrizitätswerte zur Anerkennung ihrer bestehenden Forderungen zu zwingen, so werden sie doch daraus gelernt haben, daß es noch ganz anderer Maßnahmen bedarf, um sich den erforderlichen Einfluß auf die Gestaltung ihrer Existenzbedingungen zu sichern. Die Macht des Unternehmertums kann nur durch die Macht der Organisation der Arbeiter gebrochen werden.“

Selbständig äußert sich noch „Der Töpfer“. Er meint: Diese Beendigung bedeutet eine Niederlage für die Arbeiter. Die Unternehmer haben erweiterte Zugeständnisse nicht gemacht. Auf das Bestimmteste war von ihnen erklärt worden, daß sie über den Rahmen des bisher Bewilligten in keiner Weise hinausgehen wollten. Es wurde nur „ausgelegt“, daß die zugeständenen erhöhten Löhne der Lagerarbeiter als Mindestlöhne zu betrachten seien und daß die Erhöhung der Affordlätze für Schraubendreher um 5 bis 6 Proz. eine Durchschnittserhöhung darstellte. Weiter wurde zugesichert, daß Maßregelungen nicht stattfinden sollten.

Für solche Miesenkämpfe ist inwieweit Erhellend nach die Arbeiterchaft noch nicht reif, erst wenn die Organisationen genügend geklärt sind, an Mitglieder sowohl als auch in finanzieller Hinsicht, dann wird eher Aussicht vorhanden sein, sich auf solche Entscheidungskämpfe einzulassen. — Damit soll nicht gesagt sein, daß man in der Zeit solcher Kämpfe partout aus dem Wege zu gehen hat. Wenn das Unternehmertum unter entwürdigenden Zumutungen den Arbeitern solche Kämpfe aufzwingt, werden wir noch öfter die Fälle erleben, daß seitens der Arbeiter der Selbstbehalt auszugehen wird. Wenn auch in vielen Fällen dann die Erfolge für die Arbeiterchaft gering sein werden, so wird sie einseitigen der organisatorische Erfolg solcher Aussperrungen über das Rückliegende hinwegsehen, sie werden an Mitgliederzahl und damit

an Stärke gewinnen. Was wir aber hiermit ausdrücken wollen ist, daß an solche Kämpfe zukünftig mit größter Vorsicht heranzugehen werden muß.

In Zukunft möge man den Arbeitern stets vor Augen halten, daß sie alle Ursache haben, wenn irgend möglich, solche Kämpfe zu meiden, man möge sie aber hinweisen auf die große Entscheidungskämpfe, die uns noch bevorstehen. Um diese aber ehrenvoll und siegesthaft bestehen zu können, mögen die Arbeiter immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß ihre Macht erst in ihrer Stärke liegt. Unermüdete Stärkung in finanzieller Hinsicht, uner müdliche Eignation zur Werbung neuer Mitglieder, uner müdliche Arbeit in der Ausklärung zur Schaffung zielbewußter Kämpfer, das sind die Mittel, die die Arbeiterchaft in den Stand setzen werden, ihre Organisationen so zu stärken, daß sie zukünftig in der Lage sind, Uebergriffen der Industrieprophen energischer als sonst und machtvoller die Spitze bieten zu können.“

Nur der „Zimmerer“ vermag noch von einem Erfolg, allerdings einem „verschwindenden“ zu reden, den er wie folgt andeutet:

„Wenn auch der Augenblickserfolg fast völlig verschwindet, so gehen doch unbestreitbar die Organisationen geklärt aus dem Kampfe hervor.“

Die Parteipresse steht, mit Ausnahme der Blätter, die von einer gemeinsamen Korrespondenz bedient werden, auf dem Standpunkt des „Vorwärts“.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 20. Oktober 1905.

Konjunktur und Streik.

Der neue Aufschwung. — Die Geschäftslage der Kohlenindustrie. — Eisen- und Maschinenindustrie. — Ausnutzung der Konjunktur durch die Kartelle. — Aussperrungstaktik. — Stärkung der Kampfsposition der Unternehmer durch die Kartelle. — Ist eine Umänderung der Streiktaktik nötig?

Die Wirtschaftskrise, die im Jahre 1900 die glänzende Aufschwungsperiode 1896/1900 jäh unterbroch und, ausgehend von der Eisenindustrie, nicht nur die meisten der deutschen Großindustrien, sondern auch das Bankgewerbe mit in den Bereich ihres Strudels zog, kann heute als völlig überwunden gelten. Die letzten verzeichneten Rückschläge, die noch zu Beginn dieses Jahres in einigen Gewerbebezügen hervortraten, sind im Laufe der letzten Monate mehr und mehr verschwunden. Deutlich zeigt sich, daß in der Weltlinie, in der sich die kapitalistische Entwicklung aufwärts schlingelt, wir uns wieder auf einer aufsteigenden Kurve befinden. In dem stetigen Wechsel zwischen Stillstand und neuem Aufstieg, in welchem sich nach den ihr eigenen Gesetzen die Ausweitung der kapitalistischen Wirtschaftsweise vollzieht, sind wieder die beiden ersten Stadien überholt, und in schneller Fahrt geht es aufwärts zur Höhe — und zu neuem Abfall.

Den Tiefpunkt des Abfalls erreichte das Jahr 1902, das fast allen von der Krise erfassten Industriezweigen den schlechtesten Abfall brachte. Im Jahre 1903 begann für einige der größten Industrien, vornehmlich für die Kohlen- und die meisten Branchen der Eisenindustrie, bereits der Anlauf zu einem neuem Aufstieg, der allerdings zunächst noch recht schwach vor sich ging und wiederholt von kleineren Rückschlägen unterbrochen wurde, besonders als die Krise des amerikanischen Eisenmarktes im Herbst 1903 den internationalen Eisenmarkt in starke Mitleidenschaft zu ziehen begann. Das Jahr 1904 brachte trotz des in Ostasien andrückenden Kampfes zwischen Japan und Rußland und der Schädigung der Baumwoollindustrie durch die wüsten Preistreiberereien an den amerikanischen Baumwoollmärkten eine weitere Besserung der Wirtschaftslage, die im Laufe des jetzt seinem Ende entgegengehenden Jahres 1905 nach und nach auch auf jene Branchen übergriff, die bisher die Welle der neuen Konjunktur nicht erfaßt hatte.

Zu Anfang des laufenden Jahres erfolgte zwar zunächst ein neuer Rückschlag — hervorgerufen durch den großen Bergarbeiterstreik im Nordrevier, der nicht nur die Kohlenindustrie dieses größten Industriezweiges Deutschlands lahm legte, sondern auch viele Schlottenwerke zur Produktionsbeschränkung, teilweise sogar zur zeitweiligen Einstellung der Arbeit zwang; doch alsbald nach dem Ende des Streiks setzte die Tätigkeit mit um so größerer Intensität ein. Im Juni trat dann allerdings eine erneute mäßige Abflattung ein, jedoch nicht infolge eines Umstümmes der Tendenz, sondern teils weil in den vorhergehenden Monaten die Produktion allzu sehr angepannt worden war, teils weil die in Rheinland und Westfalen ausgedehnten Streikfronten im Baugewerbe und die darauf von dem Unternehmertum beliebte Massenaussperrung vielfach zu einer Unterbrechung der Herstellung industrieller Anlagen führten. Schon Ende August setzte denn auch die Förderung mit neuer Kraft ein, so daß im September für den Arbeitstag 20 250 Wagen (a 10 Tonnen = 200 Zentner) angefordert und 19 809 verschickt wurden gegen 17 004 im September 1904. Seit Oktober ist aber die Nachfrage nach Kohlen derart gestiegen, daß fast überall Ueberbeständen eingelegt worden sind und die Eisenbahnverwaltungen den Bedarf an Wagen nicht entkern zu denken vermögen. Und daselbe Bild bietet, wenn auch in kleinerem Maßstabe, das oberdeutsche Kohlenrevier.

Nachdem die forcierte Förderung der Kohlenindustrie durch die Nachfrage nach Hausbrandkohlen veranlaßt; doch mehr noch als diese ist die Nachfrage nach Industriekohlen und Koks gestiegen — der sichere Beweis dafür, daß die gegenwärtigen Ansprüche an die Rechen nicht nur die Bedeutung einer bald wieder zurückzuwendenden Flutwelle haben. Vor allem ist es die Eisenindustrie, die verstärkte Anforderungen stellt. Auf dem Siegerländer Eisenmarkt hat sich, sobald schon seit Monaten alle früheren Förderbeschränkungen gefallen sind, ein tatsächlicher Mangel an Eisenstein eingestellt. Die Hochofenwerke sind seit Beendigung des Streiks derartig beschäftigt, daß sie den durch diesen hervorgerufenen Produktionsausfall bereits im Juni eingeholt und in jedem der letzten Monate durchschnittlich über 100 000 Tonnen Rohesse mehr produziert haben, als im vorigen Jahre. Reist sind sie bereits bis April nächsten Jahres mit Aufträgen versehen und nehmen bis dahin neue Aufträge nicht an. Ebenso günstig lauten die Berichte vom Holzgewerbe. Der Inlandsbedarf wie der Export sind im freien Aufstiege begriffen, und während in den vergangenen Jahren die Sommermonate regelmäßig eine Abflattung brachten, steigen diesmal die Anforderungen. Auch auf dem Walzeisenmarkt ist die Stimmung eine wesentlich festere. Sowohl Fließstabeisen als Schweißstabeisen findet zu erhöhten Preisen Absatz. Teilweise haben die Werke schon für das zweite Quartal 1906 große Aufträge aufgenommen. Und nicht minder zeugen die Lieferungsbedingungen und Preise des Blechs, Traht- und Röhrenmarktes von einer starken, steigenden Nachfrage. Selbst die Kleinereisenindustrie des bergischen Landes und die Maschinenindustrie sind seit dem Frühjahr mehr und mehr vom Strom des wirtschaftlichen Aufschwungs erfaßt worden. Aus der Landwirtschaft, dem Bergbau, der Metallindustrie, dem Textilgewerbe fließen der Maschinenindustrie in steigendem Maße Aufträge zu, so daß sich bereits mehrere Fabriken zu beträchtlicher Verlängerung ihrer Lieferfristen genötigt sahen.

Und nicht nur in der Metallindustrie hat eine neue Prosperitätsperiode eingelebt, auch die Elektrizitätsindustrie, der Schiffbau, verschiedene Branchen der Textilindustrie und fast alle Industrien, die dem Baugewerbe Materialien liefern, sind relativ gut beschäftigt. Ueberall zeigen sich die Symptome eines neuen Aufschwungs.

Die Unternehmerschaft weiß diese günstige Situation geschickt zur Mehrung des Unternehmerprofits auszunutzen. Durchweg hat sie in allen genannten Industriezweigen die Preise hinaufgeschoben, in einzelnen Fällen bis zu 20 Proz. und mehr. Leider wird ein großer Teil

Meser Preiserhöhungen, weil er sich im internen Verkehr zwischen den Fabrikanten und Händlern vorzieht, den außerhalb des Großkreises Stehenden kaum bekannt. Zu allgemeiner Kenntnis gelangen nur die von großen Kartellen geführten Preiserhöhungs-Beschlüsse, und auch diese meist nur insoweit, als sie sich auf wichtige Massenartikel beziehen. Trotzdem ergeben sich, wenn man den Blick auf die größten kartellierten Industrien wirft, sofort mannigfache und beträchtliche Preisveränderungen. Was die Eisenindustrie anbelangt, so hat z. B. der Siegerländer Verein, nachdem er schon vor einigen Monaten die Preise für Rohpat um 2, für Rohpat um 3 M. pro 100 Tonnen erhöht hatte, für die neuen Abfälle eine nochmalige Preiserhöhung in gleicher Höhe verfügt. Ferner wurden die Preise für Thomaseisen vorläufig um 2, für Rudel- und Stahleisen vorläufig um 3 M. pro Tonne erhöht. Vordereisen kostet um 2 und 2 1/2 M. pro Tonne mehr; Flußstabeisen ist um 5 Proz. gestiegen, Schweißstabeisen um 4 Proz.; ebenso werden von den Blechwalzwerken je nach der Qualität um 5—10 Proz. höhere Preise gefordert und die Selbstverbrauchsindustrie hat gar eine Preiserhöhung um 20—25 Proz. beschlossen.

So deutet die Unternehmerrschaft rücksichtslos die steigende Konjunktur zu ihrem Vorteil aus. Um so weniger ist sie aber geneigt, der Arbeiterschaft irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Sie verlangt die ihr durch die Wirtschaftslage gebotenen Vorteile für sich allein. Die Arbeiterschaft daran partizipieren zu lassen, dazu verpönt sie nicht die geringste Lust. Wer die eigentliche Unternehmerpresse: die Fachblätter der einzelnen Industriezweige, die „Deutsche Industrie-Zeitung“, die „Rheinisch-Westf. Ztg.“ und andere Organe ähnlichen Kalibers in den letzten Monaten mit einiger Sorgfalt las, der fand immer wieder in den verschiedensten Variationen den Gedanken ausgesprochen: den Wünschen der Arbeiter, die günstigere Lage zu Lohnverhöhnungsforderungen auszuweichen, muß sofort gemeinschaftlich mit Nachdruck entgegengetreten werden, indem wir uns mit den Betrieben, über die der Streik verhängt wird, solidarisch erklären, eventuell durch allgemeine Aussperrungen.

Natürlich tritt diese Argumentation nicht überall so deutlich hervor; sie findet sich häufig versteckt unter allerlei Ausführungen über die Wichtigkeit eines gemeinschaftlichen Auftretens der „Arbeitgeber“ gegenüber der wachsenden Begehrtheit der „Arbeitnehmer“, über die steigenden Produktionskosten, die zunehmenden Lasten der sozialpolitischen Gesetzgebung usw., aber immer wieder zieht sich wie ein Leitmotiv durch die Ausführungen der Gedanke: Es muß gleich von vornherein allen Bestrebungen der Arbeiter, die Konjunktur zur Durchdringung von Lohnforderungen zu benutzen, energisch entgegengetreten werden; die Vorgänge aus den ersten Jahren der letzten Prosperitätsperiode, in denen es damals den Arbeitern gelang, durch eine Art Streik-Überfall auf uns wesentliche Zugeständnisse abzugewinnen, dürfen sich nicht wiederholen.

Selbst in den Geschäftsberichten der großen Vergarwerke und Gütereigenschaften, z. B. erfringt im Bericht der Harpener Bergbaugesellschaft, findet man in Rückblicken auf den letzten Vergarbeiterstreik, mehr oder minder verdeckt, derartige Folgerungen.

Die Leiter der Großindustrie rechnen damit, daß sie an ihren Syndikaten und Verbänden, von denen viele der mächtigsten erst in den letzten Jahren entstanden sind, einen festen Rückhalt gewonnen haben; und tatsächlich dürfen die Vorteile, die diese ihnen für den Kampf bieten, nicht unterschätzt werden. Schon die einheitliche Verkaufsorganisation der Kartelle und die dadurch gegebene Möglichkeit, die Verhältnisse auf viele Betriebe verschiedener Gegenden zu verteilen, wie auch die durchweg in die Lieferungsabstufung der Kartelle aufgenommene Klausel, daß Streik und Ausperrung sofort von allen Lieferungsverpflichtungen entbinden, sind von Vorteil für die Unternehmer. Außerdem aber enthalten einzelne Kartellverträge die Bestimmung, daß die angeschlossenen Werke für die nicht volle Ausnutzung des ihnen zugewiesenen Anteils an der festgesetzten Gesamtproduktion Entschädigungen fordern können, und ferner bestehen zwischen in manchen Kartellen besondere Abmachungen unter den Beteiligten, in Streikfällen sich gegenseitig zu unterstützen, wenn nötig durch die Vornahme von Ausperrungen. Und selbst, wo solche Abmachungen nicht vorhanden sind, bildet doch immerhin die durch die Kartellorganisation vermittelte Bekanntschaft der Unternehmer und Betriebsleiter miteinander, ihre gemeinsame Verbandszugehörigkeit ein Mittel, leichter zu Wechsellagen gegen jeden Angriff der Arbeiterschaft zu gelangen, als bisher.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die seit Grimmitzhan von den Unternehmern befolgte Taktik, Lohnforderungen sofort mit Ausperrungen zu beantworten, wie sie erst dieser Tage wieder die Elektro-Industrien in Berlin und der Verband der sächsisch-schlesischen Webereien praktizierten, betrachtet werden. Es handelt sich keineswegs um einen Zufall, sondern um ein wohl erwogenes System. Die weitere Entwicklung wird das beweisen.

Die Frage ist, ob diese Krenierung der Kampfstaffel der Unternehmerrschaft nicht auch eine Krenierung der Taktik der Gewerkschaften nötig macht — natürlich nicht in dem Sinne, daß man aus Furcht vor der Ausperrung jeder Versuch, die günstige Konjunktur zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter zu benutzen, unterbleibt. Das hieße die spezielle Aufgabe der Gewerkschaften völlig fallen lassen. Wohl aber gilt es zu erwägen, ob gegenüber solchem Vorgehen der Unternehmerrschaft der Kleinriegel, der gegen die vielfach üblich war und unter früheren Verhältnissen auch oft mit Erfolg durchgeführt werden konnte, noch angebracht ist, ob nicht die veränderte Taktik der Kartellverbände auch eine Krenierung in der Angriffsform der Gewerkschaften bedingt: den Massenangriff der Arbeiterschaft verdrängend von einander abhänger und einander ergänzender Branchen, oder, wo dieser sich infolge der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse und der Arbeitsbedingungen nicht anwenden läßt, der intermittierende Streik, wie ihn die russische Arbeiterschaft im politischen Kampfe gebraucht. Selbstverständlich erfordert die Anwendung jedes dieser Kampfmittel vorher eine sorgfältige Orientierung über die Eigenheiten des Kampffeldes. Wenn aber die Unternehmerrschaft meint, durch ihre seit Grimmitzhan befolgte Taktik der Massenausperrung jeden Versuch der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern, brutal niederzulegen zu können, dann irt sie gründlich. Noch sind die Kampfmittel der Arbeiterschaft nicht erschöpft.

Tat.

Aus Industrie und Handel.

Die Herbstsaison im Baugewerbe.

Die überaus günstige Baukonjunktur des laufenden Jahres hat auch in der Herbstsaison weiter angehalten. Die Besserung der gewerblichen Tätigkeit hat vor allem auf die Errichtung neuer sowie die Erweiterung vorhandener Fabrikanlagen, Geschäftsetablissemens usw. lebend eingewirkt. Ferner ist durch die reichliche Arbeitsgelegenheit der Zugang von Arbeitern vergrößert und dadurch der teilweise schon stark vorhandene Mangel an kleineren Wohnungen vermindert worden. Hierzu kommt noch die Tatsache, daß speziell in größeren Städten immer mehr das Streben verfolgt wird, das Innere der Stadt zum Geschäftszentrum zu machen und Privatwohnungen in die Peripherie zu verlegen. Dieses Bestreben bedingt sowohl zahlreiche Umbauten für Geschäftszwecke als auch Neubauten für den Wohnungsbedarf. Vor allem ist hier Berlin zu nennen. Die Geschäftswelt Berlins folgt immer mehr dem Beispiele anderer Großstädte, wie z. B. Londons, die Häuser im Zentrum der Stadt vollständig für geschäftliche Zwecke auszunutzen und — was durch die fortwährende Erweiterung und Verbesserung der Verkehrsmittel begünstigt wird — ihren Wohnsitz in die Vororte zu verlegen. So erklärt sich auch das rapide Anwachsen der westlichen Nachbarkreise, in denen in der letzten Zeit ganze Straßen in kurzer Frist entstanden sind. Eine Folge der zunehmenden Ausnutzung der Terrains innerhalb der Stadt für geschäftliche Zwecke ist das Steigen der Grundstückspreise und der

Laubmieten. Als Beispiel sei nur der Preis eines Terrains in der Leipzigerstraße angeführt, der sich auf 60 000 M. für die Quadratruote belief.

In ähnlicher Weise entwickelte sich die Bauaktivität in anderen Großstädten. In Stuttgart macht sich, wie die „Arbeitsmarkt-Zeit.“ berichtet, gleichfalls das Bestreben geltend, an Stelle zentral gelegener Wohnhäuser Geschäftsetablissemens zu schaffen. Die Bauaktivität ist infolgedessen äußerst lebhaft. Die Errichtung neuer Fabriken, Sachanlagen, sowie die Erweiterung bestehender Etablissemens verleiht dem rheinisch-westfälischen Baugewerbe ein äußerst lebhaftes Gepräge. Der Konflikt zwischen den Bauarbeitern und den Arbeitgebern war gerade in eine Zeit sehr günstiger Konjunktur gefallen und hat eine so starke Ansammlung von Aufträgen verursacht, daß Beschäftigungsgelegenheit bei günstiger Bitterung noch auf lange Zeit vorhanden sein wird. Besonders gute Aussichten eröffnen sich der Baukonjunktur in Dortmund und, wo zahlreiche Ausschreibungen in Angriff genommen sind. Neben den Fabrikneubauten, die auch in Elberfeld und Umgebung zahlreich im Entstehen begriffen sind, wird hier vor allem dem Bedarf nach kleineren Wohnungen Rechnung getragen. Schon die Zahl der neuen größeren Privatbauten ist besonders hoch; allein die Anlage von Arbeiterwohnungen geht noch darüber hinaus. Die rege Bauaktivität in Altona erstreckt sich ebenfalls hauptsächlich auf die Errichtung kleinerer Wohnungen. Der Bedarf ist hier noch so erheblich, daß eine weitere Steigerung zu erwarten ist. Neben der lebhaften Bauaktivität für gewerbliche Zwecke und für den Bedarf von Privatwohnungen spielt aber auch die „Inlage von öffentlichen, städtischen und staatlichen Gebäuden eine wichtige Rolle. Hauptächlich das Baugewerbe Westdeutschlands hat in der diesjährigen Saison zahlreiche Aufträge auf öffentliche Bauten auszuführen. In Kreuznach sind allein sechs große städtische Gebäude, in erster Linie für Schulzwecke, in Angriff genommen, die bis in die Saison 1906 hinein Beschäftigungsgelegenheit geben. Ebenso liegen die Verhältnisse in St. Johann sehr günstig, da hier städtische Bauten teilweise schon im Entstehen begriffen sind, teilweise erst jetzt begonnen werden.

Von diesem durchweg befriedigenden Beschäftigungsgrad im Baugewerbe machen nur wenige Gegenden und Städte eine Ausnahme. Besonders unbefriedigend ist die Geschäftslage in Rügen, wo im laufenden Jahre im Monat durchschnittlich nur 23 Neubauten entstanden gegen 40 bis 50 in früheren Jahren. Die mißliche Lage in Dresden ist in erster Linie durch die Ueber speculation in Grundstücken verursacht, die der Zusammenbruch mehrerer Bauten zur Folge hatte. In Braunschweig ist trotz der Besserung gegen den Vormonat die Bauaktivität noch immer weit schlechter als im übrigen Deutschland; die Bauzeit ist so gering, daß ein erhebliches Ueberangebot von Bauarbeitern zu verzeichnen ist. Auch in Halle weicht der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe ungünstig von der allgemeinen Lebhaftigkeit ab.

Staatsdienst. Eine förmliche „Flucht aus dem Staatsdienst“ ist in der letzten Zeit speziell beim kgl. Oberbergamt Dortmund zu beobachten. Bergassessor Robert Schmidt, bisher technischer Hilfsarbeiter des Bergrevierbeamten für das Bergrevier West-Redinghausen, tritt, wie die „Frankf. Ztg.“ mitteilt, als technischer Leiter der bergbauischen Unternehmungen bei der Familie Köhling in Saarbrücken ein. Bergassessor Achen geht als Hilfsarbeiter zur Verwaltung der Bergwerks-Aktiengesellschaft Dahlbusch zu Rotthausen über; die Bergassessoren Bedmann und Straeter sind ebenfalls aus dem Staatsdienst ausgeschieden. Regierungsrat Dr. Fabrenhorst-Dortmund, zurzeit im landwirtschaftlichen Ministerium in Berlin, tritt in die Zentralverwaltung der Königl. Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb zu Ruhrort ein. Bergassessor Dr. Heder gedenkt zu einem Bankinspektur überzugehen.

Die hohen Lebensmittelpreise in Deutschland wurden in einem kürzlich veröffentlichten Bericht des amerikanischen Konsuls in Chemnitz an seine Regierung in Washington besprochen. Der Konsul tritt der in den Vereinigten Staaten vorherrschenden Auffassung entgegen, daß man in Deutschland viel billiger leben könne als in Amerika. Bei Vergleichen der Preislagen zeigt sich, daß dem nicht so ist. Der Marktpreis im Handel ist für eine lange Reihe von Lebensmitteln im Gegenteil in Deutschland noch höher, als in den Vereinigten Staaten. So ist Schweine, Rind- und Hammelfleisch und auch Geflügel billiger in Amerika. Auch Butter, Zucker, Kaffee, Tee und sogar Kartoffeln stehen niedriger im Preise. Dabei kommt in Betracht, daß kein amerikanischer Arbeiter so billig arbeitet wie ein deutscher. Die durchschnittliche Lebenshaltung der Arbeiterfamilie ist daher in den Vereinigten Staaten weit höher als in Deutschland.

Theater.

Deutsches Theater. „Das Nädchen von Heilbrunn“. Historisches Ritterkaufspiel in fünf Akten von H. von Kleist. — In die einst so schmucklos einfache Stätte, auf der das psychologisch-analytische, jedem ästhetischen Sinne reizig abgewandte naturalistische Gegenstands-drama seine vollendetste Darstellung fand, hat nun die Reinhardt'sche Bühnenkunst mit ihrer ausgesprochenen Vorliebe für malerisch dekorative Wirkungen den Einzug gehalten. Man spürt die Verenderung schon im Aeußeren, in der diskret gekleideten und schmückung, die sich die alten Räume haben gefallen lassen müssen; ferner der überall sonst so monotonen von der neuverfügt verordnete Eisenorgel ist durch eine gefällige, die breite Fläche unterbrechende Verzierung dem neuen Stil des Hauses eingelebter.

Die Bühnenbilder dieser Eröffnungsvorstellung: die dämmernde Frühmorgenslandschaft, von der es wie ein kühlter frischer Hauch herüberweht, die sonnenbeschienenen Täler mit den rogenden Bergzinnen im Hintergrunde, Gärten, Gewölbe, Kirchenfront dürfen sich in ihrer großartig phantastischen Eeltheit wohl denen, die Reinhardt in „Pallas und Melibon“, in den „Kronprinzen“, im „Sommerabendtraum“ vorgeführt hat, zur Seite stellen. Einmal brach, als der Vorhang aufging, beim ersten Anblicke der Szenerie laut und langanhaltend der Beifall hervor. Dafür sang er beim Fallen des Vorhangs öfters allerdings auch recht dünn. Von einigen schönen und der unvergleichlichen Szene unter dem Himmelsbilde abgesehen, — dem wenigen, worin sich Nächstens Wesen unmittelbar in seiner holden Unbewußtheit offenbart, — bietet das Kleist'sche Ritterkaufspiel kaum etwas, das heute noch lebendige Teilnahme erwecken könnte. Vieles, so die Figur der bösen Rumpelstilzchen, die Kämpfe um sie, die Zufälle, durch die die Handlung, jedes eigentlich dramatischen Zusammenhangs völlig entbehrend, in Gang gehalten wird, die Lösung, daß das liebe Märgenmädchen sich als uneheliches Kind des Kaisers entpuppt, um ihres „hohen Herrn“ Hand zu gewinnen, reizt in seiner kindlich naiven Unbedachtlichkeit direkt zum Widerspruch. Und diese Sprödigkeit läßt sich durch keinen so reichen Theaterreichtum, nicht einmal durch die vortreffliche Verleumdung des Liebepaares, wie sie die Vorstellung bot, überwinden. Ein erschwerender Umstand war es ferner, daß man das Stück fast ohne Streckungen spielte; so dauerte es, trotzdem die Drehbühne die vielen Verandlungspausen sehr verkürzte, mit der einleitenden Wagner'schen Musik weit über das Maß normaler Gemüthsfähigkeit, volle dreieinhalb Stunden.

In übrigen nahm man es mit der Poesie gegen den Dichter nicht immer so genau und tat ganz recht daran, Frau Durieux, die in der bekannten Vodezette die vorgeschriebene Scheuchlichkeit der Kunigunde so radikal abschreckend, wie man nur wünschen konnte, zum Ausdruck brachte, erlaubte sich bei der Begegnung mit der Gräfin Strahl eine aus dem Stil der Dichtung herausfallende Periffage. Sie gab dem herabwürdigen Genie der weiblichen Skanalle, den feierlichen Theaterreicht der unmöglichen Rolle ironisierend, einen Anstrich komisch outrierter Pöflichkeit, der an die Art der Klopstock'schen deutschen Kleinstädter gemahnte und die sonst langweilig tote Szene lustig momentan belebte. Und ebenso ritz Winterstein, die bärenmögliche Kraft eines veroffenen Rittermannes in groteskem Possenhumore überreichend, einen anderen schwachen Auf-

tritt heranz. Prächtig in den Hauptmomenten waren Lucie Hofflich als Nädchen und Raifler als Graf Wetter vom Strahl; er ein Bild derber, männlicher, in sich verschlossener Kraft, sie ganz Hingebung, willenlos unschuldig den traumhaft dunklen in der jungen Mädchenseele webenden Gewalten unterworfen. Die sich beim Anblicke der unter dem blühenden Himmelsbilde Entschlossenen der starre Stolz des Jünglings löst, wie er voll schwerer Parteilichkeit sich über sie beugend, leise Frage und Antwort mit der Träumenden tauscht, dieser Augenblick, der alle Poesie des Werkes konzentriert in sich enthält, erlitten bei dem Zusammenstoß der beiden in seiner vollen ungetrübten Schönheit. Hier gipfelte die Darstellung, hier der Erfolg. Gut war auch Reinhardt, der als künstlerischer Leiter mehrmals gerufen wurde, in der Figur von Nächstens allem heißhütigen Vater. Von den anderen Mitspielenden hatte keiner, auch Engel und Hedwig Wangel nicht Gelegenheit, mit einer markanteren Charakteristik hervorzutreten. — dt.

Gerichts-Zeitung.

Unter preussischer Polizeiherrschaft. Wie immer am 18. März, war auch am 18. März 1904 die Polizei im Friedrichshain beim Anheplage der Wärgesellenen emig im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs tätig. In den Besuchen des Reichshofes gehörte der Handlungsgeschäfte Lange. L wurde zum Weitergehen polizeilich angefordert. Er ging auch einige Schritte, blieb dann aber wieder stehen. L wollte auf einen Bekannten warten und gab dem auch durch Worte Ausdruck. Auf eine weitere Aufforderung ging er wieder einige Schritte nur. Dabei beklagte er sich darüber, daß sich die Polizei in alles mische. Im übrigen sehe ja der Polizeileutnant, daß er gehe. Der Polizeileutnant: Schürer rief W. zu: „Halten Sie den Mund!“ — was L. dem Beamten mit starker Betonung des Sie darauf gleichfalls zurief. Lange wurde wegen Verleumdung des Polizeileutnants und wegen Uebertretung des § 182 der Berliner Straßen-Polizeiverordnung angefaßt. Das Landgericht I als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch mit folgender Begründung frei: Wenn nach der Straßen-Polizeiverordnung den Anforderungen, die zur Erhaltung der Ordnung, Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs ergeben, unbedingt Folge zu leisten sei, dann bedeute dies sofort. Dem habe aber Angeklagter genügt, dem er sei auf jede Aufforderung sofort weitergegangen, wenn auch nur ein paar Schritte.

Eine Verleumdung sei ebenfalls nicht anzunehmen. Da der Polizeileutnant die Worte: „Halten Sie den Mund“ zuerst gebraucht habe, so sei aus der Erwiderung des Angeklagten: „Halten Sie den Mund“ nicht auf die Absicht der Verleumdung zu schließen. Angeklagter habe vielmehr nur seinem Unmut Ausdruck geben wollen.

Das Kammergericht gab der hiergegen eingelegten Revision statt, hob das Urteil auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Zunächst sei der Begriff des unbedingten Folgelebens im Sinne der Straßen-Polizeiverordnung verkannt. „Unbedingt Folge zu leisten“, das hieße, so Folge zu leisten, daß dem Befehle nachgekommen werde. Wenn der Befehl vorliegend dahin gegangen sei, daß die Leute zurücktreten sollten, dann sei es kein unbedingtes Folgeleisten, wenn Angeklagter ein paar Schritte ging und dann wieder stehen blieb. Das müsse das Landgericht bei der neuen Verhandlung berücksichtigen. — Ferner habe das Landgericht den Begriff Verleumdung verkannt, indem es die Absicht, zu beleidigen, für erforderlich halte und nicht nachgeprüft habe, ob Angeklagter sich bewußt war, den Polizeileutnant in seiner Ehre zu kränken. Die Absicht sei nicht erforderlich, es genüge das Bewußtsein. Inwiefern eine Kompensierung der Kränkungen des Angeklagten und des Leutnants möglich wäre, sei Sache der nachmaligen Feststellung in der Vorinstanz.

Als ein Cyfer seiner hochgradigen Nervosität bezeichnete sich der Kriminalkommissar a. D. Paul Anders, welcher gestern vor dem Schöffengericht I wegen Betruges in sechs Fällen angefaßt war. Der Angeklagte hat ein sehr wechselreiches Leben hinter sich. Er ist der Sohn vermöglicher Eltern. Nach Abschloßung des Gymnasiums widmete sich A. dem Studium der Jurisprudenz, hatte aber auf diesem Gebiet wenig Erfolg. Er faßte deshalb zum Studium der Medizin um, mußte aber auch dies infolge eines vorübergehenden Leidens aufgeben. Beim Militär brachte es der Angeklagte aber bis zu der Charge eines Referendarius, um dann den Dienst zu quittieren und sich bei der Kriminalpolizei zu melden. Nach längerer probierischer Anstellung wurde A. zum Kriminalkommissar befördert. Als solcher arbeitete er bei dem Berliner Polizeipräsidium längere Zeit in dem Ressort der politischen Polizei und der Sittenpolizei. Infolge des anstrengenden Dienstes kam bei dem Angeklagten ein längst vorhandenes Nervenleiden zum Ausbruch, das ihn zwang, seinen Dienst bei der Kriminalpolizei zu quittieren. — In der vorliegenden Angeklagte wird A. beschuldigt, in betrügerischer Absicht bei mehreren großen Geschäftshandlungen Verleumdungen und andere wertvolle Güter auf Zahlung entnommen und sofort nach Empfang weiter verkauft zu haben. — Auf Antrag des Verteidigers waren zu der Verhandlung mehrere psychiatrische Sachverständige geladen, die bescheinigten, daß der Angeklagte infolge seiner schweren Nervosität in seinen Handlungen hart an der Grenze des Ausschlusses der freien Willensbestimmung stehe. Von einer Anwendung des § 51 des Strafgesetzbuches könne infolgedessen keine Rede sein. Der Gerichtshof kam infolgedessen zu einer Freisprechung, da nach dem Gutachten der Sachverständigen doch Zweifel bestehen, ob der Angeklagte nicht in einer vorübergehenden Bewußtseinsstörung gehandelt habe.

Es wäre nur zu wünschen, daß diese weitherrige Anwendung des § 51 auch in viel bedenkllicheren Fällen zur Geltung käme.

Der Gang zum „Rabi“ dürfte dem Gastwirt Joseph Plichta seit gestern leid geworden sein. Herr Plichta war feinerzeit wegen Betruges angefaßt und vom Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Schöffengericht hatte als erwiesen erachtet, daß er mittels einer Annonce eine Wirtschafflerin engagiert hatte, daß diese aus der Form der Annonce annehmen konnte, daß es auf eine spätere Heirat abgesehen war, daß sie ihm auf eine unzureichende Versicherung hin, er sei unvermählt, 200 M. geliehen habe und das Geld trotz aller Anstrengung nicht wieder erhalten könne. In der Berufungsinstanz wurde Plichta, unter Aufhebung des ersten Erkenntnisses freigesprochen, weil der Gerichtshof die Bekundung der Wirtschafflerin allein nicht für ausreichend erachtete, um festzustellen, daß die Vergabe des Geldes nur auf die Versicherung hin erfolgt war, daß A. unverheiratet sei. Ueber diesen gerichtlichen Vorgang vermittelte eine hiesige Gerichts-korrespondenz unter kurzer Schilderung des Tatbestandes, wie ihn die schöffengerichtliche Verhandlung ergeben hatte. Durch diesen Bericht fühlte sich Herr Plichta beleidigt und erhob die Privatklage gegen den Verfasser des Berichts und den Herausgeber der Korrespondenz. Gegen letzteren wurde das Verfahren eingestellt, gegen den Berichtshalter gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt. Der Angeklagte bestritt entschieden die Absicht und das Vorliegen einer Verleumdung, und hatte zum Beweise der Richtigkeit des Referats auch die geschädigte Wirtschafflerin laden lassen. Auf die Vernehmung der letzteren konnte aber verzichtet werden, da sich der Berichtshof ohne sie davon überzeugte, daß sich der Angeklagte nach keiner Richtung strafbar gemacht habe und in dem Berichte, der im ganzen dem vom Schöffengericht festgestellten Tatsachen entsprach, Verleumdungen nicht enthalten seien. Besonders unangenehm für den Privatkläger war es, daß Rechtsanwalt Wahn es für notwendig hielt, das Strafregister des Privatklägers verlesen zu lassen. Der Berichtshof behauptete weiter, daß die Wirtschafflerin ihr dem Kläger geliehenes Geld noch immer nicht zurückerhalten und vergeblich Forderungen verjagt habe. — Der Gerichtshof sprach den Angeklagten frei und legte dem Privatkläger die Kosten auf.

Vermischtes.

Das Naakte in der Kunst wird demnächst das Nürnberger Ge- richt beschäftigen. Die Stadt Albrecht Dürers hat bekanntlich seit 14 Tagen einen Kunststand, der bereits durch die Zeitungen all- gemein bekannt geworden ist. Der Industrie- und Kulturverein, eine Gesellschaft honorier, reicher Bürgerleute, die zum Teil auf den Liberalismus schwören, baute sich ein neues Haus, an dessen Fassade einige Plakate angebracht wurden. Die Statuen hierzu fertigte der Kunstmalerei Meister. Das eine dieser Plakate stellt eine vom Alter gebaute Geosin dar, die von einem Jüngling zum Jung- brunnen geführt wird, auf dem anderen Bilde schreitet das eben dem verjüngenden Bade entstiegene, vollkommen nackte Weib in strahlender Schönheit dem Jungbrunnen hinweg. Die Plakate waren schon einige Wochen fertig, aber plötzlich wurde vor dem zweiten Bilde ein Gerüst angebracht und eine Aenderung vor- genommen in der Weise, daß man die eine Brust durch das über die Schulter nach vorn fallende Haar verdeckte, während um den Leib eine Hofengurte gelegt wurde. Diese der Brüderliebe gemachte Konzeption erregte gewaltige Aufsehen und stürmische Entrüstung. Um das Publikum zu beruhigen, unternahm es der Bibliothekar des Kaiserlichen Gewerbemuseums, Dr. Née, ein bekannter Kunsthisto- riker, diese Kunstschändung von künstlerischen Standpunkte aus in einem Zeitungsartikel zu rechtfertigen. Nicht die Nacktheit sei das Störende gewesen, sondern die künstlerische Harmonie des Gebäudes habe die Aenderung verlangt. Bei dieser Rechtfertigung war schon gleich im Anfang verächtlich, daß Herr Dr. Née Untergeordneter des Museumsdirektors v. Kramer ist, der die Pläne für den Bau fertigte und auch die Aenderung des Bildes veranlaßte. Nun stellt der Künstler in einer öffentlichen Erklärung folgendes fest: Die Statuen wurden bei der Abfertigung unbekanntes angenommen und es wurde ihm die Zurückweichung angedroht, auch von Dr. Née, der die nackte Figur nur „etwas zu hart in der Bewegung“ fand. Erst als die Plakate am Hause angebracht waren und die nackte Schönheit bei Leuten mit hippischer Phantasie Anstoß erregte, verlangte man die Aenderung der Figur, die der Künstler verweigerte, weil er die Notwendigkeit der Veränderung nicht einsehen konnte und er sich auch nicht dem öffentlichen Spott aussetzen wollte. Insekt ließ man ihm durch einen Rechtsanwalt schreiben, daß be- wußte Bild sei vom Publikum vielfach beanstandet worden und er solle daher, ohne Rücksicht auf die Frage, ob diese Beanstandungen gerechtfertigt seien oder nicht, innerhalb 14 Tagen eine Aenderung gefenslos vornehmen. Tatsächlich geht klar hervor, daß keinerlei künst- lerische Erwägungen maßgebend waren, sondern daß man diese Blamage einigen Der-Geinge-Schwärmern zuliebe auf sich lud. Der

Künstler weigerte sich, die Aufforderung zu befolgen, worauf die Aenderung nach einem Plane des Herrn v. Kramer vorgenommen wurde. Wie weiter gemeldet wird, hat der Künstler verlangt, daß sein Werk wieder in den ursprünglichen Zustand versetzt werde; geschieht das nicht, so wird er den Klagenweg beschreiten. Der Kunst- stand laßt sich also noch lustig auswirken. Die eigentlichen Hintermänner dieses Abdriftensreiches werden von vielen Leuten im Rathause unter den freisinnig-liberalen Größen gesucht. Das erscheint nicht so unglücklich, wenn man sich erinnert, daß vor Jahren der freisinnige Gemeindebevollmächtigte und frühere Reichstags-Abgeordneter für Koburg, Hermann Weß, im Kollegium den Antrag stellte, dem neben der Lorenzkirche stehenden, 1889 von dem Erzbischof Benedikt Wurzelbauer er- richteten „Tugendbrunnen“ einen anderen Platz anzuwiesen, weil an dem Brunnen eine Anzahl weiblicher Figuren angebracht sind, aus deren nackten Brüsten Wasserstrahlen springen, und der An- blick dieser nackten Brüste das Schamgefühl verletzen könne! Mitte November kommt der Kaiser mit einer ganzen Anzahl anderer Fürstlichkeiten zur Enthüllung eines Kaiser Wilhelm-Denkmal nach Nürnberg; vielleicht hat man gefürchtet, daß die „Nacktheitskunst“ am Kulturvereinshaus den höchsten und allerhöchsten Herrschaften unangenehm auffallen werde. Amerikanische Reklame. Aus New York wird geschrieben: Die ganze Bevölkerung New York und dazu noch 8000 Polizisten sind gegenwärtig nach einem „Mr. Raffles“, den das Blatt „American“ hat „verloren geben lassen“. Auf die Auffindung des Mr. Raffles, dessen Persönlichkeit genau beschrieben ist, hat das Blatt eine Belohnung ausgesetzt. Täglich veröffentlicht es Mitteilungen, in welchen Viertel sich Mr. Raffles am nächsten Tag aufhalten wird. Acht Tage lang war es ihm bereits gelungen, allen Ver- suchten, ihn zu stellen, zu entgehen. Er wurde, wie das Blatt mit- teilt, dadurch so läch gemacht, daß er ankündigen ließ, er werde an einem bestimmten Tage auf der Börse erscheinen. Die Folge war, daß an diesem Tage die Menschen wie Mätern vor der Börse standen und auf Mr. Raffles warteten. Das Geschäft hand völlig still, und die Wäcker schlossen mit einander Betten auf die Festnahme des Gesuchten ab. Die Volksmenge wuchs derart bedrohlich an, daß die Tore der Schamant-Büro ge- schlossen werden mußten, ein Fall, der seit 30 Jahren nicht vor- gekommen war, und Bierport Worgan requirierte berittene Polizei zum Schutze seines Geschäftes. Zahlreiche „verdächtige“ Per- sonen wurden von den Suchenden angehalten und als Mr. Raffles angesprochen, in allen Fällen hatte man jedoch einen Falschen er- wischt, und der echte Mr. Raffles, der dem glücklichen Finder eine große Belohnung bringt, erfreut sich immer noch seiner Freiheit.

Die Aufregung und der Wirrwarr in New York ist jetzt schließlich so groß geworden, daß der Polizeipräsident Befehl erteilt hat, Mr. Raffles festzunehmen. Infolgedessen beteiligten sich jetzt 8000 Polizisten an der Suche nach Mr. Raffles, nicht nur getrieben durch die Aussicht auf den Preis, sondern auch durch das Gefühl, daß der Ruf der New Yorker Polizei auf dem Spiel steht. Die Ermordung eines Unteroffiziers. Aus der Ober bei Niedane wurde die Leiche des Unteroffiziers Gustav Haller von dem in Ratibor garnisonierenden dritten Bataillon des 62. Infanterie- Regiments gelandet. Der Kopf der Leiche weist eine große flache Wunde auf, die augenscheinlich von einem Sabelhieb herrührt. Es wird vermutet, daß der Unteroffizier erschlagen und die Leiche in die Oder geworfen wurde. Eisenbahn-unglück. Die „Ostdeutsche Presse“ meldet: Gestern nachmittag stießen auf der Strecke Bromberg-Thorn bei Schirpsig zwei Lokomotiven aufeinander. Vom Bahnpersonal wurden drei Personen schwerverletzt in das Thorer Krankenhaus geschafft. Der Materialschaden ist nicht erheblich. Rebhühner, die vertrieben werden wollen. Durch ein offen- stehendes Fenster geriet ein Volk Rebhühner in das Schlaf- zimmer eines St. Georgberger Einwohnere und suchte dort Zu- flucht unter den Betten, doch wurden sie bald wieder aus dem Fenster hinausgedrückt. Die Tiere schienen jedoch gerade für dieses Haus eine besondere Vorliebe gefaßt zu haben, denn sie flogen als- bald nach der anderen Seite des Gebäudes und nun direkt in die Küche eines anderen Hausbewohners hinein. Aber auch hier bemies man sonderbarerweise trotz der Fleischnot kein Interesse für Rebhühner und jagte sie wieder zum Fenster hinaus. Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Be- nutzung für jedermann, SW. Alexandrinerstr. 28. Geöffnet täglich von 6 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. Oktober, vorm. 8 1/2 Uhr, im Bürgerlaale des Rathauses, Eingang Königsstr. 15-18: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schul-Kula, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gehrke: „Die Religion Schillers und Goethes“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen. Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (C. S. 29. Hamburg). Filiale Berlin 3. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Kaller, Reichsberger- straße 157. — Filiale Berlin 7. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei Hoffmann, Saffewalkstr. 3.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 21. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr: Oberhand. Der Barbier von Bagdad. Die Hofe von Schirad. Schauspielhaus. Der Schwur der Irene. Neues. Ein Sommernachtstraum. Wesen. Der Oberhof. Nachm. 3 Uhr: Maria Stuart. Deutsch. Helma. Berliner. Andalusia. Anfang 8 Uhr: Schiller O. (Wallner-Theater.) Hofkunst. Schiller N. (Friedrich Wilhelm- städtisches Theater). Nora. Puffing. Stein unter Steinen. General. Nur indischen Blüte. Nachm. 3 Uhr: Kathan der Weise. Residenz. Die Höhle des Löwen. Metropoli. Auf — ins Metropoli Kleines. Helma. Trianon. Madame Torera. Lustspielhaus. Der Herr Haushof- meister. Nachm. 3 Uhr: Minna von Barn- helm. Thalia. Bis früh um fünf! Carl Weis. Helma. Nachm. 4 Uhr: Die sieben Raben. Lüssen. Pech-Schulze. Deutsch-Amerikanisches. Aber, Der Herzog! Kahlo. Der Adelsmann. Apollo. Frau Luna. — Spezial- läden. Walhalla. Eine tolle Nacht. Herrfeld. Die Kenerhains. Wintergarten. Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Zangel. — Spezialitäten. Belle-Alliance. Spezialitäten. Solles Caprices. Koch dem Papen- streich. Sell und Gaben. — Spezialitäten. Reichshallen. Steifner Sänger. Hoflage. Robert Koppel. Karball, der Mann mit den Hüten. Georg und Gusti Eder. Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne. Winternachtsstunde. Sternwarte. Invaliden- str. 57/62. Laulich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Berliner Theater.

Charlottenstr. 90/92. Andalusia. Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Endl. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen u. folg. Tage: Andalusia. Sonntag nachm. 3 Uhr: Andalusia.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr. Ein Sommernachtstraum. Morgen u. folgende Tage: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.

Zum erstenmal: Das vierte Gebot. Solist in 4 Akten v. L. Krugensgraber. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore. Sirena! Der zerbrochene Krug. Abends 8 Uhr: Das vierte Gebot.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Scheuer Ulk-Trio. Invalidenstr. 1.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Sonnabend, abends 8 Uhr: Hofkunst. Lustspiel in 4 Akten v. Tillio v. Trofka. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben. Sonntag, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen. Montag, abends 8 Uhr: Der Gwissenswurm.

Zirkus Albert Schumann.

Heute abends prägte 7 1/2 Uhr: 5. Grande Soirée High Life. Gala- Programm. Neue Debüts, u. a. zum erstenmal: Der berühmte Akrobatenleiter Arkadia vom Leib-Regiment des Jaren. Ferner: Neu! Die gr. Sensation der Gegenwart! Die 9 heilig. Chungchusen Gaukeler und Gaukler aus Mexiko. Neu und phänomenal: Die Javaner-Truppe. Großesquadrille aus Java. John und Louis Koller mit ihren noch nie gesehenen Vor- und Rückwärts-Saltomortali auf dem Zweirad. Das einzig existierende einen halben Saltomortale schlagende Pferd. Zum Schluss: Kolossal Erfolg! Der Tag des Englischen Derby.

Urania Tauben- str. 48/49.

8 Uhr: Im Lande der Mitternachtssonne. HÖRSaal 8 Uhr: Dr. Donath: Das Ohmsche Gesetz.

Sternwarte Invaliden- str. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM Friedrichstr. 105. Joëls Traum. !! Pompeji !! Die Ehre des Vaters! Restaurant: Dresdenor Sänger.

Zentral-Theater.

3 Uhr: Kaffee-Schiller-Vorst.: Nathan der Weise. Sehr kleine Preise. Schiller spielen auf allen Plätzen 60 Pf. 8 Uhr täglich: Indische Witwe. Operette in 3 Akten v. Oscar Strauß. Sonntag nachm. 3 Uhr: Weißha. Abends 7 1/2 Uhr: Indische Witwe.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Pech-Schulze. Sonntag nachm.: Kean. Abends: Helma. Montag: Das Lumpengefindel. Hieraus: Das Schwert des Damokles.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Jeden Abend 8 Uhr! Sonntag Gastspiel Ad. Philipp zum 50. ABER! Male: Herr Herzog. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich.“

Bardes Vereins-Säle.

Neue Königstraße 7. Hofverbindungen nach allen Stadt- teilen. Empfähle meine Säle für Ver- sammlungen, Gewerkschaftsungen und für Vereinslokalitäten. Anlässe Deblungen. Adolf Barde.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wdh. Th.)

Sonnabend, abends 8 Uhr: Nora. Schauspiel in 3 Aufzügen von Henrik Ibsen. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Fuhrmann Henschel. Sonntag, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher. Montag, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.

XI. Berliner Saison. Zirkus Busch.

Prunk- und Parade-Abend. Größte Attraktion der Welt! Sensationell! Sensationell! Der Kanonenkönig! Schuß eines lebend. Menschen aus einem Marine-Geschütz schwersten Kalibers. Nur noch kurze Zeit! Die Helden vom Yalu u. Port Arthur in ihren milit. Infanterie-Exerziten. Japanische Infanterie. 4 Socurs Atletas. Zum 31. Male: Mexiko. Große Ausstattungen - Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzenleben. Avis! Sonntag auf allgemeinen Wunsch nachm.: Mexiko.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage: Madame Torera (Madame L'ordonnance). Schwan in 3 Akten v. Jules Chancl. Deutsch von Max Schoenau. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm.: Das Ende der Liebe.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16. 16. Stiftungs-Fest des Gesang-Vereins „Neu erwacht“. Sonntag: Preziosa. Anf. 7 Uhr. Guitre 50 Pf. bis 1.20. Nach der Vorstellung: Familienball.

Folies Caprice.

Budapester Posen-Theater 132 Linienstr. 132 Ecke Friedrichstraße. Nach dem Zapfenstreich. Vorher: Sell und Haben u. d. ausgezeichnete Spezialitäten. Kasseneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich bei A. Wertheim und an der Tageskasse.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Jeden Abend 8 Uhr! Sonntag Gastspiel Ad. Philipp zum 50. ABER! Male: Herr Herzog. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich.“

Bardes Vereins-Säle.

Neue Königstraße 7. Hofverbindungen nach allen Stadt- teilen. Empfähle meine Säle für Ver- sammlungen, Gewerkschaftsungen und für Vereinslokalitäten. Anlässe Deblungen. Adolf Barde.

Zweites Preisrätsel. (800 Doppel- und 1000 einfache Preise.)

Wer innerhalb 30 Tage im geschlossenen Kuvert eine mit seinem Namen, Adresse, Datum versehen richtige Lösung nebenstehenden Preisrätsels in einem der untenstehend verzeichneten Verkaufsläger abgibt (durch die Post eingehende Lösungen werden nur von Mitgliedern unseres Vereins berücksichtigt = Mitgliedschaft kostet und verpflichtet zu nichts =), bekommt durch unsere Direktion, soweit die oben ausgesetzten 800 Doppel- und 1000 einf. Preise hinreichen, alsdann Nachricht, daß er eine auf ihn entfallene Prämie (800 elegante



Zuckerwoche Zwei Pfund Ia Zucker kostenlos

Um die in ganz Deutschland so überaus beliebten nachstehend verzeichneten Maetherschen Kakao- und Teemarken in weitesten Kreisen einzuführen, haben wir uns entschlossen, diese zu den festgedruckten Verzugpreisen zu verkaufen, außerdem erhält nur im Laufe der nächsten 8 Tage jeder, welcher ein Pfund (Original-Packung) der rühmlichst bekannten Maether Kakao's und Tees von uns zu den nachstehend ermäßigten Originalpreisen bezieht, 1 Pfund Zucker kostenlos. Zusendung Berliner Vororte franco Haus. (Pro Pfund Kakao nachstehend vier Qualitäten ein Pfund Ia gem. Raffinade gratis.)

Nur die festgedruckten Preise zahlen. Original Maether-Kakao (gepackt). Unsere Abnehmer haben nur die in der Rubrik verzeichneten Pfundpreise, nicht aber die eingeklammerten Detailpreise zu zahlen. In diesen Originalpackungen befinden sich außerdem noch besondere Rabattmarken der Bezugsfirma. Besondere Rabattkarten zu diesen sind ebenfalls in unseren Lägern erhältlich. Kakao-Pulver „Maether“ in Dosen a 1/4, 1/2, 1 Pfund. 0,75 1,50 2,55 M. Ia in 1/2, 1/4, 1/2 Pfund Kartons, 2 1/2, 2 1/2, 2 1/2 M. B do. weiß (2,40) 2 20 „ BB in 1/2, 1/4, 1/2 Pfund Beuteln, blau (2,20) 2 20 „ C do. rot (2,-) 1 80 (Pro Pfund Tee ein Pfund Ia Tangoro-Zucker gratis.)

Original Maether-Tees (gepackt).

In 1/2, 1/4, 1/2 Pakoten Melango A blau . . . (2,-) 1 80 „ A O schwarz (2,50) 2 30 „ B . . . (3,-) 2 80 „ C rot . . . (4,-) 3 80 „ D grün . . . (5,-) 4 80 „ E gold . . . (6,-) 5 80 „ Russisch in 1/2, 1/4, 1/2 Pakoten (6,-) 5 80 „ 5 weiß in 1/2, 1/4 Kart. (3,-) 2 80 „ 9 rot do. (4,-) 3 80 (Pro Pfund Tee ein Pfund Ia Tangoro-Zucker gratis.)

Preislisten - Auszug.

Ausführliche Preislisten finden Interessenten in 49 Abteilungen Seiten 9-22 unseres Kataloges. — Wir offerieren u. a. täglich frisch (Preise ohne Verbindlichkeit) mit 5 % Rabatt auf nicht mit Storn bezeichnete Waren: Ia. Schneide- und Brochbohnen 2 Pfund-Dose . . . M. 0,25 Brot, zirka 5 1/2 Pfund . . . M. 0,50 Allerfeinste Tafelbutter * zu Tagespreisen. Salz, pr. Pfund . . . M. 0,09 Gebrannter Kaffee pr. Pfund v. M. 1,00 an. ff. Weizenmehl pr. Pfund . . . M. 0,13 ff. Rang. Reis pr. Pfund . . . M. 0,19 Fix und Fauros versch. Backm. . . M. 0,55 Mühner-Eidotter, 1 Mdl. . . M. 0,50 Zuckerhonig pr. Pfund . . . M. 0,42 Trakehner pr. Pfund . . . M. 0,95 Ia. Zucker pr. Pfund . . . M. 0,23 Echl Emmenthaier Schweizerkäse pr. Pfund . . . M. 0,95 Ia. Apfelwein inkl. FL. . . M. 0,28 ff. Kochzucker pr. Pfund . . . M. 0,20 Chia. Tee pr. Pfund von M. 1,80 an Tafelspek fett u. mager M. 0,90 Alle Wurstsorten preiswert. Kakao, garant. rein, v. M. 1,10 an. Himbeersaft, ger. rein. Muttersaft 1/2 Liter inkl. . . . M. 1,05 ff. Metzger Mirabellon 2 Pfund . . . M. 0,72 Gem. Früchte, 2 Pfund-Dose M. 1,15 ff. Macaroni pr. Pfund . . . M. 0,35 1 Büchse netto 1 Pfund ff. Marmelade, Früchte nach Wahl . . . M. 0,60 Kess. Kakes . . . M. 0,55 Rosinen pr. Pfund . . . M. 0,35 Ia. weiße Palmöl-Oberschal-Salfo pr. Pfund . . . M. 0,28 Reine Schokolade . . . M. 0,78 ff. Mostwein inkl. FL. . . M. 0,50 Ia. Bordeauxwein inkl. FL. . . M. 0,80 1 Glas reiner Natur-Honig netto 1 Pfund . . . M. 0,85 1 Glas Sardellen brutto zirka 500 Gr. . . M. 0,70 Tages-Fleischgerichte, fast sämtliche Speisen fertig zum Gebrauch, netto 1 Pfund-Dose . . . M. 0,40

Deutscher Waren-Einkaufs-Verein Berlin.

Fernsprecher SW. 47, Ges. m. b. H. Fernsprecher Amt 3, 705. Leipzigerstr. 73/74 „Hof“ (am Dönhofsplatz), Chausseestr. 1a „Hof“ (am Oranienburger Tor), Brunnenstr. 144 „Hof“, Große Frankfurterstr. 94 „Hof“, Oranienstr. 60 (Moritzplatz) „Hof“, Anfang November Eröffnung Schöneberg, Hauptstr. 129, Eingang auch Feurigstr. 12.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee Nr. 148. Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch. Konzert, Theater u. Spezialitäten. Stets wechselnde Spielpläne. Nach jeder Vorstellung: Großer Extra-Tanz.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 57. Täglich 8 Uhr. Nur noch kurze Zeit! „Der Adelsnarr.“ Sonntag nachmittags 4 Uhr: „Ein Sohn des Volkes.“

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20. Direktion: Richard Schultz. Heute und folgende Tage: Eine tolle Nacht. Vorher: Gr. Spezialitäten-Programm. Anf. 8 Uhr. Plaudern über den gestatt.

Apollo-Theater.

Täglich 9 1/2 Uhr
unter persönl. Leitung v. Paul Linke
Frau Luna.
Vorher:
Die Oktober-Spezialitäten
Sonntag, 22. Oktober, nachm. 3 Uhr:
Frühlingsluft
und Spezialitäten. Bedeutend
ermäßigte Preise!

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr
zum 43. Male:
!Auf - im's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Dirigent Kapellmeister Max Roth.
In Szene gesetzt vom Direktor
Richard Schultz.

Walden a. D. x Mib Clifford a. D.
Bender x Giampietro
Josephi x Massary x Frid-Frid
Steidl x Lilly Walter.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.
Nachm. 3 Uhr: Miana v. Barnhelm.
Abends 8 Uhr:
Der Herr Haushofmeister.

Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung
Notfäppchen.
Abends 8 Uhr: 7. Vorstellung. Volks-
und Schauspiel-Fest!
Dihello, der Mohr von Venedig.
Morgen letzte Sonntagausführung:
Der Weltumsegler wider Willen.

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr.
Kolossaler Erfolg!
Robert Koppel
in seinem neuen Repertoire.
Marshall
der Mann mit den Hüllen.
Georg u. Gusti Edler
Tyroler.
14 erstklassige Nummern.

Gebrüder
Herrnfeld-Theater.
Zum 181. Male:
Die
Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverl. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Großfamiliekomödie von Anton
und Donat Herrnfeld.

WINTERGARTEN
Heute
die in London an 1000 Abenden
mit großem Heiterkeitserfolge
gegebene Pantomime
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel-Tangel
Original-Aufführung
außerdem
Garrero, span. Tänzerin. Artols,
Reckkünstler. Amans, Mimiker.
Hansins, Wundersterne. Colle de
Lasse, Drahtseiltänzer. Harrier, Gold-
amazonen. In Japan, Ballett. Moers,
engl. Sängerin. Cellins und Harl,
Exzentriker. Die mysteriösen Husaren.
Biograph.

Sanssouel, Kottbuserstr. 48
Dir. W. Reimer.
Sonnt. Konz. Donnerst.:
Im glänzenden renov. und
electr. beleucht. Glanzsaal.
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 8 Uhr,
montags 8 Uhr.
Dienstag und Mittwoch:
Theater-Abende.
Gastspiel des
Löwe-Ensembles.
Der kleine Saal (150 Personen) ist
noch einige Sonnabende zu vergeben.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Quelle und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.
Schwan in 3 Akten v. M. Hennequin
und J. Blübaum.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der
Nattenbesitzer.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Min. v. St. Söck.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorgedert! Erneuert!
Das sensationelle Oktoberprogramm
Birtons Brothers
moderne Gladiatoren.
Darion Brothers
vorzögl. Handballspiele.
Ein Kater. Schwan in 1 Akt
von J. Keller.
Familienarten sind in allen
Gardien, Friseur u. Zigarren-
geschäften sowie im Theater-
bureau unentgeltlich zu haben.
Sonntag, 22. Okt., nachm. präg. 3 Uhr:
Löwe-Gastspiel:
Die Anne-Biese.
Familienarten nachmittags gültig.

Belle-Alliance
Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Hauptmann Marquis
Itonye
Szene vom Kriegsschauplatz.
Rosa u. Jehan
Liane Leischner
Belle Astoria.
16 sensationelle Attraktionen.
Sonntags 2 Vorstellungen
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.
Jeder Besucher 1 Kind frei.

Gustav
Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter-
Allee 55.
Saisonschlager!
Die Schlächtermeisterin als
Schauspielerin
oder: Skandal im Theater.
Große Hoffe
und 20 Spezialitäten-Nummern.

ELYSIUM.
Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftreten v. 35 erstklassigen
Intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis
12 Uhr nachts.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sängerk.
Anfang:
8 Uhr,
Sonntags
7 Uhr.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.
humoristische
Spezialitäten
16 u. z. Bendix.
Litke Carlsen.
Wally Walborg.
La Perle, die deutsche Soubrette.
Heute: Debit der jüngsten
Berliner Soubrette
Trudy Truth
15 Jahre alt.
Debit der populärsten schäffigen
Humoristen
Neumann-Blemchen.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Jeden Sonntag nachm. 3 Uhr jeder
Wochentag 40 Pf. Ein Kind frei!
Sousonierverteilung.
Im Konzertsaal 2 Kapellen
(Schrammeln), Naturfänger,
Ungarn. — Beginn 8 Uhr. Sonn-
tag Feiertag ab 3 Uhr, Ende 1 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
Geundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: Geschlossen.
Morgen Sonntag nachm. 3 Uhr, bei
vollständigen Besetzen:
Fräulein Doktor.
Abends 8 Uhr:
Berliner Kinder.
Montag: Große Extravortellung:
Som Thron zum Schafott.

Otto Pritzkows
Berliner
Abnormitäten-Theater
Hänstr. 16.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Artus-Hof
Parlobergerstr. 20. Stendalerstr. 18.
Säle von 100-1200 Berl. Neben dem
geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater - Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettfänger und
humoristische Gaiete.
Jeden Donnerstag: Gr. Konzert.

Metzer
Geld-Lotterie
Ziehung schon
30. und 31. Oktober cr.
Nur Geldgewinne bar
ohne Abzug zahlbar.
Hauptgewinn Mark:
100000
Lose a 5 M., halbe a 2,50 M.
(Porto u. Liste 30 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.,
G. m. b. H., Bankgeschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 151.
Filiale: O. Andreasstr. 46a.

Dr. Simmel, Prinz-
Str. 41,
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Spezial - Putzgeschäft
von **Natalie Wilk**
Berlin N.,
140 Pappel-Allee 140
Eckhaus Schönhauser Allee.
Damen-, Kinder- u. Trauerhüte.
Große Auswahl. Billige Preise.

Hüte und Mützen
für Herren und Knaben.
Einzerverkauf zu Fabrikpreisen.
Landshagerstr. 90, rechts.

Gelegenheits-Partie
Gardinen
abgepaßte Fenster,
weiß und creme
Schallänge pro
3 Mtr. Fstr. M. 250
Schallänge pro
3,30 Mtr. Fstr. M. 335
Imit. Point-lace-
Gardinen, pr. Fstr. M. 535
Eleg. Seccasions-
Tüll-Stores M. 155
Gestickte echte
Spachtel-Stores M. 800
Goldfarb. reich-
gestickte
Band-Stores M. 485
Tüllbett-Gr. 180/220
decken cm M. 255
Reichgest. Erbs-
tüllbettdecken M. 835

Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin Oranienstr. 158
Nach auswärts per Nachnahme
Gardinen-
Katal. m. ca. 600 Abbildungen
gratis und franko.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.
M. Schulmeister
Schneidermeister
Berlin SO., Dresdener-
straße 4,
am Kottbuser Cor.
Spezial-Haus
feiner
Herren- und Knaben-
Garderobe
fertig und nach Maß.
Elegante
Winter-Paletots von Mk. 18 50
Jackett-Anzüge . . . 17 50
Rock-Anzüge . . . 26 -
Gehrock-Anzüge . . . 32 50
Loden-Joppen . . . 6 -
Berufskleidung für alle Gewerke.
Nur eigene Konfektion.



Soeben erschien Modell 1906
mit bedeutenden Verbesserungen!

Kein Blaken! — Kein Rußen mehr!
4 D. R. Patente.
„A. B. C.“ Brenner
für
Petroleum-
Mk. 5.50 **Glühlicht**
komplet m. Dauerstrumpf, Zylinder u. Docht.
Brennt heller wie Gasglühlicht und ver-
braucht dabei nur für zirka 1 Pfennig
Petroleum pro Stunde.
Kein Verschneiden, kein Putzen des Dochtes;
es gelangen nur auswechselbare Brennringe
von großer Haltbarkeit zur Verwendung. Der
Brenner ist so einfach, daß er von einem Kinde
bedient werden kann, daher der Name „A. B. C.“
Paßt für jede vorhandene 10“ u. 14“ Lampe
und mittels Zwischonring auch auf jedes andere
Bassin.
Mustergültig in Handhabung u. Brennweise!
Das rationellste Licht der Jetztzeit!

Niederlagen:
Herrn. Arnold, Alexandrinerstr. 110.
O. Beesid Ww., Alte Jakobstr. 51.
Louis Böttcher, Boxhagenstr. 32.
Thomas Goosson, Eichhornstr. 11.
Karl Höse, Brandenburgerstr. 15.
M. Hirschhorn, Stralauerbrücke 3.
O. Kakt, Lützowstr. 13.
Abraham & Ehrlich, Lampenfabrik,
Königstr. 45.
Oscar Heising Nachf., Wilhelmstr. 37.
Julius Klinghoff, Potsdamerstr. 51a.
Ernst Koch, Pallasstr. 7.
Adolf Növir, Unter den Linden 44.
O. P. Neuwander, Friedrichstr. 127.
Paul Schenck, Reichenbergerstr. 30.
H. Veltin, Brunnenstr. 34.
A. Schneeweiß & Co., Chaussee-
straße 57.
Charlottenburg: F. Schröder, Schlüterstr. 59.
Gr. Lichterfelde: O. Steinborn, Klempnerstr., Chaussee-
straße 18.
Ober-Schöneweide: J. W. Kantner, Elisenstr. 10.
Rixdorf: Emil Steinbach, Thüringerstr. 44.
Rummelsburg: Georg Reiner, Schillerstr. 35.
Steglitz: Alb. Busse Nachf., Schützenstr. 50.
Ewald Buck, Albrechtstr. 4.
J. Dahmann Nf., Schloßstr. 30.
Weißensee: Gerike & Wolfram, Königshausen 55.
Wilmsdorf: Franz Hinz, Bernhardstr. 10.
Friedr. Müller, Bruchsalstr. 14. 42/12*

Rob. Bohn
Invalidenstr. 125
Laden u. i. Etage.
Herren- u. Knaben-
Moden
Berufskleidung.
Große Auswahl in
Paletots, Joppen.
Gediegene Kon-
fektion, streng
roell, feste Preise.
Maßanfertigung
in eig. Werkstatt
unter Garantie.

Greift zu! dem
besten
Monats-Anzüge . . . v. 8,50 M. an
Abonnements-Anzüge . . . 6,50
Monats-Paletots . . . 9, -
Joppen . . . 5, -
Parti-Anzüge, teils mit
nummerierten Hältern . . . 10,50
Anzüge, Ersatz für Maß . . . 20, -
Rammig-Def. ob. Madellis . . . 3, -
Alles auch für corpulente Figuren!
Gediegene Kleidungsstücke von Re-
pallieren, Kellern, aus den feinsten
Werkstoffen Berlin, teils von Hof-
lieferanten, kolossal billig. 42/12*
Strohregen-Überzütung!
Mitte **Zentral-Keller, Berlin,**
nächst **35 Neanderstr. 35,** Köpenickerstr.
41/12 v. Stadtbahn-Hermannstr. über

Zeuge gesucht!
Am 14. Januar 1906, abends
9 1/2 Uhr, ist ein Fahrgast des Motor-
wagens Nr. 2057 (Eins. Kupfer-
graben - Charlottenburg, Straßen-
bahnhof), als letzterer die Kurve am
Anie passierte, beim Heranzutreten aus
dem Innern des Wagens auf den
Hinterrad durch das von der
Decke des Anhängerwagens auf den
Hinterrad des Motors herab-
hängende Lichtgabel einen elektrischen
Schlag erhalten haben.
Auf dem Hinterrad des Motors
bezeichnet sich zur Vorfallzeit außer
dem Schaffner ein ansehender Mann,
handwerkerstande angehöriger Mann,
weicher dem Vorfall genau Beobachtet
haben dürfte. 47682
Dieser Zeuge wird gebeten, seine
Adresse der unterzeichneten Direktion
recht bald gefälligst mitteilen zu wollen.
Die Direktion
der Berlin-Charlotten-
burger Straßenbahn.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20.
Preise ab Platz von 10 Str. an.
Industr.-Brikets, Halbheinz, Str. 80 Pf.
1a. Sanktberger Salen-Brikets
„Anna“ oder „Marie“ p. Str. 80 Pf.
Henckels Werke . . . 85
11a u. 12b. Marienstraße . . . 90
1a engl. Antkratz, Bruch, Koks,
Stoßkohlen, Holz ufm.
zu billigsten Tagespreisen.
Handwagen verleihe 4c. Kohlen.

Sozialdemokrat. Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Den Mitgliedern zur Kenntnis,
daß unser Genosse, der Drechsler
Max Schneider
mehrfach Dienerstr. 56 (Stadt-
bezirk 119) verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag nachmittags 3 Uhr von der
Leichenhalle des Andreas-Kirch-
hofes in Wilhelmberg statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Am 17. Oktober starb nach
kurzem Krankenlager der Hilfs-
arbeiter Herr
Max Schneider.
Der Verstorbene war ein
treuer, fleißiger Mitarbeiter und
guter Kollege, dessen wir uns stets
gern erinnern werden. 27365
Der Vorstand und das Personal
der Orts-Krankenkasse für das
Gewerbe d. Tischler u. Piano-
arbeiter Berlins.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband
Branche der Drechsler.
Allen Kollegen die traurige
Nachricht, daß unser Kollege
Max Schneider
bei Ausübung seiner Tätigkeit als
Obmann erkrankt und an den
Folgen am Dienstagabend ver-
storben ist.
Ein aufrichtiger, nur für die
Interessen der Organisation tätig
gemeiner Kollege ist uns entrissen
worden. Wir werden sein Andenken
in Ehren halten!
Die Beerdigung findet Sonntag
nachmittags 3 Uhr von der Leichen-
halle des St. Andreas-Kirchhofes
in Wilhelmberg aus statt. (05/12)
Die Kommission der Drechsler.
J. H.: Dähle, Pattloch, Weier.

Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege Drechsler
Max Schneider
am Dienstag, den 17. Oktober,
plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 22. Oktober,
nachmittags um 3 Uhr, von
der Leichenhalle des St. Andreas-
Kirchhofes in Wilhelmberg aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Ortsverwaltung.

Zentralverband d. Hand-
schuhmacher Deutschlands.
Ortsverein Berlin.
Am 18. Oktober verstarb unser
langjähriges Mitglied, der Kollege
Bruno Pautsch
im Alter von 44 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 22. Oktober, nachm. 4 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Gauls-Kirchhofes, Wilmersdorf, aus
statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Ortsvorstand.

Danksagung.
Für die herrliche Teilnahme und
die reichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters sagen wir allen
Verwandten, Bekannten und Freunden
unseren tiefgefühlten Dank.
Agnes Kulke
und Kinder.
47862

Neu! Neu!
Petroleum-Glühlicht
Auf jed. Lampe pass.
Große Auswahl von
Tisch- u. Hängelampen.
Echte Bronzeglühkrone
3-flammig, M. 18,50.
W. Krusemark,
Berlin SO.,
205, Oranienstr. 205.
Tel.: Amtl. V. No. 1039.
5 Proz. Rabatt.
1414L*

Eine Mark
Wöchentliche Teilzahlung liefert
elegante fertige
Herren-Garderoben.
Erwa für Maß.
Anfertigung nach Maß.
Tadellose Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Große Frankfurter Str. 87, II.
Eingang Straußberger Platz.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

III. Das Schulwesen.

Auch in der jetzigen Berichtsperiode mußte bei jedem Ausweis über die Gemeindeschulen, deren Ausbildung zu wahrhaften Volksschulen das unverrückbare Bestreben der Sozialdemokratie bleibt, über die Ueberfüllung namentlich der untersten Klassen geklagt werden. Vom Magistrat wird stets hervorgehoben, daß die Durchschnittsbefüllung der Klassen, wenn auch nur langsam, so doch ständig herabginge. Der Stadtschulrat führte bei einer der letzten Besprechungen aus, daß nach dem Urteil aller Pädagogen die Schülerzahl der Gemeindeschulklassen zwischen 40 und 50 liegen solle; die Durchschnittsziffer für Berlin betrage nun im schönsten Einklange mit dieser Forderung 47! Selbstverständlich liegt hier ein Fehlschluß des Stadtschulrats vor — die richtige Forderung aus der Forderung „aller Pädagogen“ ist natürlich, daß in keiner Klasse mehr als 40—50 Schüler sitzen dürfen; dementsprechend verlangte auch unser Vertreter, als Maximalziffer für Berlin 48 festzusetzen. Die Schuldeputation, der bekanntlich kein Sozialdemokrat angehört (s. d. Ziffer 65 angenommen und beabsichtigt, wie der Schulrat mittelste, alsbald auf 60 herabzugehen. Aber selbst diese an sich viel zu hohe Maximalziffer steht nur auf dem Papier. Nach dem letzten Bericht vom 1. Mai 1905 gab es an den Berliner Gemeindeschulen 663 achte Klassen, davon hatten 36 eine Schülerzahl von über 65, zum Teil von 69! Sechzig und mehr Schüler zählten 204 von den 663 achten Klassen, so daß fast 31 Proz. der achten Klassen — d. h. der so schwierigen Aufnahmeklassen — selbst nach dem geplanten Beschluß der Schuldeputation als überfüllt gelten müßten. Eine einfache Schätzung ergibt, daß mindestens 60 Proz. oder die Hälfte aller in die Gemeindeschulen eintretenden Kinder in solche Klassen gelangen. Während man in bürgerlichen Kreisen, deren Kinder ja heutzutage die Gemeindeschulen nur in den seltensten Fällen besuchen, diesen Zahlen keine allzu große Beachtung schenkt, ist man sehr entrüstet darüber, daß die ersten Klassen zurzeit eine ziemlich geringe Schülerzahl aufweisen; um an den Kosten zu sparen, trägt man sich sogar mit dem Plane, an einzelnen Schulen die ersten Klassen aufzuheben und deren Schüler umzuschulen! Ueberhaupt steht man in jenen Kreisen der seit dem Oktober 1902 eingerichteten achtklassigen Schule durch- aus nicht wohlwollend gegenüber und beruft sich dabei auf die geringe Zahl der Schüler in den ersten Klassen. Dabei wird zweierlei vergessen: erstens werden nicht vor dem Jahre 1910 Schüler in die erste Klasse gelangen, die während der ganzen Schulzeit nach dem neuen Unterrichtsplan unterrichtet sind; zweitens aber wird die Verlegung schon weit vor der ersten Klasse um so mehr stöden, je stärker die untersten Klassen überfüllt sind; auch dem tüchtigsten Lehrer kam es nicht gelingen, in überfüllten Klassen alle Kinder zur völligen Reife für den Aufstieg zu bringen, und die vorzeitige Verlegung rächt sich durch Zurückbleiben der Kinder auf einer höheren Stufe. Eine durchgreifende Verbesserung der Verhältnisse der Gemeindeschulen wird sich erst erreichen lassen, wenn die Vorschulen der höheren Unterrichtsanstalten aufgehoben und die Kinder der bürgerlichen Klassen gezwungen sind, die „Volksschulen“ zu besuchen. Das dieser erste Schritt zu einer allgemeinen Volksschule wenigstens für die städtischen Anstalten gemacht wird, bleibt eines der nächsten Ziele der sozialdemokratischen Fraktion.

Das „Wohltuollen“ der bürgerlichen Parteien für die Gemeindeschule zeigte sich in eigenartigem Maße auch gelegentlich eines Antrages der sozialdemokratischen Fraktion (März 1905) auf Erhöhung des Grundgehaltes der Gemeindeschullehrer und Lehrerinnen — jetzt für Lehrer 1200, für Lehrerinnen 1000 Mark, wobei zu bemerken ist, daß einstweilig angestellte Lehrer und solche, welche noch nicht vier Jahre im öffentlichen Schuldienst gestanden haben, mit 900 Mark abgepeißt werden. Unser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit überwältigender Majorität abgelehnt; mit den Sozialdemokraten stimmten nur die kleine sozial-fortschrittliche Gruppe. Das Verhalten der Freisinnigen im Abgeordnetenhaus für die ganze Monarchie, also auch für das kleinste Dorf ein Grundgehalt von 1200 M. für den Lehrer forderten, im Rathaus aber bei der Regelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer in Berlin ein solches von nur 1000 M. beschloßen, bis sie von der Regierung zur Festsetzung von 1200 M. gezwungen wurden. Jetzt (1905) treten sie in der Unterrichtskommission des Abgeordnetenhauses für ein Grundgehalt von 1850 M. in der ganzen Monarchie ein, während sie in Berlin, wo sie den Ausschlag geben, eine Erhöhung über 1200 M. hinaus ablehnen. Die Berliner Lehrerschaft war bisher eine der stärksten Stützen der liberalen Herrschaft; ob ihr nicht endlich bei diesen Gegenständen zwischen Worten und Taten ein Licht aufgeht? Oder ist die Untwürdigkeit der Lehrer so groß, der Druck der freisinnigen Tyrannei so stark, daß die Lehrer nicht einmal wagen dürfen, die aktive Betätigung bei den Wahlarbeiten für die liberalen Parteien abzulehnen?

Konnte der letzte Bericht feststellen, daß die von unserer Fraktion zuerst angeregte Anstellung von Schulärzten zunächst für 20 Schulen versucht wurde, so können wir heute nur von einer sehr langsamen Ausdehnung dieser Anstellungen berichten. Bei der Etatsberatung im Jahre 1902 verlangte unsere Fraktion die Anstellung von Schulärzten für alle 200 Schulen; der Etat sah nur eine Vermehrung des Postens um 2000 M. vor für zwei Ärzte, denen zusammen vier Schulen überwiesen werden sollten. Auf Grund unseres Antrages wurde eine Magistratsvorlage in Aussicht gestellt, die 1903 dahin erging, daß die Zahl der Schulärzte von 12 auf 30 gebracht werden sollte. Trotz der energischsten Anstrengungen unserer Vertreter gelang es doch nur, diese Zahl auf 38 zu erhöhen, die nun alle Schulen versorgen sollen. Daß diese Zahl namentlich für die Aufnahmezeit zu den Halbjahresanfängen völlig unzureichend ist, wo eine besonders segensreiche Tätigkeit im Interesse sowohl der gesunden wie der zurückgebliebenen Kinder, als auch der Lehrer, entfaltet werden kann, liegt auf der Hand.

Nur nebenher sei unser Protest aus dem Jahre 1903 erwähnt, der sich gegen die Paradedeferien und deren eigenartige Belohnung richtete. Selbst der einzige konservative Prozeß, der hiermit seinen Schwanz eingezogen hat, erklärte: „Daß es diesmal zwei Tage sind, das kommt sonst nicht vor, das ist ein Ausnahmefall, der gar nicht berücksichtigt zu werden braucht.“ Dem lahmen Antrag gegenüber, durch den die Freisinnigen den scharfen Anstrich der Regierung prophezeien. Die Erfahrungen, die die Eltern schulpflichtiger Kinder zu Anfang September 1905 gemacht haben, haben diese Prophezeiung glänzend bestätigt.

Erculischer ist auf dem Gebiete des Fortbildungsschulwesens zu berichten. Seit langen Jahren haben unsere Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung vergeblich die Errichtung einer obligatorischen Fortbildungsschule für alle jugendlichen Arbeiter und Angestellten unter 18 Jahren angestrebt. Zum letztenmal wurde unser dahingehender Antrag im Jahre 1897 abgelehnt. Ein neuer im März 1902 gestellter Antrag wurde endlich einem Ausschuss überwiesen, der das Prinzip anerkannte und vom Magistrat eine Vorlage forderte. Eine solche erfolgte im September 1904. Nach wiederholter Beratung in einem neuen Ausschuss wurde in der Versammlung das Ortsstatut nebst Ausführungsbestimmungen beschlossen. Die Einrichtung trat mit dem 1. April 1905 ins Leben. Gleichzeitig wurde eine neue Deputation für das Fach- und Fortbildungsschulwesen geschaffen, wodurch die Anstalten, die bisher zum Teil der Schuldeputation, zum Teil der Gewerbe-Deputation unterstanden, zu einheitlicher Verwaltung zusammengefaßt wurden. So erculich es ist, daß die obligatorische Fortbildungsschule ins Leben gerufen worden ist, so sehr ist es zu bedauern, daß wir nicht alle Forderungen, die zu ihrem segensreichen Gedeihen nötig wären, durchsetzen konnten. Um nur die wichtigsten zu erwähnen: Der Schulzwang endet mit dem vollendeten 17. Lebensjahr, während wir das 18. forderten; die Schule beschränkt sich auf das männliche Geschlecht — die von uns geforderte Ausdehnung auf das weibliche ist erst für spätere Zeit in Aussicht gestellt worden. Wir verlangten Unentgeltlichkeit der Lernmittel, deren Beschaffung laut Ortsstatut den Lehrern resp. Arbeitgebern obliegt; für die Mehrheit war der Kostenpunkt ausschlaggebend; der „ethische“ Grund, man solle bei den Eltern nicht das Verantwortlichkeitsgefühl erlösen, der bei der gleichen Frage für die Volksschule herhalten muß und mit dem auch im März 1904 zur Ablehnung unseres immer wieder gestellten Antrages operiert wurde, konnte hier nicht angeführt werden; die Belastung, die gerade von den anständigen kleineren Arbeitgebern empfunden werden wird, machte den Mittelstandsfreunden kein Kopfzerbrechen, während gerade die Sozialdemokratie jede Belastung des kleinen Mittelstandes, soweit sie nicht im Interesse der Allgemeinheit geboten ist, zu vermeiden sucht. Vergebens verlangten wir die Festlegung der Unterrichtszeit in die Stunden vor 7 Uhr abends im Ortsstatut. Diese Forderung stellt selbst der Minister für alle Schulen, die eine staatliche Unterstützung erhalten. Auch in die Ausführungsbestimmungen wurde nur aufgenommen, daß der Unterricht zunächst um 7 Uhr schließen, nur ausnahmsweise bis 8 Uhr dauern soll. Die Folge ist, daß in allen Schulen in einzelnen Gewerben bis 8 Uhr abends unterrichtet wird, doch z. B. die baugewerblichen Arbeiter sämtlich bis um 8 Uhr unterrichtet haben, obgleich in der Versammlung gerade für das Baugewerbe allgemein ein früherer Schulbesuch gewünscht wurde und es gerade den Beratungen unserer Vertreter im Ausschuss zu danken ist, daß in Rücksicht auf den Einfluß der Saison die Zahl der Unterrichtsstunden im Sommer auf vier beschränkt werden kann, wofür dann im Winter deren acht zu erteilen sind.

Trotz dieser Mängel ist doch die Grundlage geschaffen, auf der um so tüchtiger weiter gebaut werden kann, wenn die arbeitende Bevölkerung auch bei den bevorstehenden Wahlen zum Ausdruck bringt, daß sie treu zu der Partei steht, der der Fortschritt auf dem Gebiete des gesamten Schulwesens am meisten am Herzen liegt — der Sozialdemokratie.

Briefkasten der Redaktion.

Konstitution. Eine ostroberische Verfassung, also eine von Kaisertracht gegen Reich und Willen des Volkes aufgezwungene Konstitution hat Preußen. — G. D. Partei bedeutet Gleichberechtigung. — 2. 100. Bis 1875 hielten die Sozialdemokraten zusammen; 1876 Einigungsgesetz der deutschen Sozialdemokraten zu Gotha. — 10. 20. 1. Juristischer Teil. 2. Durch die Stimmungsdeputation hier. Poststr. 16. — 2. 23. W. Durch Herrn K. Schwabe hier, Roppenstr. 24, oder durch das Restaurant „Ost“, Schöneberg, Ecke der Martin Luther- und Weiningerstraße. — Briefmarken. Senden Sie sich an ein reelles Geschäft. Verzeihen Sie mit besten Wünschen und unbekannt. — R. M. 24. 1.—4.: Erläutern Sie um Rat das Sekretariat der Gewerkschaftskommission hier, Engel-Ufer 15, parterre. — B. B. 10. Ja. — 100 P. Nein. — R. 1001. Zürich 1881.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet: abends 7 Uhr. P. P. 1 Die Scheibe müssen Sie in vollem Werte ersetzen, selbst wenn sie zerbrochen ist. 2 Der Ihre Schwester betreffende Fall bedarf der Klärung. Ist sie Dienstbote, so gehört sie einer Klasse nicht an, es sei denn, sie hat sich selbst verheiratet. Dann ist eine Anrechnung der Krankengeldes unzulässig. Nach zutreffender Ansicht kann aber Ihre Schwester, da sie nicht im Haushalt von Personen, sondern für eine Verwaltung, selbst u. dergl. tätig ist, nicht als Gesinde angesehen werden. Vielmehr ist sie Arbeiterin in der gewerblich oder in öffentlichen Interesse betriebenen Arbeit; auf ihr Rechtsverhältnis trifft dann nicht die Gewerbe-Verordnung, sondern das B. G. B. zu. Ihr ist nach § 616 B. G. B. der volle Lohn zu zahlen. Sie unterliegt aber nicht dem Hauszwang. Unterliegt sie diesem, so müßte sie sich die Krankengelder verdienen lassen. Entgeltend sind für Ihre Frage die Statuten der Klasse. Wie lauten diese? — R. D. 39. Die Erlaubnis zum Betrieb einer Landwirtschaft kann dem verlag werden, gegen den Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, er werde das Gewerbe zur Förderung der Bodenerd, des verbotenen Spiels, der Heilerlei oder der Unfruchtbarkeit missbrauchen. Eine Verletzung wegen Heilerlei kann als solche Anlaß geben. Auch die Heirat mit einem so Verbotenen kann als hinreichender Grund erachtet werden. Es ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Abhängend ist weniger die Höhe der Strafe als die Eigenartigkeit des Falles. Bei der Frau ist mäßigend, ob auch sie in irgend einer Beziehung zu dem Straffall steht oder anzuweilen ist, daß sie ein mehr oder weniger willkürliches Werkzeug des

Manes sein werde. — R. D. 37. 1. u. 8. Nr. 2. Nein. — B. C. Ist eine Erblichkeitsforderung gepfändet, so kann der Erbe über das Erbe in Höhe der erfolgten Pfändung nicht verfügen. Andererseits steht dem Pfändenden Gläubiger nur dasjenige Erbe zu, das dem Erben nach dem bereits erfolgten Auseinanderlegen oder, falls solche noch nicht erfolgt sind, nach dem Gesetz zusteht. Dem Erben steht ein Anspruch auf einem Teil des Nachlasses zu. Zum Nachlass gehören aber auch die Nachlassschulden. Ob in Ihrem Fall die 3000 M. und ein Anspruch auf Erlass des Eingekleideten zum Nachlass gehört, also abzugänglich ist, läßt sich ohne genaue Kenntnis des Sachverhaltes nicht sagen. — B. C. 51. Für die Schulden, welche Ihre Frau für ein von ihr selbständig betriebenes Geschäft gemacht hat, haften Sie nicht, falls Sie nicht etwa in Gütergemeinschaft leben. Sie haften für diejenigen Schulden, die Ihre Frau für den häuslichen Bedarf gemacht hat, also z. B. für Milch- und Wäderschulden, falls die geborgten Waren für den Haushalt entnommen sind. Wollen Sie dies Bürgerrecht Ihrer Frau aufheben oder einengen, so müssen Sie eine Eintragung in das Güterrechtsregister bewirken. Beispiele für solche Eintragungen finden Sie Seite 225 Nr. 20 und 21 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Jahrbuch durch das B. G. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — C. G. K. Ob Sie in den Vertrag eingetreten sind und ob Ihnen eventuell ein Rücktrittsrecht zusteht, ist ohne Einsicht in die Beiträge Ihres Vorgängers mit der Gesellschaft und Ihres eigenen Vertrages nicht zu eraten. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — Arb. Rat, Abt. 7. 1. Ja. 2. Ja; Antrag an die Versicherungsanstalt, Köpenicker Park, gerichtet. Er kann auch an die Polizei gerichtet werden. 3. 50 Pf., event. für jeden nachzuschlagenden Jahresband 10 Pf. 4. und 5. Ja. 6. und 7. Das „Arbeiterrecht“ und der „Führer“ durch das Bürgerliche Gesetzbuch lösen zusammen gebunden 7 M. Das Buch kann einzeln oder auch in einzelnen Lieferungen (32 Seiten 20 Pfennige; das „Arbeiterrecht“ enthält 62, der „Führer“ 140 Seiten) bezogen werden. Das hätten Sie durch Nachfrage in einer Buchhandlung oder Expedition ohne Weiteres erfahren können. — C. K. Charlottenburg. Ein Räumverweigerer mit eigenem Räumverweigerer kann der Räumungsmittel-Industrie-Vereinsgesellschaft (St. Wammesin) oder der Reichs-Vereinsgesellschaft (St. Wammesin) unterstellt sein. Ein Räumverweigerer ohne Räumverweigerer ist unseres Wissens zur Zeit nicht versicherungspflichtig, kann aber wegen der ungewisshafte erheblichen Verpfändungsgefahr von dem Reichsversicherungsamt für versicherungspflichtig erachtet und einer Versicherungsanstalt zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an, ob das betreffende Geschäft ohne Räumverweigerer ist und welcher unterstellt ist und beantragen, daß eine Berufsvereinsgesellschaft für Versicherungspflichtig erklärt und einer Berufsvereinsgesellschaft zugewiesen werden. In Ihrem Fall empfiehlt es sich, an das Reichsversicherungsamt (Königin-Augustastr. 27) schriftlich eine Eingabe zu richten. In dieser sollten Sie zunächst den Sie betreffenden Räumverweigerer nennen und seine Person, fragen dann an,

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Möbelpolierer.

Montag, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen G. Rauter: „Unsere Wege zum Ziele“. 2. Diskussion: 3. Wie stellen sich die Kollegen zu dem Beschluß der Ortsverwaltung: Organisierte Kollegen dürfen Vorarbeiterstellungen nur im Lohn bekleiden und keine Prozente nehmen.

Die Kollegen werden aufmerksam gemacht, daß die Arbeitsausgabe im Arbeitsnachweis, Gormannstraße, für Polierer vormittags von 8-10 Uhr stattfindet.

Drechsler.

Montag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Dieleenthal, Adersstraße 123:

Versammlung der Drechsler.

Tages-Ordnung:

1. Welche Vorteile bieten uns Tarifverträge? Referent: Kollege Patloch. 2. Diskussion 3. Jahresbericht der Kommission. 4. Neuwahl der Kommission. 5. Verbands- und Branchenangelegenheiten. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß alle Kollegen amwesend sind.

Die Kommission.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche (Gruppe der Zementlerer). 159/2

Sonntag, den 22. Oktober 1905, vormittags 10 Uhr, im Lokale Brunnenstraße 188:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

Bertrag des Kollegen K. Gohlke. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Gruppenverband.

Verband des technischen Bühnen-Personals

Sitz Berlin.

Sonntag, den 21. Oktober, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vorstandsbericht. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 190/11
Zahlreichen und pünktliches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 18, Zimmer 1-3. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Montag, den 23. Oktober 1905, abends 7 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

für Königs-Wusterhausen und Umgegend im Lokale von Gustav Lange, „Ziegelstranz“, in Königs-Wusterhausen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 153/5
Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Nach §§ 44 und 45 des Kassenstatuts besteht die General-Versammlung aus Vertretern der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber. Die Kassenmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte in einem Wahlgange zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.

Für 1905/1906 sind zu wählen: von den Kassenmitgliedern 450 Vertreter von den Arbeitgebern 231

Die Wahl der Vertreter der Kassenmitglieder findet am Sonntag, 29. Oktober, vorm. präz. 10 1/2-11 1/2 Uhr, im

großen Saale des Etablissements Buggenhagen (Moritzplatz) statt. (Um 11 1/2 Uhr wird der Wahlakt geschlossen.)

Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung hierdurch ergebenst ein.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Zur Legitimation dient das Quittungsbuch, und werden die Herren Druckerei-Kassierer gebeten, dasselbe quittiert den oben aufgeführten Mitgliedern behufs Teilnahme an der Wahl auszuhandigen.

Ohne Quittungsbuch ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.

Die Arbeitgeber wählen ebenfalls in ungeteilter Wahlversammlung am

Mittwoch, 25. Oktober er., abends 8 Uhr, im

Buchgewerbe-Saal, Friedrichstraße 231,

und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.

Berlin, den 2. Oktober 1905. 275/13

Der Vorstand der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Johannes Bienz, Vorsitzender. Otto Weitzel, Schriftführer.

Das Kassenlokal befindet sich jetzt Alexandrinenstraße 44, Hof rechts part. und ist geöffnet wochentags von 1-3 Uhr.

Zigaretten-Produktiv-Genossenschaft Dresden (E. G. m. b. H.).

Wir empfehlen der Arbeiterkassen Deutschlands folgende Marken: (siehe als Spezialität:)

No. II 2 Pf. Liberté
No. III 3 Pf. Egalité } 3 Pf. Fraternalité

Qualität hochfein und garantieren wir einerseits für reine Handarbeit, sowie andererseits, daß unsere Fabrikate aus rein türkischen Tabaken hergestellt werden. — Generalvertreter für Berlin u. Umgegend ist Herr U. Stangenberg, Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 20a. 47302*

Richard Augustin

Oranienstr. 103, Hof part. Säk. — Vereinszimmer. Mittagslokal (wie früher). Amt 4, 5652. Sonntag: Familienbeisammeln.

Achtung! Genossinnen! Genossen!

Dienstag, d. 24. d. M., abds. 8 1/2 Uhr, in d. Brauerei Friedrichshain:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Stadtverordneten Genossen Paul Singer über: Die Proletarierin und die Stadtverordneten-Mehrheit. 2. Diskussion. 1/11*

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. Die Vertrauensperson.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse d. deutschen Drechsler u. Berufsgen.

(E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen

finden statt: Bezirk A: am Sonntag, 22. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Saal II. Bezirk B: am Sonntag, 22. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr, Restaurant „Zur Gitter“, Falkenstr. 30/31. Bezirk C: am Sonntag, 22. Oktober, vorm. 10 Uhr, Restaurant „Schulz“, Alte Jakobstr. 18/19.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht pro 3. Quartal 1905. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. 2733b

Die Zahlstellen, in denen an jedem Sonnabendabend von 8-10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, befinden sich Raunauerstr. 78 bei Krüger; Al. Andreasstr. 15 (im Restaurant); Reichenbergerstr. 29 bei Schmidt; Stallstr. 69 bei Gramann; Jossenerstr. 45 bei Schäfer und Alte Jakobstr. nahe 18/19 bei Schulz.

Die Ortsverwaltungen.

Achtung!

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.

Wohlvertraut. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbarste Woll- u. Leinwand. Große Rücken umföhl. Die Hosen

bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. 4 Mk. 50

Manchester-Dofe Marke Gambrinus, Zwirnleiste . . . 5 Mk. 50

Gefütterte. Manheit-Jadett 14,50, 8,75

Schilblane Monteur-Jadett 1 Mk. 90

Schilblane Monteur-Dofe . . . 1 Mk. 50

Schilblane Monteur-Jadett, prima Koper-Gewebe . . . 2 Mk. 50

Schilblane Monteur-Dofe, prima Koper-Gewebe . . . 2 Mk. 10

Weißer Julein-Jadett 3,50, 2 Mk. 75

Kombitor-Jaden, Zwellig . . . 4 Mk. 50

Raler-Mittel . . . 2,50, 2 Mk. 25

Rehmanier-Mittel (braun) 3, —, 2 Mk. 40

Weißer Leder-Jadett, Zwellig 7,50, 3 Mk. 75

Weißer Lederhosen . . . 4,50, 2 Mk. 90

Reifeleimiger-Anzüge, blau, nach Wunsch . . . 5 Mk. 50

Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

En gros. Export. En détail. Chaussestr. 21a/23, Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.

Das 25. Haupt-Preisbuch 1905 wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Gürtellänge, bei Jacketts und Mitteln die Brustweite anzugeben. 45482*

— Versand von 20 Mk. an franko. —

Abdruck verboten!

Abdruck.

147 B. 67/04.

Im Namen des Königs!

An der Reivallungsache des Geschäftsführers Hans Gelbert zu Grotten a. D., geboren am 29. Dezember 1865 zu Werleburg, evangelisch, Privatflüchters und Widerungskläger, gegen den Angeklagten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Adolf Cohen hier, geboren am 18. Mai 1870 zu Delmenhorst in Oldenburg, katholisch, 1904 wegen Verleumdung mit 30 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Angeschlagener und Widerkläger wegen öffentlicher Verleumdung, hat das königliche Schöffengericht I Abt. 147 in Berlin in der Sitzung vom 11. April 1905, an welcher teilgenommen haben: Gerichtsdirektor Hell als Vorsitzender, Vogler, Sommer als Schöffen, Arthur Jetchmann als Gerichtsschreiber für Recht erklärt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Verleumdung des Klägers zu einer Geldstrafe von 150 Mk. — Einhundertfünfzig Mark — im Nichtbeitragsbühle 15 — fünfzehn Tagen Gefängnis — kostenpflichtig verurteilt.

Der Kläger wird freigesprochen.

Dem Verleumdigen, Geschäftsführer Hans Gelbert zu Grotten a. D. wird die Befugnis zugesprochen, die Beurteilung des Angeklagten binnen vier Wochen nach Rechtskraft des Urteils durch einmalige Einrückung in das „Großener Wochenblatt“ und in den „Vorwärts“ auf Kosten des Angeklagten bekanntzumachen, gez.: Hell.

Ausgefertigt Berlin, den 20. April 1905. (L. S.) gez.: Unterschrift.

Geschichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts I, Abteilung 147.

Zigarren!

Billigste Bezugsquelle für Händler: ab Mk. 18.—/100

Bell & Co.

Rosenstraße 18, I.

Beste Gelegenheit zur Einrichtung von Zigarren-Geschäften.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe
Berlin SO., Oranienstr. 166.

Berlin W. □ □ □ □ □ Potsdam
Potsdamerstr. 113a □ □ □ □ □ Kauererstr. 23

Fertige Herren- und Knaben-Garderobe

von prächtvoller Qualität, ausgezeichnetester Haltbarkeit, bester Verarbeitung, vornehmer Ausstattung und

tadellosem Sitz zu billigen, aber streng festen Preisen.

Illustr. Katalog versende franko und kostenlos.

Die Abteilung für Maßenfertigung ist mit allen Neuheiten der Herbst- und Winter-Saison ausgestattet und geschieht die Anfertigung in vollendet schöner Ausführung unter Garantie für guten Sitz zu billigsten Preisen.

Verkauf nur gegen Barzahlung.



ALLES TRINKT SANTA LUCIA

KRAFT-ROTHWEIN



Nur neueste Moden.

Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, Zylinderhüte u. Chap. claque moderne Form, kostet M. 1.90. in großer Auswahl.

Spezial-Hut-Engros-Lager, nur neueste Moden. Abteilung für den Einzelverkauf

Neue König-Strasse 48, 1 Treppe, drittes Haus vom Alexanderplatz.

Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.

Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter M. 1.50, mit Atlasfutter M. 2.—, hochfeine Qualität M. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.

Soontags geöffnet. 45782*

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.

Sonntag, den 29. Oktober, vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlungen.

Tages-Ordnung: Wahl der Vertreter zu den General-Versammlungen.

Diejenigen Mitglieder, welche im Bezirke des Kassierers Post (zurzeit als Vertreter Witten) beschäftigt sind, wählen im „Gewerkschaftshause“, Engel-Ufer 15, 84 Delegierte.

Diejenigen im Bezirke des Kassierers Schulze bei Boeker, Weberstr. 17, 67 Delegierte.

Freiwillige Mitglieder, welche ihre Beiträge auf der Kasse bezahlen, wählen in dem Bezirke, in welchem sie wohnen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlungen pünktlich eröffnet werden.

Montag, den 30. Oktober, abends 8 Uhr: Arbeitgeber-Versammlung in den „Marianne-Festalen“, Mariannen-Ufer 2.

Tages-Ordnung: Wahl von 65 Vertretern zu den General-Versammlungen. 27355 Der Vorstand.

Damen-Konfektion direkt aus der Fabrik.

Kein Laden. Nach beendeter Engros-Saison auch Einzel-Verkauf enorm billig

Ulsters Havelocks Capes Jacketts Paletots Kostüm-Röcke Mädchen-Paletots Pelz-Stolas

Robert Baumgarten
Hannvogel-Platz 11, 2. Etage (an der Jerusalemstraße).

Bei Vorzeigung d. Inserates an der Kasse werden 5 Proz. Rabatt vorgütet.

Auch Sonntags geöffnet.



Stiefe schwarze Hüte mit Futter von Mk. 1,75 an
Weiche Herrenhüte mit Futter von Mk. 1,50 an.
Alles bis zu den feinsten Haarfilzqualitäten in sehr grosser Auswahl. Ledenhüte, Jagdhüte, Cylinder, Chap. claque etc.

Herrn-, Kinder-Mützen und Damen-Mützen. Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl v. den billigsten bis z. d. feinsten Sorten

Oscar Arnold
Größtes Special-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren Export kein Laden

nur Dresdenerstr. 116 Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen.



Gold-waren-Industrie Belmonte & Co. Juweliere und Goldschmiede

Fabrikation mit elektrischem Kraftbetrieb. — Gold- und Silber-Walz- und Prägewerk. — Ateliers für Juwelenschmuck und Kunstarbeiten. — Export nach allen Ländern.

Eröffnung des zweiten Geschäfts **Leipzigerstrasse 35, heute nachmittag 5 Uhr.**
Ecke Charlottenstrasse.

Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet. — Unsere Verkaufsräume und unsere Gold- und Silberwaren-Fabrik Königstrasse 46 werden unverändert belassen.

Jeder Leser!!! des „Vorwärts“, welcher Wert darauf legt zum Winter einen eleganten
Anzug, Paletot, Joppe

fertig und nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei

LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

Spezialgeschäft eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß.

Unsere Grundsätze: 4787L*

Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.
Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer.

Original-Inserat
Nachdruck
verboten.

PROBLEM
Cigaretten
übertreffen Importen

Beste deutsche Fabrikate
Überall zu haben.

Nathan Wand

129 Staligerstr. 129.
Die schönsten 4788*
Herrn-Winter-Paletots
und Anzüge in neu sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavalleren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bandanzüge sind in großer Auswahl stets zu stimmungsbilligen Preisen zu haben.

Nathan Wand

129 Staligerstr. 129.
Hochbahnhofsstation Kottbuser Tor.
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Köpenick.

Echten alten Kottbuser Korn zu haben bei **Aug. Tauchert**, Gastwirt, Müngelbeimerstr. 4. 4622*

Herr Dr. Vode sprach in seinem Vortrage in der Versuch- und Lehrbrauerei die alkoholfreien Getränke und behauptete, daß man bei den sogenannten alkoholfreien Getränken nicht sicher vor gesundheitlichem Schaden sei, weil Cholera und Typhus fast ausschließlich durch Wasser und Milch verbreitet werde, daher seien Limonaden und alle Getränke, die ungekochtes Wasser enthalten, verdächtig. Bedenklich seien Säfte durch Auslaugen von Dörrobst und Fruchtabfällen. Getrocknete Apfelreste, namentlich von Schalen, dienen zur Bereitung von Fruchtast. Es gäbe Fruchtast, Limonaden aus Fruchtäther und parfümiertem Zuckersyrup. Diese schönen Dinge, mit gewöhnlichem Wasser versetzt, mit Kohlensäure imprägniert, geben ein Bild von der hygienischen Bedeutung solcher alkoholfreier Getränke, abgesehen davon, daß sie weitaus zu teuer seien.

Diesen Ausführungen des Herrn Dr. Vode sieht sich die unterzeichnete Firma veranlaßt entgegenzutreten, weil hier die Gefahr der Verallgemeinerung vorliegt. Es soll dahingestellt bleiben, wieweit diese Behauptungen über die Qualität alkoholfreier Getränke übertrieben sind, jedenfalls konstatieren wir, daß die absprechenden Urteile auf unsere Fabrikate nicht im geringsten zutreffen.

Unsere Brauselimonaden: Himbeer, Zitronen, Erdbeer, Waldmeister etc. bestehen aus frischen, destillierten Früchten resp. Kräutern und enthalten sämtlich destilliertes, filtriertes, kohlensaures Wasser.

Unsere anderen alkoholfreien Getränke: „Fruchtquell“, „Anti“, „Schäumende Liebe“ werden ebenfalls nur aus dem Saft frischer Früchte gewonnen und gleichfalls mit destilliertem und filtriertem Wasser hergestellt.

Weder Dörrobst, noch Apfelreste, noch Schalen, noch Fruchtäther, noch gewöhnliches Wasser sind die Stoffe unserer Fabrikation. Unsere Kunden wollen sich daher bei den von uns bezogenen Genussmitteln nicht irre machen lassen. Auch der allgemeine Vorwurf der Ubertreibung trifft, soweit unsere Preise dabei in Frage kommen, nicht zu, denn wir liefern Brauselimonaden a 10 Pf. die 1/2 Literflasche, alkoholfreie Getränke a 10 und 15 Pf. in den angegebenen einwandfreien Qualitäten in unseren 400 Niederlagen.

Hermann Meyer & Co.,
Berlin N., Wattstr. 11-12.

Eine Mark
wöchentl. Teilzahlung
liefern elegante fertige
Herrn-Moden.
Ersatz für Maß.
Maß-Anfertigung
feinste Verarbeitung
Garantie tadelloser Sitz.
J. Kurzberg,
An der Jannowitz-Brücke 1, 1.
Direkt am Bahnhof.
Kein Waren-Kredithaus.



Andreas-Festsäle, Inhaber: Fritz Walter.
Andreasstraße 21.
Allen Vereinen, Gewerkschaften und Klubs die ergebene Mitteilung, daß ich selbige Säle am 1. Oktober übernommen habe, stelle sie mir für die Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen unter günstigen Bedingungen zur Verfügung. Um regen Zuspruch bitte **Fritz Walter.**

W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen. 38142*



Einziges Geschäft Deutschlands dieser Art.
Amerikanische Verkaufshallen
Mitglied des Rabatt-Sparvereins „Norden“
und anderer Rabattmarken-Vereine.
für



Herrn-, Knaben-Garderoben u. Arbeiter-Berufskleidung.
Hauptgeschäft: Rosenthalerstraße 58, Ecke Weinmeisterstr.
Filiale I.: Frankfurter Allee 186, Ecke Weichselstr. nahe Ringbahnhof.

Unerreicht ist unser Seriensystem
unerreicht ist unsere Auswahl
unerreicht ist unser Sitz
unerreicht ist unsere Ausführung
unerreicht ist unsere Reellität
unerreicht sind unsere Preise.

Als Beispiel führen wir an:

Serie 310	Herrn-Winter-Paletot auf Plaidfutter, glatt und gemusterte Stoffe.	M. 16,—	Serie 900	Herrn-Winter-Joppe auf gutem Plaidfutter.	M. 5,90
Serie 313	Herrn-Winter-Paletot auf Plaidfutter mit englischen Karos.	19,50	Serie 941	Jünglings-Winter-Joppe auf gutem Plaidfutter.	5,—
Serie 319	Herrn-Winter-Paletot auf Plaidfutter, neueste Muster.	28,50	Serie 940	Knaben-Winter-Joppe auf gutem Plaidfutter.	4,25
Serie 957	Jünglings-Winter-Paletot auf Plaidfutter in viel. neuesten Dessins.	18,—	Serie 243	Herrn-Winter-Anzug, neueste Dessins.	10,50
			Serie 909	Herrn-Winter-Anzug in vornehmsten Karos.	25,50

Riesenlager Arbeiter- u. Berufskleidung, Knaben-Anzüge, Paletots u. Joppen.

Irren Sie sich nicht, achten Sie auf Hausnummern.

Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN.
Empfehlen unser helles u. dunkles **Tafelbier:**
Gambrinusbräu (Münchener)
Nepomukbräu (Pilsener)
Böhmisches Brauhaus NO.
Fab - Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088.
Flaschen- „ Frieden-Straße 93. T. VII. 1670.
Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 4510L*



Wo tanzen wir Sonntag? 4682L*
Linden-Garten, Nieder-Schönhausen, 43, Lindenstrasse 43.

Ausverkauf
wegen Umbau und Vergrößerung meiner Geschäftsräume.
Hüte - Schirme - Mützen - Pelzwaren
zu bedeutend herabgesetzten Preisen. 43702*
Carl Renz, 3 Oranienstraße 3.



Unsere Preise sind streng fest und auf jedem Einzelteil mit deutlichen Zahlen gedruckt.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1933.

Nr. 247. Sonnabend, den 21. Oktober 1905.

Inserate sechsgeplante Kolonelle 20 Pfg.
Bei größeren Auflagen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Morgen, Sonntag, Flugblattverbreitung. Treffpunkt früh 8 Uhr: 1. und 2. Bezirk bei Krüger, Vorbergstraße 8; 4. und 5. Bezirk bei Döbft, Reiningerstr. 8; 6. und 8b. Bezirk bei Horkemann, Kaiser Friedrichstr. 8; 7. und 8a. Bezirk bei Reimer, Hohenfriedbergstr. 28; 9. und 10. Bezirk bei Mahrow, Menzelstr. 4. Eine zahlreiche Beteiligung der Mitglieder ist dringend erforderlich.

Treptow-Baumgartenweg. Am Dienstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Speers Festsaal“, Baumgartenstr. 78, eine Volksversammlung statt, zu welcher Reichstags-Abgeordneter Kollenuß das Referat übernommen hat. Die Parteigenossen werden ersucht, für einen zahlreichen Besuch derselben Sorge zu tragen. Handzettelverteilung: Sonntag früh 8 1/2 Uhr von den Bezirkskollektoren aus. Pünktliches Erscheinen der Genossen ist Pflicht.

Mahlsdorf. Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokale von Berner, Hönowerstr. 6, eine Volksversammlung statt. Genosse Rufe-Berlin wird über die hohen Fleischpreise und die Arbeiterreferenzen. Sonntag vormittag findet für Mahlsdorf und Dahnwitz eine Flugblattverbreitung statt.

Der Wahlverein für Tempelhof hält am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, bei Rosal (Wilhelmsgarten), Berlinerstr. 9, eine gemütliches Beisammensein mit Tanz ab. Hierzu werden die Parteigenossen mit ihren Familien besonders eingeladen und ihr Erscheinen bestimmt erwartet. Freunde und Gäste haben Zutritt und sind herzlich willkommen. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Mit dem famosen Tunnelprojekt und der 90jährigen Konzessionsverlängerung der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigte sich die letzte Sitzung der Verkehrsdeputation. Die Gesellschaft hat bekanntlich auch den Vororten die Denkschrift und die Skizzen ihrer Zukunftspläne zugesandt und dabei gleich beantragt, ihr für die Vororte ebenfalls die Konzession auf 90 Jahre zu gewähren. Um dabei auch ihre Güte zu zeigen, offeriert sie der Stadt Rixdorf einige Verbesserungen des Verkehrs für 90 Jahre und erbittet sich zu gleicher Zeit die Wünsche der Stadt in dieser Hinsicht. Die Absicht scheint die zu sein, die Vororte durch kleine Geleisen für sich günstig zu stimmen und dann zusammen mit den Vororten gegen Berlin loszugehen.

Hier in Rixdorf dürfte sie allerdings keine Gegenliebe finden. Die Erbitterung gegen die Gesellschaft, die nur ihrem Geldsachinteresse und nicht im geringsten den Verkehrsinteressen Rixdorfs dient, ist so groß, daß niemand auch nur daran denkt, der Straßenbahn irgendwie entgegen zu kommen. So wurde in der Kommission einstimmig beschlossen, den Antrag der Gesellschaft, ihr auf 90 Jahre die Konzession zu erteilen, abzulehnen. Man gab dem Vertreter der Stadt den Auftrag, auf der demnächst stattfindenden Konferenz von Berlin und den Vororten diesen Standpunkt zu vertreten und zu gleicher Zeit auf ein gemeinsames Zusammenarbeiten Berlins und der Vororte in der Straßenbahnfrage hinzuwirken.

Interessant ist es, zu erfahren, was die Straßenbahngesellschaft der Stadt Rixdorf dafür als Gegenleistung bietet, daß der Verkehr auf 90 Jahre ihr weiter ausgeliefert wird. Da soll die Linie 92, die von Knefeldestraße nach dem Dönhofsplatz fährt, über den Hansvogelplatz durch den Lindentunnel bis zur Vossstraße geführt werden. Eine Linie soll über dem Brandenburger Tor bis Bahnhof Postfischstraße gehen, und um endlich den Verkehr mit dem Westen zu ermöglichen, soll eine Linie durch die Kaiser Friedrichstraße über Dramenplatz, Kochstraße, Leipzigerstraße bis nach Wilmersdorf geleitet werden.

Mit dieser letzten Linie verbindet die Gesellschaft noch ganz besondere Absichten. Als in diesem Sommer die Berlinerstraße asphaltiert wurde, bestand die Absicht, den Verkehr von der Berlinerstraße zeitweise abzulenken und durch die Kaiser Friedrichstraße zu leiten. Zu diesem Zweck war es notwendig, eine Kurve vom Kottbuserdamm nach der Kaiser Friedrichstraße einzurichten. Zur Anlage dieser Kurve erklärte sich die Große Berliner Straßenbahn nur unter der Bedingung bereit, daß diese Kurve dauernd liegen und in ihrem Besitz bleiben müsse. Warum? Einfach aus folgendem Grunde. Durch die Kaiser Friedrichstraße führen die Gleise der südlichen Vorortbahn, die der Gesellschaft leider seinerzeit ohne jede Abgabe an die Stadt überlassen wurden, bis sie Ueberhöfische erzielte. Nun erzielt diese Bahn dank den Finanzlüssen der „Großen Berliner“ überhaupt nie Ueberhöfische, sodas Rixdorf leer ausgeht. Aber nicht genug damit, daß die Stadt kostenlos ihre Straßen hergibt, hat die Große erklärt, sie halte sich befugt, auch mit den Wagen der Großen Berliner Straßenbahn diese Strecke kostenlos zu befahren; und zu diesem netten Geschäft fehlt ihr nur noch die Kurve am Kottbusier Damm; dieses Geschenk möchte sie noch als Zugabe zu ihrem 90 Jahrenplan hinzu haben. Man hat wirklich den Eindruck, als ob es auf eine direkte Verhöhung der Stadt abgesehen ist, denn diejenigen versprochenen Verkehrsverbesserungen sind so geringwertiger Natur, daß sie nicht mal für 5 Jahre ausreichen, geschweige denn für 90 Jahre. So ist es denn nicht verwunderlich, daß hier jetzt die Vertreter der verschiedensten Parteirichtungen sich einig sind in der Frage, daß es im allgemeinen Interesse liegt, das Verkehrsweesen aus den Händen der Aktionäre zu nehmen und dasselbe einem kommunalen Verband von Berlin und den Vororten zu übertragen. So trägt das Vorgehen des Kapitalismus selbst am meisten dazu bei, auch die widerstrebensten Elemente davon zu überzeugen, daß nur in den Händen der Kommune das Verkehrsinteresse gewahrt werden kann.

Bei den Delegiertenwahlen zur Generalversammlung der Allgemeinen Ortsrentenkasse für Rixdorf, die am Sonntag u. n. Donnerstag stattfanden, siegte — sowohl bei den Arbeitnehmern wie bei den Arbeitgebern — die Liste des Gewerkschaftsartikels. Trotdem ist zu beklagen, daß die Wahlbeteiligung eine geradezu unerhörte schwache war. Es scheint auch hier, wie leider so häufig an anderen Stellen, erst eines gründlichen Durchfalls zu bedürfen, um die Schwingen aufzurütteln und an ihre Pflicht zu mahnen. Und daß sehr leicht ein derartiger Fall eintreten kann, dürfte wohl gegenüber der Tatsache, daß von annähernd 14 000 Rassenmitgliedern wohlgezählte 204 ihr Wahlrecht ausübten, unbestritten bleiben. Gewiß sind von der ersteren Zahl die noch nicht Großenjährigen in Abzug zu bringen; immerhin muß die Wahlbeteiligungsziffer als in gar keinem Verhältnis zur Mitgliederzahl stehend bezeichnet werden. Bei der Wahl der Arbeitgeber wurde von einer

kleinen Gruppe offenbar eine Ueberrumpelung geplant; denn ganz im Stillen und unter der Hand hatte man eine besondere Liste aufgestellt und verbreitet. Diese blieb jedoch mit 20 gegen 42 Stimmen, die sich auf die Liste des Gewerkschaftsartikels vereinigten, in der Minderheit.

Befinnungslos und halb verhungert wurde in der Nacht zum Freitag vor der Kirche in der Bergstraße ein Mann auf der Straße liegend aufgefunden und nach dem Rixdorfer Krankenhaus gebracht. Aus einem Militärpapier, das man als einzigen Gegenstand in den Taschen des Verstorbenen vorkam, ergab sich, daß er der Arbeiter Franz Wulf aus der Schulstraße 38 in Berlin war. Augenscheinlich war er vor Erschöpfung zusammengebrochen.

Aus Furcht vor ihrer bevorstehenden Entbindung in den Tod gegangen ist die Ehefrau des Wändersstr. 64 wohnhaften Ober-Postassistenten W. Als A. Donnerstagsabend aus dem Dienst nach Hause kam, fand er seine Frau tot auf dem Fußboden liegen. Ein herbeigeholter Arzt konstatierte Vergiftung mit Zincol. Frau W. hatte bereits eine sehr schwere Entbindung hinter sich und befürchtete, daß ihr die gleichen Leiden auch diesmal bevorstünden. Um diesen zu entgehen, griff die Bedauernswerte zum Gift.

Während einer Eisenbahnfahrt seiner Barthschaft beraubt worden ist der Schriftleger Julius D. aus der Pichenerstr. 75. Als D. vorgestern abend vom Bahnhof Friedrichstraße nach Rixdorf fuhr, schlief er ein. Auf Bahnhofs Permannstraße weckte ihn ein anderer Fahrgast, kaum hatte D. aber den Zug verlassen, so bemerkte er, daß seine Weinkleidtasche aufgeschritten und sein Portemonnaie mit circa 30 M. Inhalt gestohlen war.

Charlottenburg.

Die kostenlose Stellungsvermittlung für weibliches Dienst-, Erziehungs- und Wirtschaftspersonal, welche die Stadt Charlottenburg kürzlich am Wittenbergplatz 4 (Ecke Bayreutherstraße) eingerichtet hat, scheint einem großen Bedürfnis zu entsprechen und die Einrichtung von Besprechungszimmern findet großen Anklang. Gleich vom ersten Tage an war der Besuch ein derartig lebhafter, daß Kammern ausgegeben werden mußten, um die zahlreichen Stellungsgesucher der Reihe nach zu befriedigen. Auch eine über Erwartung große Zahl von Stellungsuchenden aller Art hat sich eingefunden und es ist gelungen, die meisten ihren Wünschen entsprechend zu verfordern. — Die Geschäftsstelle, welche sich in sehr günstiger Lage an einem der Hauptverkehrswege von Berlin W befindet (dessen größter Teil zum Gemeindebezirk Charlottenburg gehört) ist werktätlich von 9—12 und 3—7 geöffnet und mit Fernsprechanschluß unter Nr. 3598 Amt Charlottenburg versehen.

Weißensee.

Die Kulturaufgaben werden nicht. Die außerordentliche Staatsbeihilfe zu den Schulstellen der hiesigen Gemeinde betrug im Jahre 1903 noch 12 000 M. Im Jahre 1904 wurde diese auf 11 000 M. herabgesetzt, im Jahre 1905 betrug sie nur 9 000 M., trotzdem die Schulstellen für die Volksschule von 1904 auf 1904 um 26 105 M. gestiegen sind und die Finanzverhältnisse des Ortes sich keineswegs gebessert haben. Nachdem nun durch höchsten Gerichtsentscheid die Stadt Berlin zurückerstattet wurde, zu den Volksschulunterhaltungskosten einen Teil mit beizutragen, macht die Regierung sich auch das zuzumute und schließlich wiederum die Staatsbeihilfe. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde ein Schreiben verlesen, wonach die Regierung unter ausdrücklichen Hinweis auf den Zustand der Stadt Berlin jetzt nur noch einen Beitrag von 5 000 M. leisten will. In der nächsten Umgebung der Metropole Deutschlands werden die Mittel für Volksschulen verweigert, für abenteuerliche Kolonialpolitik, Militarismus, Pferdesport und Kirche hat der Kulturstaat Preußen noch immer Gelder flüssig zu machen gewußt.

Die Parteigenossen und Gewerkschaftler werden nochmals ermahnt, sich nur in solchen Vorübergeschäften bedienen zu lassen, in denen sichtbar das rote Plakat mit dem Aufdruck: „Arbeiter, besucht nur Vorübergeschäfte in denen dieses Plakat aushängt. Das Gewerkschaftsartikels“ hängt, denn nur dort sind die Forderungen der Gesellschaft anerkannt. Vergesse keiner, nach der weiß-grünen Kontrollkarte, die laufend abgestempelt sein und am Spiegel stecken muß, zu fragen. Das Plakat muß den Stempel des Artikels tragen.

Der Privat-Generalarbeitsnachweis des Gastwirts Dretowisch, Meyerstr. 25, ist vom Gewerkschaftsartikels gesperrt. Keiner darf demselben benützen, sondern nur von seiner Gewerkschaft Arbeit nehmen. Das Gewerkschaftsartikels.

Alle Anfragen sind zu richten an Max Schröder, verlängerte Cedarstr. 40 III.

Verloren wurden am Sonntag, den 15. Oktober, in einem Straßenbahnwagen der Linie 62 zwanzig Verbandsbücher (Marmorarbeiten). Der ehrliche Finder, für den die Bücher wertlos sind, wird gebeten, diese bei Putze, Glashstraße 61, oder in der Parteipedition, Sedanstraße 106, abzugeben.

Lichtenberg.

Der sozialdemokratische Wahlverein nahm am Dienstag in seiner Versammlung den Bericht vom Parteitag entgegen. Genosse Taubmann-Weißensee als Berichterstatter erklärte sich mit den Beschlüssen des Parteitages, denen auch er im wesentlichen zustimmend habe, einverstanden und sprach die Ueberzeugung aus, daß auch dieser Parteitag die sozialdemokratische Bewegung fördern wird. Der Vorsitzende der Versammlung konstatierte ohne Widerspruch das Einverständnis der Versammlung mit den Delegierten und den Arbeiten des Parteitages.

Den Bericht von der Kreiskonferenz und der Provinzialkonferenz erstattete Genosse C. Liefegang. Nachdem aus der Versammlung bemängelt wurde, daß die Berichte nicht von den Delegierten erstattet wurden — Liefegang hat als Mitglied der Agitationskommission den Verhandlungen beigewohnt und auf Ersuchen des zweiten Vorsitzenden die Berichterstattung übernommen — erklärte sich die Versammlung mit den Beschlüssen beider Körperschaften einverstanden. Der Genosse Seikel brachte unter Vereinsangelegenheiten die Namen von 32 neu aufgenommenen Mitgliedern zur Kenntnis.

Als Abteilungsführer für die 5. Abteilung wurde Genosse Bell, als Bezirksführer für den 8. bezw. 9. Bezirk wurden die Genossen Ender und Venz bestätigt.

Der vom Wahlverein arrangierte Kunstabend am Sonnabend, den 21. Oktober, im Saale von Arnhold wurde besonders in Erinnerung gebracht.

Genosse Seikel brachte einen Artikel aus der hiesigen „Volkszeitung“ Nr. 245 zur Verlesung, in dem wieder einmal die Arbeiter

in ganz infamer Weise beleidigt und demütiert werden. Das Blättchen, das gleich den meisten dieser Vorortskorrespondenzen in einer Berliner Zeitungsfabrik mit zwei Seiten „Text“ versehen wird, bemüht sich seit langem recht redlich, die beiden der eigenen „geistigen Arbeit“ verbleibenden leeren Seiten so auszustatten, daß es sich den Revolverblättchen von Wild-West würdig an die Seite stellen kann.

Obwohl das traurige Preisergebnis in der Öffentlichkeit keinerlei Beachtung findet, rief dennoch diese Infamie eine so ungemene Entrüstung in der Versammlung hervor, daß Genosse Liefegang unter Verfall der Anwesenden darauf hinwies, daß die Arbeiter Lichtenbergs sich nun doch einmal mit diesem Geschreibsel befassen müßten. Zunächst dürften es die Arbeiter und Geschäftsleute am Orte nicht mehr hingehen lassen, daß ein solch systematisches Verunglimpfen des überwiegenden Teiles der Einwohnerschaft durch irgendwelche Unterhändler dieses Blättchens gefördert wird; um so weniger, als die beiden leeren Seiten hier noch in einer Druckerei hergestellt werden, die ihren Arbeitern den im Buchdruckgewerbe anerkannten Tarif verweigert. Der Redner stellte in Aussicht, in der nächsten Versammlung auf das Gebaren dieses Winkelprodukts „mit eigenem Despatchesdienst“ zurückzukommen.

Friedrichsfelde.

Mit Speck fängt man Mäuse. Die Große Berliner sucht in jeder Weise die Vororte sich günstig zu stimmen und sie durch Entgegenkommen zu gewinnen. Selbst die Beschwerden des Vorortes Friedrichsfelde, der bisher von der Straßenbahngesellschaft in rücksichtslosster Weise behandelt wurde, über die Uebelstände im Straßenbahnverkehr sind jetzt größtenteils von der „Großen Berliner“ als berechtigt anerkannt und deren tüchtige Verhütung zugesagt worden. So soll die Linie 70 über die Schloßstraße hinaus in die Berlinerstraße verlängert, das Rangieren der Wagen ohne Störung des sonstigen Verkehrs vorgenommen, für die Sicherheit des Verkehrs auf der Ostbahnbrücke gesorgt werden. An dem 15 Pfennig-Tarif auf der Strecke Friedrichsfelde—Dönhofsplatz, der Friedrichsfelde gegenüber anderen Vororten arg benachteiligt, hält die Straßenbahn jedoch fest.

Nowawes.

Eigenartige Praktiken eines Bauunternehmers, der für die Gemeinde Nowawes Arbeiten ausführte, sind durch die sozialdemokratischen Mitglieder der Gemeindevertretung aufgedeckt worden. Der Sachverhalt ist folgender: Im Frühjahr dieses Jahres begann der Bauunternehmer Schröder-Nowawes mit der Herstellung eines Anbaus an der Mädchenschule in der Auguststraße für Rechnung der Gemeinde; die Materialien zu dem Bau (Steine, Kalk, Zement usw.) lieferte die Gemeinde, welche dieselben von dem Händler Wey in Potsdam bezogen hatte. Anfangs September wurde den sozialdemokratischen Gemeindevertretern von beiderseitiger Seite die Mitteilung gemacht, daß der Unternehmer Schröder verschiedentlich von dem ihm zu dem Schulbau von der Gemeinde gelieferten Material einige Posten zu seinen Privatbauten verwendet habe. Natürlich teilen unsere Genossen das dem Gemeindevorsteher mit, der eingehende Recherchen in dieser Sache anstellte. Es wurde hierbei u. a. festgestellt, daß Schröder am 25. September — also drei Wochen nachdem die Sache zur Kenntnis der Gemeindeverwaltung kam — einen Brief an den Materiallieferanten Wey in Potsdam geschrieben hat, worin er letzterem mitteilt, daß er von dem an die Gemeindeverwaltung gelieferten Baumaterial im Mai und später verschiedene Quantitäten für seine Privatarbeiten verbraucht habe (ohne die Gemeindeverwaltung zu fragen) und nun ersuchte, einen bestimmten Posten von der Rechnung für die Gemeinde abzugeben und auf sein Konto zu schreiben. Nachdem sich bereits die Baukommission mit dieser Angelegenheit in verschiedenen Sitzungen beschäftigt hatte, gelangte die Sache in der letzten öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung zur Erörterung. Einstimmig wurde beschlossen, den Bauunternehmer Schröder für die nächsten Jahre von Vergewungen von Gemeindearbeiten auszuschließen. Bemerkenswert war noch, daß Schröder zu dem Emporkömmlingen im Baugewerbe gehört, die da glauben, ihre Unternehmer-Autorität am besten dadurch zu bewahren, daß sie ihre Arbeiter in möglichst rücksichtsloser Weise behandeln.

Wilmersdorf.

Mit der Weiterführung der Berliner Untergrundbahn bis nach Wilmersdorf-Halensee hat sich in Wilmersdorf der aus sechzehn Mitgliedern bestehende Ausschuss der Gemeindeverwaltung für die Untergrundbahn in seiner letzten Sitzung eingehend beschäftigt. Es wurde sowohl das Projekt der Siemenschen West-Ostlinie, die vom Zoologischen Garten über den Preussendamm führen soll, als auch dasjenige der Nord-Sübdlinie der Stadt Berlin eingehend erörtert. Die letzte Linie soll von der Grohgröbenstraße über die Grunewald- und Gähnelstraße bis zum Fehrbelliner Platz, an dessen Südrand das neue Rathaus errichtet wird, und dann im Zuge der Westfälischenstraße bis nach Halensee geleitet werden; sie würde also den innerhalb der Ringbahn gelegenen Hauptteil von Wilmersdorf in der Richtung von Südost nach Nordwest ziemlich in der Mitte durchschneiden. Obwohl ein endgültiger Beschluß darüber, welches der beiden Projekte zu wählen sei, noch nicht gefaßt wurde, so machte sich doch die allgemeine Meinung mehr für die Nord-Sübdlinie geltend, da man sich für Wilmersdorf von der Siemenschen Linie, für deren Bau die Gemeinde einen Zuschuß von 1/2 Millionen Mark leisten soll, nicht so viele Vorteile wie von der Nord-Sübdlinie verspricht.

Ober-Schöneweide.

Die Errichtung eines gemeinschaftlichen Gewerbe- und Kaufmannsgerichtes hat die Gemeindevertretung von Ober-Schöneweide beschlossen. Es wurde erklärt, daß man bei dem Charakter des Ortes als Industrieort ein Einigungsamt sehr gut brauchen könne und nicht erst warten wolle, bis Ober-Schöneweide 20 000 Einwohner habe und zur Errichtung der beiden Gerichte verpflichtet sei. Bei der Abstimmung herrschte Stimmengleichheit, doch gab die Stimme des Gemeindevorstehers zugunsten der Schaffung eines Kaufmanns- und Gewerbegerichtes den Ausschlag.

Friedrichshagen.

Die Sozialpolitik eines preussischen Landrats. Eine seltsame Antwort erhielt die Vereinigung der Ladeninhaber in Friedrichshagen, welche um ein Verbot des Wiederöffnens der Geschäfte in der Zeit von 1/2 bis 12 Uhr an den ersten Dier-, Pfingst- und Weihnachtsfeiertagen ersucht hatte. In der Eingabe wurde darauf hingewiesen, daß die halbtägige Unterdrückung der Sonntagruhe an den genannten drei Feiertagen vollständig zwecklos sei, da das Publikum nur in Ausnahmefällen zu dieser Tageszeit Einkäufe mache. Auf die Petition der Friedrichshagener Geschäftsleute ist nunmehr

Eine Antwort vom Landratsamt eingelaufen, in welcher der Erlaß eines Verbotes abgelehnt wird mit der Begründung, daß für die Geschäftsleute kein Zwang bestünde, ihre Läden während der halben Stunde offen zu halten.

Die Ablehnung der von den Unternehmern verlangten Verlängerung der Sonntagsarbeit läßt darauf schließen, daß der Landrat in der Vera der vollen Kompottschüssel zu den „lauenden Leuten“ gehört.

Die der „Freien Vereinigung“ angehörenden Barbierstudieninhaber haben sich bereit erklärt, die Minimalforderungen der Barbiergewerkschaftsorganisation zu bewilligen, wenn die streikenden Barbierstudien sofort aufgehoben werden. Die vom Gewerkschaftsrat eingesetzte Kommission hat hierzu Stellung genommen und folgenden Bescheid gefaßt: „Die streikenden Barbierstudien, Friedr. 60, bleibt so lange bestehen, bis die einzelnen Barbierstudieninhaber die Minimalforderungen schriftlich anerkannt haben, sie im Besitz der Plakate sind und die Geschäfte die Organisations- und Kontrollkarte erhalten haben.“

Berliner Nachrichten.

Die „Germania“ berichtet von einem merkwürdigen Wunder. Wir hatten gestern auf ein Zeitelmecht zwischen ihr und dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hingewiesen. Sie bestreitet heute von neuem, daß sie je mit dem Reichsverband in Beziehung gestanden und führte an, daß sie den von und erwähnten Artikel vom 27. August 1904, der ebenso lautet wie der des Reichsverbandes, nicht von dieser Gesellschaft, sondern von jemand anders erhalten habe. So ist hier abermals der Fall eingetreten, der seinerzeit dem armen Siegfried Jakobsohn so sehr übel genommen wurde. Wie dieser anderen Theaterelementen genau nachempfunden hat, so hat der Mann der „Germania“ mit dem Reichsverband genau mitempfunden. Es gibt eben mehr Dinge im Himmel und auf Erden als unsere Schulweisheit sich träumen läßt. Um ihre Leserschaft von dieser unangenehmen Affäre abzulenken, renommiert die „Germania“ noch damit herum, daß sie über die „rote Korruption in Charlottenburg“ noch weiteres Material besitze und damit den Herren Genossen zum Tanz aufspielen wolle. Wir haben schon oft erklärt, daß die sozialdemokratische Partei für das, was in der Charlottenburger Ord-Krankenkasse geschieht, ebenso wenig verantwortlich gemacht werden kann, wie für die Nachtrüfte im Herbst; aber wir denken, daß der Vorstand der Kaffe imstande sein wird, künftigen Angriffen ebenso zu begegnen wie früheren. Die „Germania“ möge sich also in diesem Punkte nicht geizen.

Ueber die getrige Tunnelbau-Konferenz wird vom Polizeipräsidium aus folgende offizielle Mitteilung verfaßt: Im königlichen Polizeipräsidium fand heute eine Besprechung mit Vertretern der königlichen Eisenbahndirektion über das Projekt der Großen Berliner Straßenbahn, unter verschiedenen Straßen Tunneln zu bauen, statt, zu welcher Vertreter der Stadt Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn zugezogen waren. Sie beschränkte sich auf einen Meinungsaustausch über wichtige Punkte des Projekts, ohne daß von einer Seite bestimmte Stellung zu einzelnen, erörterten Fragen genommen wurde.

Eine warme Stube

weiß man in diesen kalten Oktobertagen schon recht zu schätzen, obgleich es bei armen Leuten geradezu als eine Verköstigung gilt, im Oktober schon zu heizen. Der arme Mann hat sich letzten großen Vorrat an Heizmaterial eingelagert. Er muß seine Prokublen mit einer Mark pro Hundert bezahlen, während der Vorkaufsteller sich ein paar Tausend einfahren ließ, als sie 70—80 Pf. pro Hundert kosteten, und ebenso geht es mit dem übrigen Heizmaterial. Mit der Zeit des Heizens beginnt zugleich wieder die Not und Plage mit den Leuten. Man hat hier überall die großen Kachelöfen, die selten so heiß werden, daß sie eine recht behagliche Wärme durch das Zimmer strahlen. Dabei verkräften sie gewöhnlich infolge einer schlechten Bauart unheimliche Mengen Brennstoff. Werden sie nicht sehr gut „geklüffert“, dann zeigen sie nur eine heiße Stelle und sind im übrigen lauwarm. Kennerlich oft ein Prunkstück auch in bescheidenen Wohnungen, wird ein solcher Ofen viel verwünscht, aber man kann noch von Glück sagen, wenn er nicht qualmt. Es ist eben nicht ganz so leicht, eine warme Stube zu haben, und manchmal ist überhaupt kein Ofen da, der geheizt werden könnte. Da haben es unsere Vorfahren an ihrem Kaminfeuer doch besser gehabt, wärmer und gemüthlicher. Unsere Nachkommen werden es auch wieder besser haben, denn man wird die Zentralheizung sicherlich allgemein einführen und die Wärme in die Wohnungen leiten wie das Wasser und das Licht. Der Mensch der Gegenwart aber ist schimmer daran, wenn er nicht bezahlen kann. Man kann alle Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten einer nicht zu fernem Zukunft auch in der Gegenwart genießen, wenn man nur die nötigen „Knöpfe“ hat, wie der Berliner sagt. Es gilt aber, den Grundlag zur Anerkennung zu bringen, daß die Förderung allgemeinen Wohlbefindens der Bürger die Pflicht einer guten Gemeindevverwaltung sein muß. Dann würde man z. B. eine städtische Wärmeleitung (Dampf) im Winter einführen, wie es eine städtische Wasserleitung gibt. — Na, ein kleiner Anfang ist ja schon gemacht. Wenn der Winter gar zu grausam ist, dann richtet die Stadt — ein paar Wärmehallen ein.

Ueber Ausdeutung Geldsuchender schreibt der Magistratsbericht-erklärer: Von einer Familie in der Reichenbergerstraße erhält jeder, der durch Zufrieren etc. ein Darlehn sucht, ein Schreiben mit einer Einladung. In der Regel wird der Einladung gefolgt. Aldann werden den Darlehnsuchenden zunächst unter irgend einem Vorwande ein oder zwei Mark abgeholt. Hat dann der Darlehnsuchende seine Vermögensverhältnisse angegeben, so befindet er sich in der Regel in den Händen der Leute. Diese richten nun an die städtischen Stiftungen Bittgesuche, die sie selbst unterzeichnen. Massenhaft laufen derartige Bittgesuche bei den städtischen Kuratoren ein. Sie sind fabrikmäßig hergestellt, müssen aber geprüft werden. Natürlich wenden diese Bittgesucher sich auch an andere Stiftungen und bekannte Privatleute. In einigen Fällen haben die Bemühungen Erfolg gehabt, in der Mehrzahl aber nicht. Wird ein Gesuch und ein Darlehn bewilligt, dann müssen die Empfänger abermals eine Provision zahlen. Auf diese Weise verschaffen sich diese Leute eine beträchtliche jährliche Einnahme, ohne daß es möglich ist, ihnen das Handwerk zu legen. Die Darlehnsucher täten in allen Fällen besser, sich direkt an die städtischen Stiftungen zu wenden, denn nur ungern werden Gesuche von solchen Vermittlern, die den Stiftungen bekannt werden, bewilligt.

Uebergriffe von Standesbeamten und kein Ende. Zu diesem Standeskapitel schreibt uns ein Leser: Im ersten Augenblick, als ich Donnerstag den kleinen Artikel über das Verhalten des Standesbeamten in der Willdenowstraße las, glaubte ich, daß ein Bekannter von mir sich den Scherz gemacht hätte, der Redaktion die Geschichte meiner standesamtlichen Trauung zu erzählen. Ich bin jedoch mit meiner Frau auf dem Standesamt Alt-Moabit 120 kopuliert worden und zwar schon im Dezember vorigen Jahres. Dort mußte ich dieselbe Geschichte über mich erzählen lassen. Auch mir hielt der Standesbeamte einen Vortrag darüber, daß ich jünger sei als meine Verlobte und ebenfalls machte er mich auf die unsicheren Zeiten, sowie auf den Krieg in Südwestafrika aufmerksam. Meinen Einwand, daß ich militärfrei sei, ließ der Beamte völlig unbeachtet, sodah ich den Eindruck empfing, daß mich der Mann im letzten Augenblick von der Heirat abhalten wollte. Und was das Ärgste ist, der ganze Skandal wiederholte sich noch einmal bei der eigentlichen Trauung. Es scheint System in dem Verhalten zu liegen, und notwendig wäre es, zu erforschen, wer die Standesbeamten zu solchen Ungehörigkeiten anhält.

Eine amtliche Uebersicht über die Fortschritte des Ahtuhr-Ladenschlusses ergibt folgendes: 3 Städte, darunter Bromberg, Fulda, Gotha, Hannover, Dessau, Lübeck, Weimar und Jena haben den vollständigen Ahtuhr-Ladenschluß für alle Geschäftsweige eingeleitet. Eine Ausnahme davon wird nur an den Sonnabenden und den Tagen vor den hohen Festen gemacht. In weiteren 30 Städten, darunter in Bochum, Elberfeld, Gießen, Halle, Kassel und Magdeburg gilt der Ahtuhr-Ladenschluß für alle Läden mit Ausnahme der Kolonialwaren-, Badwaren-, Fleisch- und Zigarrengegeschäfte. In 50 Städten, darunter in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Frankfurt a. M., Leipzig, Marburg, Heidelberg, Posen und Danzig ist der Ahtuhr-Ladenschluß für einzelne Branchen, insbesondere die Lederbranche, den Nähmaschinenhandel usw. eingeleitet. Endlich ist in 80 Städten eine Ahtuhr-Ladenschluß-Bewegung im Gange; in einigen Ortschaften ist sie bereits soweit gediehen, daß Abstimmungen über den früheren Ladenschluß aller oder einzelner Geschäftsweige stattfinden.

Das Hundebureau im Polizeipräsidium wird verlegt. Das bedeutet für das Publikum, daß es aussuchen muß, eine Erleichterung. Es braucht künftig keine Treppen mehr zu steigen. Das Bureau hält jetzt vom dritten Hofhofe zu ebener Erde die Räume, die bisher die berittene Abteilung der Schutzmannschaft zu Stallungen benutzte. Der Umgang mit den hunderterlei Sachen ist ziemlich unhandlich.

Für Schiffer. Der Nieder-Neuendorfer Kanal bleibt wegen Neubau der Brücke mit Wehr vom 15. Oktober d. J. bis voraussichtlich 1. März n. J. für den Verkehr gesperrt.

Der erste Nachtfrost dieses Jahres ist gestern eingetreten. Bei einer Kälte von 2,2 Grad wurden die Wasserlämpel mit leichten Eisdoben überzogen und die Felder mit einer dichten Reiflage belegt. Unter der Einwirkung des Frostes ist das letzte Grün vielfach von den Bäumen verfallen. In den Anlagen, wie Tiergarten, Friedrichshain, Humboldtshain sind die Blätter der gestern noch grün gewesenen Strauchpflanzen schwarz geworden und fallen ab, und an den hochstämmigen Bäumen ist das letzte Laub durch die Kälte verweht worden. — Uebrigens ist die Umgebung von Berlin auch schon vor einigen Tagen mit einem regulären Schneefall bedacht worden. Vorgeftern morgen wurde in verschiedenen Ortschaften, so in Friedrichshagen, Erkner und Nieder-Schöneweide ein intensiver Schneefall beobachtet, dessen Niederschlag allerdings nicht von Bestand war. Die leichten Floden verwandelten sich, sobald sie den Erdboden berührten, in Wasser.

Verhungert? Der 70 Jahre alte Erzieher Ferdinand Jtrich, der mit seiner 73 Jahre alten Frau in der Wilhelm-Alexisstraße wohnte, betrieb seit 15 Jahren eine Kinderkrippe. Seit dem vorigen Jahre, nachdem ihm seine einzige Tochter kurz vor der Hochzeit gestorben war, litt er an Schwermut und war oft wie geistesabwesend. Dazu kamen wirtschaftliche Sorgen. Zwei Monate war die Krippe schon rüchständig. Vor acht Tagen verließ der Greis heimlich seine Wohnung und gab seiner kranke Frau kein Lebenszeichen mehr. Vorgeftern wurde er in der städtischen Forst bei Schneidemühl als Leiche aufgefunden. Seine Hausgenossen halten es für wahrscheinlich, daß der alte Mann, der aus Dirschau stammte, verhungert ist.

Ein neuer Todessturz beim Radfahren. Auf der Straßburger Bahn plachte beim Ueberfahren der „Großen Kreis von Berlin“ dem Schrittmacher von Demke, Dunkel, ein Lustreisen. Dunkel stürzte, und auf ihn fiel mit voller Wucht die schwere Maschine. Sie drückte dem Unglücklichen den Brustkasten ein, so daß er schon nach wenigen Minuten starb. Paul Dunkel war 26 Jahre alt und stammte aus Eiterwerda in der Provinz Sachsen. Bevor er in die Dienste Demkes trat, war er schon für Räder und danach für Salzmännchen tätig gewesen. Er war einer der besten, ruhigsten und zuverlässigsten Schrittmacher. Vor wenigen Wochen erst, zu gleicher Zeit mit Demke, hatte er geheiratet. — Demke stürzte zwar auch, erlitt aber nur unbedeutende Verletzungen und kann Sonntag an dem Rennen teilnehmen.

Die wilden Raufereien gehören einmal mit zum Sport; die Rennfahrer müssen zum Vergnügen des Publikums ihr Leben tagtäglich aufs Spiel setzen. Wenn sich die Zeiten gegen früher auch insoweit geändert haben, als keine Gladiatoren mehr gegen wilde Bestien ihr Leben verteidigen, so hat die Sensationslust der Menge an Raub nicht besonders eingebüßt. Der Todessturz des armen Dunkel wird das Rennen am Sonntag nur um so interessanter gestalten.

Der Zentralverband der Steinarbeiter schreibt uns: Ein Palet mit 20 Verbandsbüchern liegt ein Werkstättenarbeiter Sonntag in einem Straßenbahnwagen der Linie 62 liegen. Der Finder wird gebeten, die Bücher gegen Erstattung der Unkosten an Arthur Junf, Rixdorf, Bietzenstr. 81, abzuliefern.

Selbstmord einer Kuffin. Die 28 Jahre alte Sprachlehrerin Alexandrine B. kam vor fünfviertel Jahren aus Petersburg nach Berlin, um sich wegen eines Frauenleidens operieren zu lassen. Nach zwei Monaten war sie geheilt, blieb aber hier und lernte dann einen hiesigen Kaufmann R. kennen, mit dem sie bald ein Liebesverhältnis anknüpfte. Sie erzählte, daß ihr Mann in Petersburg Offizier sei und die Scheidungslage gegen sie angestrengt habe. Dvimal fuhr sie auf kurze Zeit zu ihrer Mutter nach Petersburg. Kürzlich erfuhr sie, daß ihr Geliebter verheiratet sei, erklärte aber, daß sie jetzt erst recht nicht von ihm lassen werde. Vorgeftern abend trat sie sich mit R. in einer Wirtschaft der Friedrichstadt, hatte eine lange Auseinandersetzung und nahm plötzlich Gift. Ein Arzt besorgte aber rasch jede Gefahr. Gestern abend kam Frau B. nach der Brauerei Königstadt und nahm in den unteren Räumen Platz, in denen etwa fünfzig Gäste saßen. Aufgeregt sah sie oft nach der Tür und schrieb mehrere Briefe. Als dann R. eintrat, schloß sie sich eine Revolverkugel in das Herz und starb auf der Stelle. Die Revolverpolizei beschlagnahmte die Leiche und die Briefe.

Beim Teltowkanal geht der letzte Bauabschnitt seiner Vollendung entgegen. Es handelt sich um die Durchführung der Bauarbeiten bei Tempelhof, von welchem Orte noch die letzte Verbindung des Kanalbettes herzustellen ist. Die Ausschachtungsarbeiten sind in letzter Zeit außerordentlich gefördert worden, und auf der Westseite Tempelhofs wird auch auf dem Mariendorfer Gebiete fast beendet. Auf der Ostseite sind mehrere Hundert Arbeiter mit der Aushebung des Bodens beschäftigt und gleichzeitig sind auch die Ausschachtungsarbeiten für den neuen Jolshafen in Angriff genommen. Die Brücke im Zuge der Tempelhofer Chauffee, welche erstere aus Eisen hergestellt, ist fertig und in den nächsten Tagen wird mit der Pfahlerung der Brücke, sowie mit der Planierung der Zufahrtshöfchen begonnen werden. Die neue Brücke überträgt den Kanal in eine Spannung. Sobald die Freigabe der alten Verkehrsstraße erfolgt ist, was in etwa sechs Wochen der Fall sein wird, wird der letzte Durchbruch der beiden Kanalenden bei Tempelhof erfolgen. Im Frühjahr 1906 wird auch der Bau der Amidegebäude für den Jolshafen in Angriff genommen und derartig gefördert werden, daß sie gleichzeitig bei der Fertigstellung des Jolshafens und Kanals benutzt werden können. — Ferner ist eine zweite Kanalüberbrückung in Tempelhof beschlossen und wird unverzüglich zur Durchführung gelangen. Es handelt sich um eine Brücke im Zuge der projektierten Werderstraße und der Verbindungsstraße von der Lankewerstraße nach dem Grenzwege. Diese Brücke, welche eine weitere Verbindung nach Mariendorf schafft, wird für Rechnung der Gemeinden Tempelhof und Mariendorf ausgeführt.

Verheißung eines Diebes. Vor kurzem wurde über einen „Stiefelmörder“ berichtet, der in einem Hotel am Anhalter Bahnhof der Logiergäste die Stiefel gestohlen hatte. Derselbe Gauner brauchte auch die Gäste eines Hotels in der Reichenberger Straße. Am Dienstag „arbeitete“ er gleichfalls in einem Hotel der Friedrichstraße. Der Dieb logierte sich stets in den betreffenden Gasthäusern ein, nannte sich einmal Architekt Winkelmann aus Bens, in anderen Fällen Kunstmalerei Noecker aus Krefeld und Architekt von der Ven aus Groningen. Am ersten Tage hatte der Dieb fünf Paar Stiefel gestohlen, das nächste Mal vier Paar

Stiefel und eine Dose, und in der letzten Nacht einen Jagdtanz, ein Damenjackett und ein Paar Damenschuhe. Er hatte es stets auf die Besichtigung der Stiefel abgesehen, die von den Logiergästen zum Reinigen auf den Korridor gebracht werden. Im allgemeinen pflegen Hotelbesitzer sich nicht mit solchen Kleinigkeiten zu begnügen.

Ein Baumglück hat sich gestern nachmittags 3 1/2 Uhr auf dem Neubau des Kriminalgerichts in Moabit ereignet. Der in der Reichstraße wohnhafte Maurer August Diener war in der der Ecke der Turm- und Mathenowerstraße errichteten Kuppel beschäftigt. Während die Zimmerleute außen die Kuppel abhäfteten, fiel im Innern des Turmes eine 3 Meter lange Latte etwa 12 Meter tief hinab und zertrümmerte dem genannten Maurer die Schädeldede. Diener wurde sofort nach der Unfallstation und von dort nach dem Moabit Krankenhaus gebracht. Die Familie des Verunglückten wohnt in Potsdam. Auf welche Weise die Latte in dem sonst tadellos abgedeckten Turm entstanden ist, läßt sich schwer feststellen.

Bei der Arbeit schmer verunglückt ist am Donnerstag nachmittags der 25 Jahre alte Schlosser Hugo Pintsch, der bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft am Schiffbauerdamm beschäftigt war. Der junge Mann sollte auf dem Postamt an der Ecke der Oranienburger- und Artilleriestraße eine Leitung für elektrisches Licht andringen und stand dabei auf einer vierzehn Eprossen hohen Leiter. Die oberste Sprosse war schadhaft und brach, nachdem er sie eine halbe Stunde benutzte hatte. Pintsch fiel rücklings von der Leiter herab und zog sich schwere innere Verletzungen und einen Bruch des rechten Armes zu. Er wurde nach der königlichen Klinik gebracht, wo man auch noch eine Gehirnerschütterung feststellte.

Eine Ausstellung von Arbeiterhäusern ist gestern im Saal 5 des Abgeordnetenhauses eröffnet worden. Unsere Leser tun gut, nicht mit allzu hohen Ansprüchen diese Ausstellung zu besuchen. Modelle von Arbeiterhäusern gibt es im Abgeordnetenhause nicht zu sehen; solche scheinen bisher nur angefertigt zu sein, wenn es Kirchen zu bauen galt. Der nicht allzu große Saal ist mit Bauplänen besetzt, mit deren Herkunft es folgende Bewandnis hat: Der heftige Zentralverein für Errichtung billiger Wohnungen hat im November vorigen Jahres drei Preise von 1000 M., 600 M. und 400 M. ausgeschrieben, die solchen Architekten zuteil werden sollen, welche nützlichste Pläne für Kleinwohnungen einreichten. Es wurde die Einreichung von Plänen zu folgenden Hauptzwecken verlangt: a) Ein Einfamilienhaus für ländliche Arbeiter, Baukosten 2000 bis 2500 M. b) Ein Einfamilienhaus für städtische Arbeiter Baukosten 3300—4000 M. c) Ein Zweifamilienhaus (zwei Wohnungen übereinander angeordnet), Baukosten 4200—5100 M. d) Je ein Doppel- (Zwillings-) Haus 1. für zwei Familien ländlicher Arbeiter, Baukosten 5000 bis 5500 Mark; 2. für zwei Familien städtischer Arbeiter, Baukosten 6200 bis 7500 Mark; 3. für drei Familien städtischer Arbeiter, Baukosten 8000—9000 M. Die einzelnen Wohnungen sollten in der Raumeinteilung unter bestmöglicher Raumaussparung praktisch angelegt sein und den Bedürfnissen minderbemittelter Familien entsprechen, die Küche war als Wohnküche anzugehören. Das Preisgericht hat am 11. und 12. Mai dieses Jahres in Darmstadt getagt und den ersten Preis einstimmig dem Architekten Biesloop in Darmstadt zuerkannt; den zweiten Preis erhielt Herr Ringo in Darmstadt, und zwei dritte Preise wurden den Herren Bausch in Herborn und Winter in Bensheim zu teil. Außerdem beschloß das Preisgericht, verschiedene nicht prämierte Entwürfe anzukaufen. Alle diese Entwürfe sind jetzt nach Berlin gesandt worden, um hier im Abgeordnetenhause von einem größeren Publikum begutachtet zu werden. Es haben sich diesen Bauplänen verschiedene Pläne und Photographien fertiger Bauten zugesandt, wie z. B. solche der Krupp'schen Arbeiterwohnhäuser, die sich im Wille wenigstens recht tolllos ausnehmen. Ferner sind Pläne und photographische Aufnahmen der von dem bekannten Baumeister Kessel hergestellten Wohnhäuser des Berliner Spar- und Bauvereins ausgestellt, deren imposante Wirkung diesen unsern Leser aus eigener Anschauung bekannt sein dürfte. Für Berlin hat der größte Teil der ausgestellten Pläne insoweit schon eine nur problematische Bedeutung, als hier ja infolge der ungeheuren Bodenpreise an die Herstellung von kleineren Arbeiterhäusern nur in ganz besonderen Ausnahmefällen zu denken ist. Wir erinnern an die vor einigen Jahren vom Stadtverordneten Heimann gebauten Häuser in der Pringel-Allee. Erwähnt sei noch, daß die vom heftigen Zentralverein ausgestellten Pläne vielfach der in Südwestdeutschland traditionellen Bauweise Rechnung tragen. Der Eintritt zu der Ausstellung ist frei.

Einen Hauptmann-Abend veranstaltet der Verein zur Förderung der Kunst Sonntagabend 8 Uhr im Hohenzollern-Gymnasium, Schöneberg, Ecke der Eisenacher- und Belfagerstraße. Die Karten zum Preise von 30 Pf. sind auch in der Parteipostition bei Däumler, Schöneberg, Martin Lutherstr. 51 zu haben.

Der Männergesangverein „Schildehorn“ veranstaltet Sonntag mittag 12 Uhr in Ballhausmieders Festessen, Badstraße 16, eine Matinee unter gütiger Mitwirkung der Hauskapell- u. Bläser. Der Ertrag dient zum Besten der ausgesperrten Arbeiter- u. Arbeiter der Elektro-Industrie.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 63—65 Pf. pro 100 Pfund, IIa 59—62, IIIa 50—55, IVa 40—48. Kalbfleisch Ia 85—90, IIa 73—82, IIIa 60—70, Hammelfleisch Ia 65—75, IIa 50—60. Schweinefleisch 69—76. Rotwid 60—65 Pf. Hasen Stück 3,00—4,20, Klein 1,25—2,50. Rindfleisch Stück 0,50—0,95. Krammetzschel 20—22 Pf. Rebhühner, junge Ia 1,00 bis 1,40, junge IIa 0,80—0,90, junge kleine 0,00—0,00, alte Ia 0,70—0,90, alte IIa 0,00—0,00. Gänzer, alte 1,40—1,80, junge 1,00—1,40 das Stück. Tauben, junge 0,45—0,50, alte 0,30—0,35. Enten, junge 1,40—2,00, Gänse Ia 3,50—4,20, IIa 2,50—3,00 per Stück, Ia 0,58—0,65, IIa 0,48—0,55 per Pfund. Gänse 81—103 M. Schlei, unsort. 104—111 Pf., Hefe, groß 00, mittel 77—82 M. Wägen 46—52 M. Karren 70 M. Lachs 00,0—00,0 M. Schellfische 30 M., Hummer 31 M. pro 100 Pfund. Schottische Vollerlinge (gefilzt) 00,00—00,00 M. Krebse, kleine, Schod 00,00 M., unsortiert 00,00 M. Eier, Schod 4,00. Butter pro 100 Pfund Ia 120—124, IIa 112—118, IIIa 106—110, abfallende 95—105. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 1,90—2,10, Rosen 1,50—1,75, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Birnfestl pr. Schod 4,00—7,00, Weißhohl 6,00—8,00, Rotkohlr 4,00—6,00, holl. 9,00—10,00 M. Sauer Gurken, neue, Schod 2,—.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 21. Oktober 1905. Zeitweise heiter, aber kühl und veränderlich mit geringen Niederschlägen und schwachen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 19. Oktober. Elbe bei Ruffa + 1,44 Meter, bei Dresden + 0,03 Meter, bei Magdeburg + 2,97 Meter. — Untrui bei Straßfurt + 3,00 Meter. — Oder bei Rastow + 1,82 Meter, bei Dresden Oberpegel + 5,94 Meter, bei Dresden Unterpegel + 0,44 Meter, bei Frankfurt + 1,66 Meter. — Weichsel bei Bradenbude + 2,71 Meter. — Warthe bei Posen + 0,63 Meter. — Rega bei Uga —, — Meter.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Steglitz. Sonntag, den 22. Oktober 1905, nachmittags 4 Uhr, bei Schellhase in Steglitz, Wöhrnstr. 13a: Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen. Tages-Ordnung: Vortrag des Kollegen M. Gehert über: Die Aussperrung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Elektro-Industrie und welche Lehren ziehen wir daraus? Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. Der etwaige Ueberschuss soll den Aussperrten überwiesen werden. Redner und Arbeiterinnen von Steglitz, erscheint in dieser Versammlung in Kassen! (71/16) Die Ortsverwaltung. J. A. E. Sudrow. Tagblatt u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.